DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

135 12. JAHRGANG Dezember '95 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

SCHÖNE BESCHERUNG

Beste Wünsche – noch bessere Aussichten? – Unsere Wünsche für 1996 und Angebote zur diesjährigen Schenksaison sind zu finden auf Seite 2.

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Die »Wuppertal-Studie« wurde Ende Oktober der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie propagiert den ökologisch angehauchten Kapitalismus, der in der Beeinflussung des individuellen Verbrauchs ein zentrales Ziel sieht. Aber es gibt auch scharfe Kritik am Nachhaltigkeitskonzept, u.a. vom BUKO (siehe auch CONTRASTE Nr. 134, S. 13). Interview mit Christoph Spehr, Redakteur des FORUM, der Zeitschrift des BUKO auf Seite 3.

THEMA GENTECHNIK

Anfang Oktober hatte die Hoechst-Tochterfirma AgrEvo auf einem Acker in der Nähe von Wetterau in Hessen gentechnisch veränderten Raps aussäen lassen. Die mehrmonatige Besetzung dieses Ackers wurde vorher durch die Polizei abrupt beendet. Wenige Wochen später war die Saat vernichtet. Die Polizei ermittelt. Näheres zum (lokalen) Widerstand und zum Kongreß »geGEN«, der im hessischen Friedberg stattfand, auf Seite 4/5.

DAS ALIBI-BIOTOP 1995

Das Jahr 1995 wurde vom Europarat zum »Europäischen Naturschutzjahr« erklärt. Zum Jahresende stellt unser Autor Axel Mayer das Biotop des Jahres vor. Es befindet sich auf einem künstlich angelegten Ödlandstreifen um eine neue Firmenhalle der Firma Ciba in Basel. Das »Alibi-Biotop 1995« wird vorgestellt auf Seite 5.

PROJEKTE IN DER DISKUSSION

Die »befreiende Sexualität« ist laut ZEGG der Weg, um alles Übel von der Erde zu verbannen. Der 4. Teil unserer Serie behandelt das Frauenbild im ZEGG. Seite 10/11

ÖKOBANK

Mit dem Aufbau von bundesweiten Repräsentanzen will nun die Ökobank nach der Konsolodierungsphase der letztem Jahre den Vertriebsweg »Präsenzbank« ergänzen. Geplant sind 1-2 Personen-Filialen ohne Geldverkehr. Damit soll sich der bisherige sogenannte Briefbankbereich deutlicher zum Direktbankbereich entwickeln. Näheres siehe Seite 12.

KONKURS IM RÜCKBLICK

Anderthalb Jahre nach dem Konkurs der »Blätterwald e.G.« meldet sich eine ehemalige Mitarbeiterin und Genossin zu Wort. Während es mit der neu gegründeten Blätterwald GbR bergauf geht, haben 16 Bürgen und Ex-KollektivistInnen noch immer unter den Folgen des Konkurses zu leiden. Sie hatten ehemals für ihren eigenen Betrieb gebürgt. Und das mit Beträgen von jeweils 14.000 DM, bei einigen waren es sogar bis zu 50.000 DM. Den Beitrag unserer Autorin Heike Möser ist zu finden auf Seite 13.

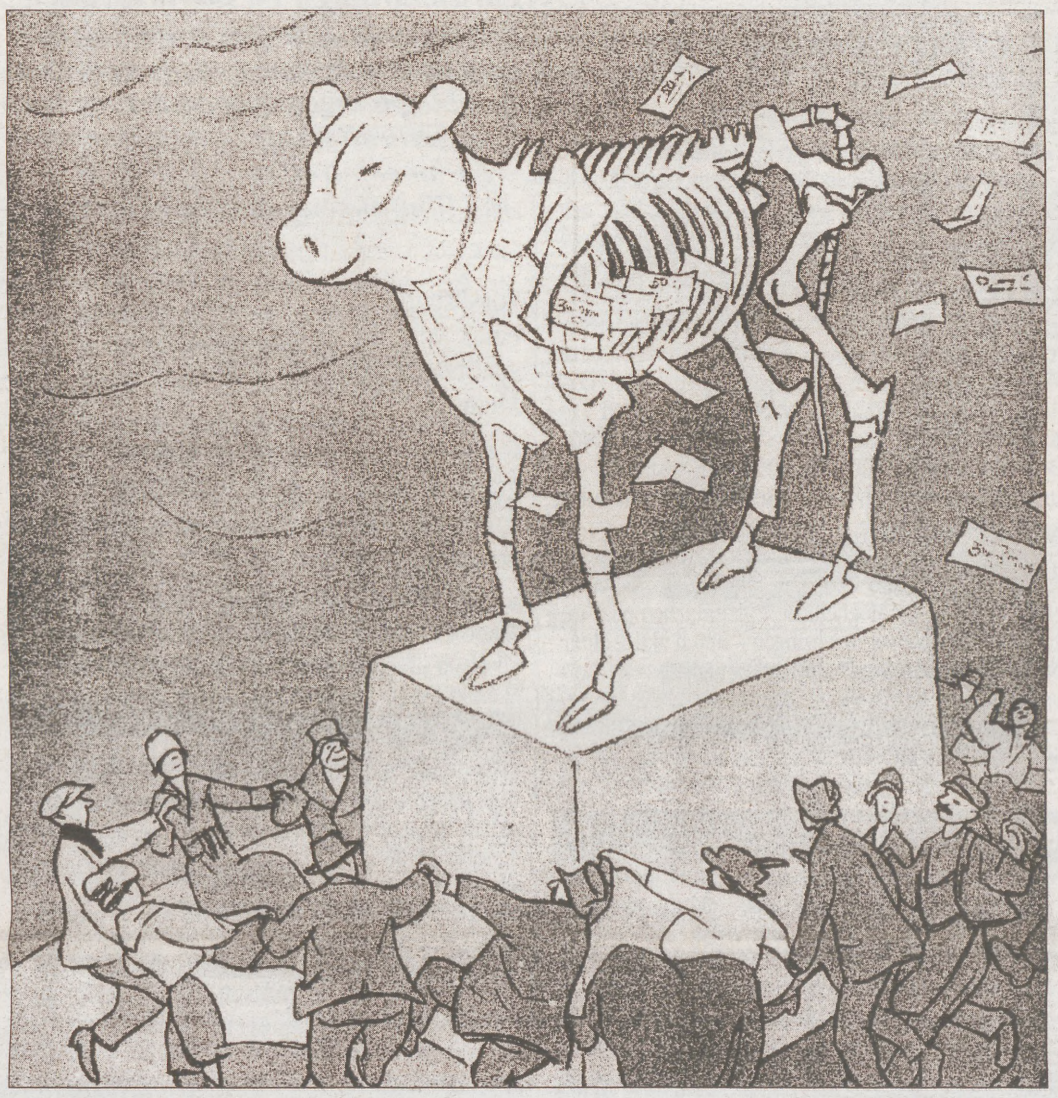
LANDBAUWENDE

Der Öko-Landbau boomt, die Krise des traditionellen Naturschutzes ist nicht mehr zu verbergen und immer mehr offizielle Institutionen diskutieren die Notwendigkeit einer »Landbauwende«. Es scheint sich also einiges zu tun im Dreieck Landwirtschaft, Naturschutz und Regionalentwicklung. Genug Anlässe neu erschienene Literatur zu diesen Themen vorzustellen. Sammelrezension Seite 14.

SCHWERPUNKTTHEMA: STEUERREFORM IN DER DISKUSSION

Also, was tun?

Die Zeiten werden immer schlechter. Für die Künste ist kein Geld mehr da und soziale Dienste werden privatisiert. Das Leben wird nun beschwerlich, denn die Organisation des Alltags kostet mehr Zeit, unbezahlte Zeit für soziale Dienste, die sich früher mehr Leute leisten konnten. Statt Solidarität denkt jeder nur ans Eingemachte. Da wären andere Werte wichtig. Und überhaupt, die Luft wird immer stickiger. Was tun, wenn immer mehr Menschen in Erwerbslosigkeit und Abhängigkeit von Staatsalmosen in Verschuldung und Obdachlosigkeit geraten, wenn die Ausweitung unbezahlter sozialer Dienste die Bewältigung des Alltags immer zeitaufwendiger werden läßt, wenn die Kunst zunehmend kommerziellen Zwecken dient, soziale oder ökologische Anliegen zugunsten egoistischer wirtschaftlicher Interessen aus dem Blickfeld geraten?



Der Tanz um das goldene Kalb — Aus: Simplicissimus, 1919

Von Ricarda Buch, Redaktion Berlin ● Wer etwas Neues auf den Markt bringen – selbst wenn es sich um das Öko-Heimglühwürmchen als Ersatz für die elektrische Glühbirne handelte – und so die eigene Existenz sichern will, hat es nicht leicht. Die Konkurrenz beherrscht das Marktgeschehen und die hat längst für die entsprechende Infrastruktur zum Absatz ihrer kapitalintensiven Produkte gesorgt. Öko-Heimglühwürmchen-Betrieb kommt nicht umhin, sich mit den Absatzmärkten der Energiewirtschaft zu befassen. *Oh weh, die Abnehmer der Glühwürmchen brauchen keinen Strom.* Der aber muß – aus Überkapazitätsgründen der Energiewirtschaft – abgesetzt werden und die technische Infrastruktur, in diesem Fall die Überlandleitungen und deren Wartungsdienste hat unser Glühwürmchenbetrieb durch seine Steuern mitfinanziert.

Da alles teurer wird und die Einkommen sinken, fehlt dem Öko-Glühwürmchenbetrieb das Geld für die Pacht des Hofs und für Forschung über umweltschädigende Einflüsse auf und die natürlichen Lebensbedingungen von Glühwürmchen. (Die MitarbeiterInnen nehmen an, daß sich CO_2-Emissionen und Pestizide ungünstig, ja sogar lebensbedrohend auf den Fortbestand der Spezies auswirken.) Eigentlich könnten in der Glühwürmchenzucht mehr Menschen eine sinnvolle neue Beschäftigung finden. Nur die Lohnnebenkosten sind so hoch. Da bleibt nur der Weg zur Bank. Die GlühwürmchenzüchterInnen sind jedoch leider nicht kreditwürdig. Sie haben keine Sicherheiten, keine Sparanlagen, Grundbesitz oder Beteiligungen an lukrativen Unternehmen.

Also, was tun, fragt sich der Öko-Glühwürmchen-Betrieb, um solche Hürden zu überwinden und dem Glühwürmchen, die ihm gebührende Nachfrage zu schaffen? Wie kann sich unser Betrieb Zugang zum Markt, d.h. zu einem lokalen Markt schaffen und die neue Lichtquelle vertreiben? (Autoabgase, Flugzeuglärm und lange Transportwege halten Glühwümchen schließlich nicht lange durch.)

Vielleicht sollte sich der Betrieb einem Tauschring anschließen und die Glühwürmchen über zinsloses Funkengeld an die Verbraucher im Kiez bringen. Glühwürmchen mittels zinslosem und selbst emiittiertem Funkengeld im Tausch für sonst unbezahlte soziale Dienste oder für Brot vom Ökoladen oder für den Fahrradkurier. Leider ist in diesem Fall immer noch die Pacht zu zahlen. (Der Grundeigentümer akzeptiert jedoch kein Funkengeld und Glühwürmchen mag er nicht. Er will Zinsen für sein investiertes Kapital sehen und wer die Pacht nicht zahlen kann, wird an die Luft gesetzt.) LETS allein reicht also nicht. Außerdem sind da noch weitere Steuern und Gebühren, die in handfester Währung bezahlt werden müssen. Die Staatskassen sind bekanntlich leer und werden weiterhin trotz knapper werdender bezahlter Erwerbsarbeit hauptsächlich aus den Arbeitseinkommen gefüllt. ...

Fortsetzung auf Seite 6

SCHWERPUNKTTHEMA

Niederlande: Mehr Arbeitsplätze durch die Ökosteuer Seite 6

Dänemark: Das gelobte Land, in dem schon grüne Steuern fließen Seite 7

Dokumentation: Eine konservative Kritik an der Bodenrente Seite 8/9

Mit einer anderen Zinspolitik die Probleme lösen Seite 9

P 8008 E

HEIDELBERG: FAHRKARTEN FÜR KULTURTRIPS

Kulturbahnhof eröffnet

Am Vorabend der vieldiskutierten 800-Jahr-Feier Heidelbergs ist es nun so weit: das soziokulturelle Zentrum im Karlstorbahnhof wird am 8. Dezember eröffnet und mit ihm das Eine-Welt-Zentrum.

Redaktion Heidelberg ● Vier Vereine haben sich zur »Karlstor GmbH« zusammengeschlossen, um dieses Haus gemeinsam zu betreiben, obwohl sie eigentlich nur sehr wenig gemeinsam haben. Der »Gesellschaft zur Förderung von Kunst und Kultur, Bildung und soziokultureller Arbeit« gehören an der »Freie Theaterverein« als städtisches Konstrukt, das »Medienforum Heidelberg« mit Kommunalem Kino, das aus dem Kulturreferat der Fachschaft hervorgegangene »Kulturcafe« und das »Eine-Welt-Zentrum«. Sie versuchen nun, der alternativen und soziokulturellen Szene in Heidelberg Raum zu bieten und eigene Impulse zu geben.

Das Eine-Welt-Zentrum als Zusammenschluß von Friedens- und entwicklungspolitischen Gruppen, Umweltorganisationen, ausländische Kulturinitiativen und anderen Basisgruppen macht neben Veranstaltungen in allen Sparten ein Informations- und Kommunikationszentrum auf, in dem sich sowohl Gruppen als auch Einzelne über die Arbeit der anderen in Heidelberg agierenden Gruppen informieren können. Daran angeschlossen ist eine Bibliothek, die, offen für alle, Literatur zu den Themen der Einen Welt wie sie sonst nicht in der Stadt zu finden sind, bereithält.

Zum Auftakt am 12. Dezember veranstaltet das Eine-Welt-Zentrum eine Talkshow mit dem Titel »Von der Gras-Wurzel zum Welt-Gipfel? – Entwicklung und Perspektiven der Sozialen Bewegungen«, in der Gäste aus Bereichen wie Umwelt, Solidaritätsbewegung, Frieden und Frauenbewegung über Kontinuität und Veränderung und die Stärken und Schwächen der Institutionalisierung diskutieren werden. Anschließend wird mit dem ghanaischen Highlifemusiker George Darko die Eröffnung gebührend gefeiert werden.

In der Eröffnungswoche vom 8. bis 16.12. gibt es eine Vielzahl von Veranstaltungen. Da werden neben den Musik-, Theater- und Filmveranstaltungen und einem »Markt der Möglichkeiten« auch Informationsveranstaltungen der verschiedenen Gruppierungen angeboten: Eine Austellung »Kuba Kunst heute«, der »Dritte«-Welt-Laden eine Informationsveranstaltung über »den Weg des Kaffees vom Strauch in unsere Tassen« und eine Spielaktion zum Thema Kakao und Schokolade, die »Projektwerkstatt« zum Castor-Transport, die VVN zum Antifaschismus heute und die »Gesellschaft für kurdische Kultur im Ausland« einen Erfahrungsbericht »In türkischen Gefängnissen«.●

Karlstorbahnhof in Heidelberg — Foto: Rothe

SCHÖNE BESCHERUNG

Beste Wünsche – noch bessere Aussichten?

Zur diesjährigen Schenksaison wünschen wir natürlich unseren LeserInnen zunächst einmal alles Gute für das neue Jahr 1996. Und wollen dabei jedoch nicht versäumen, darauf hinzuweisen, was CONTRASTE selber an Schenkenswertem zu bieten hat, bzw. was wir uns selber wünschen.

Ein großzügiges Geschenk besonderer Art erreichte uns unlängst von den bayerischen ÖkobankerInnen: 10 Abos wurden gestiftet. Wir schenkten sie prompt weiter – an Leute, die im Knast hocken und an CONTRASTE interessiert sind, ohne sich ein Abonnement leisten zu können.

Verschenkte Abos freuen uns natürlich ganz besonders, führen sie doch zur Stärkung der zarten Pflänzchen einer ersten Konsolidierung unseres Abostammes, die seit diesem Jahr erstmalig zaghaft zu sprießen begonnen haben. Aber es muß ja nicht gleich ein ganzes Jahresabo sein: Wir weisen verschärft auch auf die Möglichkeit hin **Schnupperabos zu verschenken**. Mit DM 10,– (Vorkasse) seid Ihr dabei und könntet Eure FreundInnen/Bekannte oder GeschäftspartnerInnen mit 3 Monaten CONTRASTE auf Probe bedenken.

Solche Gaben haben den Vorteil, unsere eigene Finanzbasis zu stärken, die Zeitung abzusichern und dann auch weiterzuentwickeln. Denn der Boden, auf dem CONTRASTE seit bereits über 11 Jahren möglich wurde, ist nach wie vor äußerst dünn: da müssen alle Redaktionen oder AutorInnen nebst (natürlich unbezahltem) Engagement auch noch Geld ins Projekt stecken, damit es Bestand hat.

Immer wieder können interessante Themen gar nicht aufgegriffen und bearbeitet werden, weil schlichtweg die Kapazitäten und Ressourcen fehlen. Aufwendige Recherchen, gar Reisen oder Vorortpräsenz im In- und Ausland – all das, was eine gute Zeitung eigentlich ausmacht – können wir uns einfach nicht leisten. Wenn dann trotzdem mal etwas zustandekam, was auch mit Kosten verbunden ist, wurde es garantiert aus eigenen Taschen derjenigen, die am Thema dran sind, finanziert.

Trotzdem ist unser ständig überlasteter Produktionsbetrieb in diesem Jahr mit zwei neuen CONTRASTE-Produkten auf den Markt gekommen: Anfang des Jahres erschien die Fachinformation HOLZ SPEZIAL – im Herbst kamen die BUNTEN SEITEN (ein Adreßwerk/eine Datenbank mit über 10.000 Einträgen aus dem Alternativbereich) dazu. Beide Publikationen sind bei unserer Heidelberger Vertriebsadresse noch lieferbar (HOLZ SPEZIAL für DM 5,–, BUNTE SEITEN für DM 30,–, beides zzgl. Vertriebskosten) und können auch verschenkt werden. So könnte zur Freude der damit Befaßten wenigstens ein weiterer Bruchteil des für eine Erstprodukion immens hohen Entwicklungsaufwands abgedeckt werden.

CONTRASTE hatte immer wieder mit der Schwierigkeit zu kämpfen, daß sie keinen starken Verband oder gar eine Partei im Rücken hat. Diese Unabhängigkeit war uns von Anfang an wichtig. Sie ist wesensbegründend für einen Journalismus, der kein Blatt vor den Mund nehmen will und seinen Standpunkt nicht aus der Interessenlage irgendwelcher Finanzgeber zu beziehen beansprucht. Das alles kostet aber auch seinen Preis.

Mit der Entwicklung der BUNTEN SEITEN zu einer interaktiven Datenbank jedoch versuchen wir unser Dienstleistungsangebot soweit auszuweiten, wie es derzeit noch nicht einmal von verbandlicher Seite geleistet wird. Deshalb wollen wir zu guter Letzt auch auf eine weitere Möglichkeit hinweisen, CONTRASTE zu unterstützen und uns Spielraum zu schaffen, dieses und weitere Projekte auch zu betreiben.

CONTRASTE ist nämlich ein eingetragener Verein für Selbstverwaltung und Ökologie, der die Zeitung herausgibt. JedeR hat die Möglichkeit, mitzumachen oder uns anderweitig weiter voranzubringen – durch aktive Mitarbeit im Verein oder durch eine Fördermitgliedschaft (Coupon siehe unten).

In diesem Sinne. für ein CONTRASTreiches 1996 – guten Rutsch!●

AUFRUF AN DIE MEDIEN UND MEDIENMACHER/INNEN

»Hände weg von den Medien«

Im folgendem dokumentieren wir einen Aufruf des »Kieler Bündnisses«, der von der Mehrzahl der CONTRASTE-Redaktionen inhaltlich im vollen Umfang unterstützt wird (siehe auch unsere Berichterstattung in CONTRASTE Nr. 130/131).

»Wieder einmal ist das Verhältnis zwischen Medien und Staatsgewalt zum Problem geworden. Regierungsamtliche Diziplinierungsversuche, Einschnürungen im saarländischen Pressegesetz. Übergriffe der Polizei, Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktionen der Staatsanwaltschaft – Zusammentreffen und Häufungen sind kein Zufall.«

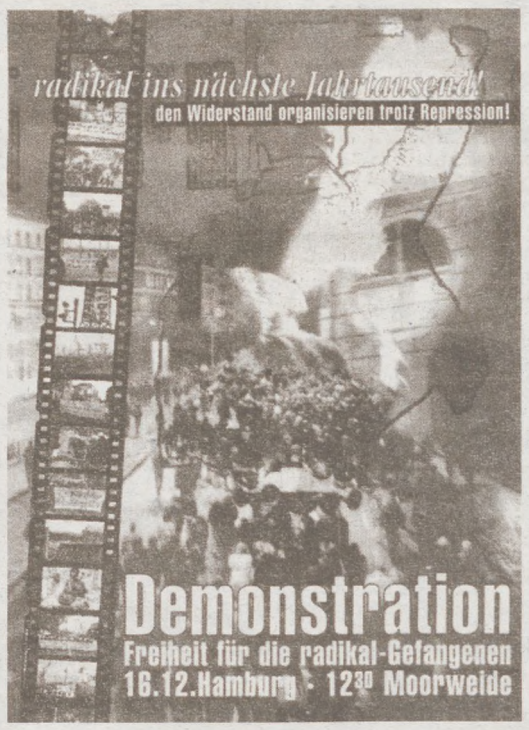
Detlef Hensche

Vorsitzender der IG Medien im Vorwort zu einer von dieser herausgegebenen Broschüre mit dem Titel »Hände weg von den Medien«.

Zu den Durchsuchungsaktionen sowie den Verhaftungen von vier mutmaßlichen Mitarbeitern der Zeitung »radikal« am 13.6.1995, unter dem Tatvorwurf der »Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung mit dem Ziel der kontinuierlichen Werbung für terroristische Vereinigungen«.

Am 13.6.1995 wurden vier Männer aus Berlin, Lübeck, Münster und Rendsburg inhaftiert. Ihnen wird vorgeworfen, an der linksradikalen Zeitschrift »radikal« mitgearbeitet zu haben. Die Bundesanwaltschaft begründet ihr Vorgehen mit dem Vorwurf, diese vier Männer seien seit einiger Zeit Mitarbeiter der »radikal« und damit folgerichtig Mitglieder einer kriminellen Vereinigung. Schließlich diene diese Zeitschrift durch ihre Publikationstätigkeit der fortgesetzten Begehung von Straftaten, insbesondere der Werbung für terroristische Vereinigungen. Der Hintergrund dieses vorgeworfenen Verstoßes gegen die §§ 129/129a StGB ist vor allem der Abdruck von sogenannten »Bekennerschreiben Linksradikaler Gruppen nach Anschlägen«, ohne gleichzeitige Distanzierung von diesen.

Falls sich die Bundesanwaltschaft mit einer so weiten Auslegung der Paragraphen 129 und 129a StGB durchsetzen sollte, ist der Verfolgung von – nicht nür kleinen und (staats-)kritischen Medien Tür und Tor geöffnet. Schließlich ist es doch sehr auslegbar, ob ein publizierter Text unmittelbar für die Begehung von Straftaten wirbt, oder ob er lediglich hierüber informiert bzw. Überlegungen über mutmaßliche Motive anstellt.



Auswirkungen dieser obrigkeitsstaatlichen, die Pressefreiheit einschränkenden Tendenzen sind nicht nur für einzelne JournalistInnen, sondern in letzter Zeit vermehrt auch für komplette Redaktionen spürbar: Auf der Suche nach einem »Originalbekennerschreiben der Gruppe »K.O.M.I.T.E.E.« (dieser wird ein gescheiterter Anschlag auf ein Abschiebegefängnis vorgeworfen) wurden am 19.9.1995 die Redaktionsräume der »tageszeitung«, »junge Welt« und sogar der »focus« durchsucht und durchwühlt. In diesen Zeitungen waren lediglich Teile des fraglichen »Bekennerschreibens« abgedruckt worden. In einer Stellungnahme hierzu protestierte der »Deutsche Journalistenverband« gegen diese Mißachtung des Zeugnisverweigerungsrechts von Journalisten/innen und Redaktionen.

Gegen diese massiv spürbare Tendenz zur Einschüchterung des Informationsschutzes und der Pressefreiheit fordern wir die Einstellung der eingeleiteten Strafverfahren gegen die mutmaßlichen Mitarbeiter der Zeitschrift »radikal«!●

Kontaktadresse: Kieler Bündnis, c/o Rote Hilfe, Postfach 6444, D-24125 Kiel, Tel./Fax (04 31) 7 51 41

Nachsatz: Seit dem 6.12.1995 befinden sich alle vier wieder in Freiheit. Gegen eine Zahlung von jeweils 20.000 DM Kaution wurde ihnen Haftverschonung gewährt.

BERLIN: AUS FÜR SELBSTVERWALTETEN WOHNRAUM?

Jubiläum als Totenfeier

Das 250. Berliner Selbsthilfeprojekt soll demnächst Fördermittel des Senats erhalten. Das Jubiläum droht indes zur Totenfeier zu werden.

Alexander Ruoff (jW) ● Ab 1. Januar 1996 sollen nach dem Willen der Bauverwaltung neue Förderrichtlinien für die Sanierung von Wohnraum in Selbstverwaltung gelten. Betroffen wären nicht nur die BewohnerInnen ehemals besetzter Häuser, die mittlerweile einen Pachtvertrag abschließen konnten, sondern auch Projekte für Obdachlose und psychisch Kranke.

Bislang werden 80 Prozent der anfallenden Sanierungskosten als Zuschuß ausbezahlt. Nach den neuen Richtlinien sollen es nur noch 45 Prozent sein. Zu den 20 Prozent Eigenleistung soll ein Darlehen kommen, das 35 Prozent der zu erwartenden Baukosten abdecken soll. Damit solle das Land berlin finanziell kurzfristig entlastet werden, begründet der Referatsleiter für Stadterneuerung, Dieter Gessers, die geplante Neuregelung gegenüber der jW.

Diese Rechnung wende sich aber gegen den Sinn der wohnungspolitischen Förderung selbst, kritisieren Florian Schöttle vom Sanierungs- und Stadtentwicklungsträger LIST und Fabian Tacke von der SelbstBau e.G. Für die Stadt sei das zu erwartende finanzpolitische Ergebnis »gleich null« und für die BewohnerInnen würden sich die Mieten vervielfachen. Ergeben sie sich bisher allein aus den Betriebskosten, müßte nun die Zinstilgung auf die Miete umgelegt werden. Hier müßte die Stadt über Mietzuschüsse und Wohngeld wieder einspringen. Zudem würde die Entscheidung, welche Wohnprojekte gefördert werden sollen, auf die Banken verlagert und nach Bonitätskriterien erfolgen. Für sozial schwache Projekte bestünde somit kaum mehr eine Möglichkeit, überhaupt an Fördergelder zu gelangen.

Angesichts des Vorwurfs an die Behörde, sie fördere mit der Neuregelung letzten Endes nur die Banken, die die Zinsen der Darlehen kassieren, nimmt sich die Forderung der Projekte erstaunlich moderat aus: Der Bau- und Finanzsenator sollen sich mit ihnen zusammensetzen, um die Interessen aller Beteiligten zu berücksichtigen, »und gemeinsam nach realisierbaren Konstruktionen suchen, die trotzdem Einsparungen für den Landeshaushalt bringen«. Dietmar Volk von Bündnis 90/Grüne kündigte an, die Fraktion werde wegen der verschiedenen Sparmaßnahmen am 30. November zur konstituierenden Sitzung des neu gewählten Abgeordnetenhauses einen Mißtrauensantrag gegen Finanzsenator Pieroth stellen.●

Aus: junge Welt, 23.11.1995

MATERIALIEN

»radikale Zeiten« – Zeitung gegen die Verfahren wegen RADIKAL, K.O.M.I.T.E.E. AIZ und RAF. Nr.1, November 1995, 16 Seiten. Einzelpreis: DM 0,50 und 3 DM Porto, VerteilerInnenpreis: bis 30 Exemplare DM 0,40 je Ex., zzgl. 3 DM Porto, bis 100 Exemplare DM 0,30 je Ex., zzgl. 7 DM Porto, ab 100 Exemplare DM 0,20 je Ex., zzgl. 10 DM Porto. Bestellanschrift: Redaktion radikale Zeiten, c/o Informationsdienst Schleswig-Holstein, Bahnhofstr. 44, D-24534 Neumünster, Tel. (0 43 21) 4 65 42, Fax 4 34 59.

Aus »radikale Zeiten« stammt auch der Hinweis, daß eine neue Doppel-Ausgabe (Nr. 153, Nov. 95) der **»radikal«** erschienen ist. Bezug nur im doppelten Umschlag. Äußerer Umschlag: NN, Van Ostadestraat 233n, NL-1073 TN Amsterdam. Auf den inneren Umschlag: ZK, 50/100 Mark für die nächsten 5/10 Ausgaben (Bitte keine Schablonenschrift auf dem Umschlag, keine Münzen, keine Schecks). Für die Beantwortung eines Briefes oder einer Bestellung braucht die »radikal« bis zu 3/4 Monaten.

Plakate (Motiv siehe Abbildung) und **Flugblätter** zur Demo können bestellt werden bei: Soligruppe Hamburg, c/o Infoladen Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.

Der **Kalender** zum Verfahren gegen die »radikal« mit 12 Fotos der Hamburger Fotografin Marily Stroux. Format DIN A4, Leimbindung, Kalenderblätter zum abreißen. 10 DM, davon gehen ca. 7 DM in die Unterstützung der Inhaftierten und Beschuldigten. Lieferung nur gegen Vorkasse auf das Konto Nr. 1205/562505, BLZ 200 505 50, Hamburger Sparkasse. Bestellungen bitte schriftlich an: DOK-Zentrum, Wohlersallee 12-14, 22767 Hamburg, Stichwort: Kalender.

EINLADUNG ZUR CONTRASTE-FÖRDERUNG

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V. · Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

Anzeige

2 Jahre PKK-Verbot

Weg mit den Verboten kurdischer Vereine!

für 3,50 DM in guten Buch- und Infoläden oder bei Eurer Ortsgruppe oder für 5.– DM in Briefmarken bei:
Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444
24125 Kiel
Tel. + Fax
(0431)751 41

Außerdem: ++ Beugehaft – Der versuchte Zwang zum Verrat ++ Antifa – Göttingen: Der Staat zeigt seinen Verfolgungswillen +++ Benjamin Ramos Vega – Die drohende Auslieferung verhindern

4/95 DIE ROTE HILFE

INTERVIEW MIT C. SPEHR (BUKO): »ES GEHT UM EINE KRITIK DES ENTWICKLUNGS- UND FORTSCHRITTSDENKENS«

»Zukunftsfähiges Deutschland« – ein Technokratenmärchen

Die langerwartete Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« wurde Ende Oktober veröffentlicht. Die Studie, die im Auftrag des BUND und des katholischen Hilfswerkes MISEREOR vom »Wuppertal-Institut« erstellt wurde, soll die theoretische Unterfütterung des Modewortes »Nachhaltigkeit« liefern und seine Anwendung auf Deutschland untersuchen. Es gibt aber auch – bislang vereinzelte – Kritik am Konzept der Nachhaltigkeit. Ein Hauptorganisator ist dabei der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), u.a. seine Zeitschrift FORUM. Bernd Hüttner sprach mit Christoph Spehr, Redakteur des FORUM.

CONTRASTE: *Du hast »Nachhaltige Entwicklung« einmal als »Ausgestaltung des täglichen Irrsinns« bezeichnet, durch die sich nicht viel verändern wird.*

Spehr: In Teilbereichen wird sich schon etwas verändern, weil es in Zukunft einen Schub an ökologischer Modernisierung, neuen Technologien, ressourcenschonende Produktionsverfahren und mehr ökologische Planung geben wird: Das wird aber die Gesamtsituation nicht ändern, da die grundlegende Dynamik des hiesigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems eine Reduzierung des Stoff- oder Energieumsatzes verunmöglicht.

Was ist »Nachhaltige Entwicklung« für dich ?

Sie ist der Versuch, eine globale ökologische Lean-Production aufzubauen. Die Art und Weise, wie produziert wird, wie ökologische Ressourcen weltweit verteilt werden, soll entschlackt und effektiviert werden – im Interesse derer, die bislang auch davon profitieren. Beispiel: der private Verbrauch soll ökologisiert werden, um Rohstoffe zu sparen. Die werden dann für Exportproduktion genutzt. »Nachhaltige Entwicklung« ist auch ein neues Kapitel im Nord-Süd-Verhältnis: Die Industrialisierung der Entwicklungsländer wird gestoppt – mit ökologischen Argumenten. Der Zugriff auf z.B. genetische Ressourcen weltweit soll jetzt unter dem Deckmantel »Sicherung der biologischen Vielfalt« durchgesetzt werden. Die »Eine Welt« andersherum, im Interesse des Nordens, wie gehabt.

Warum beginnt diese Diskussion gerade jetzt?

Es gibt in einigen Bereichen einen Problemdruck, der unübersehbar ist, siehe Ozonloch, Klimakatastrophe oder Endlichkeit von Rohstoffen. Für die, die sich aus einem linken Selbstverständnis damit beschäftigen, ist es auch der Ersatz für den Verlust sozialistischer Utopien.

Der starke Glaube an Fortschritt, Planung und Technik in der Diskussion ist auffällig.

Das ist wirklich verblüffend. Daß ein Naturmanagement gefordert wird, wo eigentlich fast niemand mehr dran glaubt. Natur ist nicht zu 100 Prozent planbar und erst recht keine Maschine. Heute wird ein sehr selektives Naturmanagement betrieben: Naturzusammenhänge werden so manipuliert, daß sie ganz bestimmte Ergebnisse produzieren, insgesamt aber immer instabiler werden. Dafür muß immer mehr Energie aufgewendet werden, das ist der ökologische Wahnsinn dabei. Natur wird in Zukunft eher noch vernutzt werden als bislang, trotz »sustainable development«.

Gibt es für eine ökologische Linke Ansatzpunkte sich einzubringen?

Die klassische Kritik ist ja zu sagen, »die Wuppertaler« gehen nicht weit genug oder es funktioniert nicht, was sie vorhaben. Es geht aber um eine Kritik des gesamten Fortschritts- und Entwicklungsdenkens, des linken, wie des rechten. Ansatzpunkt könnten die Probleme sein, von denen es ja noch mehr gibt als zugegeben werden. Der ökologische Leidensdruck ist real, das individuelle Leben und Überleben ist gefährdet. Die Linke muß sich zwar nicht den Kopf über die Lösung für die Rohstoffprobleme des Nordens zerbrechen, aber sie muß auf die Ursachen dieses ökologischen Leidens hinweisen und dabei den Bezug zu sozialen Verhältnissen und Spaltungen herstellen. Das Herrschaftssystem des Nordens muß schrittweise abgewickelt werden, dazu müssen konkrete Schritte benannt werden, auch wenn wir damit erst am Anfang stehen.

Wer könnte denn an der »Abwicklung des Nordens« Interesse haben?

Die Spirale der zunehmenden Naturvernutzung, die wir durchbrechen müssen, hat mit dem Herrschaftssystem zu tun. Z.B. müßten unbedingt die Interventionen behindert werden. Interessant ist ja, daß die Leute in Chiapas oder Südindien gar nicht mehr in den Weltmarkt wollen. Aber auch bei uns ist für viele Menschen spürbar, daß die Kosten und zerstörerischen Folgen des Gesellschaftssystemes schwerer wiegen als die Profite. Dann müßte einiges verhindert werden, z.B. Gentechnik. Es sollte aber keine schöne neue Welt geplant sondern gefragt werden, wo sind die Hebel, mit denen wir blockieren können, daß es so weiter läuft wie bisher. Der Staat wird seine ökotechnologischen Zugriffe auf das Privatleben oder die Dritte Welt erhöhen müssen. Wir sollten den Blick wechseln: Vielleicht ist es ja auch gut, wenn der Staat dieses und jenes nicht mehr unter Kontrolle hat.

Also Selbstorganisation statt weiterer Durchstaatlichung und Verwissenschaftlichung des Alltages?

Genau.●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

ZUKUNFTSFÄHIGES DEUTSCHLAND:

Anregungen zu offenen Fragen

Zu einer anderen Einschätzung der Studie, die das »Wuppertal-Institut« vorlegte, kommt der jetzt erschienene Bericht mit dem Titel »Anders leben – anders wirtschaften«, der vom Arbeitskreis »Entwicklungsprojekte für den Norden« im »Forum Umwelt und Entwicklung deutscher Nichtregierungsorganisationen« herausgegeben wurde. Nachfolgend die Presseinformation der Herausgeber.

Viele Menschen, die sich um die Situation auf unserem Planeten Gedanken machen, kennen bereits die am 23. Oktober in Köln vorgestellte Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« vom Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie, die uns mit harten Fakten konfrontiert: Eine zukunftsfähige Entwicklung unter Berücksichtigung der weltweiten Lagee erfordert bei uns Reduktionen von bis zu 90 Prozent im Material- und Energieverbrauch bis zum Jahre 2050!

Den Überlegungen des von Ulrich von Weizäcker gegründeten Institutes folgend, könnten diese Reduktionsziele mit einer Effizienzrevolution und einer Suffizienzrevolution *(was es nicht alles für Revolutionen gibt!? Anm. der Red.)* erreicht werden. Ziel der Effizienzrevolution müßte sein, aus weniger mehr zu machen. Dazu brauchen wir andere Technik – dabei hoffen viele auf unsere Ingenieure. Ziel der Suffizienzrevolution sollte sein, mit weniger mehr zu genießen. Dazu brauchen wir eine andere Lebenskultur – doch wie soll die entstehen? Das ist die offene Frage, zu der ein ebenfalls im Oktober erschienener Bericht eine Fülle von Anregungen gibt. Titel: »Anders leben, anders wirtschaften. Bericht über aktuelle Modellversuche einer sozial und ökologisch zukunftsfähigen Lebens- und Wirtschaftsweise.«

Als Verfasser zeichnet der Arbeitskreis »Entwicklungsprojekte für den Norden« im »Forum Umwelt und Entwicklung deutscher Nichtregierungsorganisationen« unter Beteiligung mehrerer Partner: die Zeitschrift »eurotopia«, der Arbeitskreis »Frieden mit der Erde« und seine Projektgruppe »N.E.P.A.L. – Nördliche Entwicklungsprojekte.Anders Leben« sowie der Bundesarbeitskreis »Entwicklungshilfe für den Norden« von BUNDjugend und Naturschutzjugend. Insgesamt haben 19 kompetente Autoren dazu beigetragen.

Auf 104 Seiten im Format DIN A 4 eröffnet der attraktiv aufgemachte Bericht mit 130 Abbildungen den Blick auf eine weithin verkannte und ignorierte Szene, wo sich die andere Lebenskultur schon lange entwickelt. Er beginnt mit einer generellen Übersicht über rund 5.000 Projekte, in denen etwa 100.000 Menschen anders leben und wirtschaften. Es folgt ein systematischer Blick auf verschiedene Ansätze und Ausgangspunkte von Gemeinschaftsprojekten. Das Spektrum reicht hier vom Unerlösten Eros bis zur Herrschaft des Kapitals, von der Zinseszinswirtschaft bis zum Post-Kolonialismus, vom Imperialismus bis zur Weltanschauung der abendländischen Neuzeit und weiter bis zur unbeherrschbar gewordenen Eigendynamik des technischen Fortschritts, die uns Vereinzelung, Entfremdung und Zerstreuung beschert. Jedem dieser Ausgangspunkte ist eins der vorgestellten Projekte zugeordnet, das hat ihre Auswahl mitbestimmt.

Im Hauptteil stellt der Bericht zehn in ihrer Verschiedenheit prototypische Projekte vor, die zusammen auch als »Entwicklungsprojekte für den Norden« angesehen werden könnten – jeweils mit Beschreibung der materiellen und geistigen Dimensionen, mit dokumentierender Bildreportage und vertiefendem Interview. In dieser Weise werden vorgestellt: Energie- und Umweltzentrum am Deister, Ökodorf-Projektzentrum Groß-Chüden, Lebens-Gut Pommritz, Kommune Niederkaufungen, TALENT-Experiment Hochschwarzwald, Laurentiushof Diemelstadt-Wethen, ZEGG (!!??) – Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung, Belzig, Beringhof-Gemeinschaft, Wickede/Ruhr, Ökologische Siedlung Kiel Hassee, Arte fact – Zentrum für angepaßte Technik und internationale Entwicklungszusammenarbeit, Glücksburg.

Der umfangreiche Anhang dokumentiert die vom Arbeitskreis »Entwicklungsprojekte für den Norden« erarbeiteten Vorschläge einer Kooperation von Nichtregierungsorganisationen mit den »Entwicklungsprojekten«, um die Entwicklung zukunftsfähiger Lebensweisen im Norden zu fördern. Dazu gehört weiter die Idee der »Entwicklungszentren« sowie der »Projektwerkstätten für Jugendliche« im Norden. Ein Quellen- und Adreßteil ermöglicht den weiteren Einstieg in die Materie.

Auf diese Weise möchte der Bericht etwas zusammenführen: Die Nichtregierungsorganisationen mit ihren vielen Millionen Mitgliedern und Spendern sollen einerseits Gemeinschaftsprojekte als Lobby und mit Patenschaften fördern. Andererseits können sie sich mit ihren Bemühungen um eine andere Lebensweise (im Sinne der Agenda 21 / UNCED Rio 92) von der Praxis der Projekte anregen lassen.

So bietet der Bericht zum richtigen Zeitpunkt relevante Anregungen und Perspektiven. Als Partnerprojekt hat der aufwendige Bericht zwei Herausgeber, die leicht unterschiedliche Versionen präsentieren: das Forum Umwelt & Entwicklung, Bonn und die Zeitschrift eurotopia. Die hier besprochene Version ist gegen zwanzig Mark zu beziehen von eurotopia, Hasenhof 8, D-71540 Murrhardt.●

Anzeige

Behrens/Neumann/Schikora (Hg.):
Wirtschaftsgeschichte und Umwelt - Hans Mottek zum Gedenken
ca. 400 Seiten, BdWi-Verlag, Marburg Juni 1995, ISBN 3-924684-50-2, ca.46,-

Mit diesem einzigartigen Band wird an den DDR-Wirtschaftshistoriker, einen Initiator der Umweltforschung der DDR und Humanisten Prof.Dr.Dr.Hans Mottek, ehem. Leiter des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie, Berlin-Karlshorst, erinnert. Themen: Wirtschaftsgeschichtsforschung in der DDR, Leben und Werk Hans Motteks, Schicksal der Mottek-Schule, Wirtschaftsgeschichte und Umwelt, Nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Umwelt, Umweltgeschichte * Beiträge von: H. Mottek (†), W. Becker, P. Meyer, G. Neumann, H. Paucke, H.-D. Haustein, G. Hardach, A. Schröter (†), F.-W. Henning, A. Andersen, H.G Helms, H. Behrens, J.H. Spangenberg, M. Massarat, L. Finke, A. Schikora, R. Auster
Der Band ist ein Gemeinschaftswerk von AutorInnen aus den neuen und alten Bundesländern.
Bestellungen an
BdWi-Verlag, Postfach 543, 35017 Marburg, 06421-21395, Fax 24654 oder beim Studienarchiv Umweltgeschichte

Eine Veröffentlichung aus dem
„Studienarchiv Umweltgeschichte der neuen Bundesländer"
Ein gemeinsames Projekt von Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. und Bund für Natur und Umwelt e.V.,Eichendorffstr.16, 10115 Berlin, Tel./Fax 030-2826894. Das Projekt wird
gefördert durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt

WETTERAU, HESSEN: GEN-RAPS AUSGESÄT UND BEREITS VERNICHTET

»Wir GEN nicht mit!«

Trotz mehrmonatiger Acker-Besetzung, Proteste auf unterschiedlicher Ebene und dem erfolgreichen Kongreß »geGEN« in Friedberg hat die Hoechst-Tochterfirma AgrEvo im Morgennebel Anfang Oktober gentechnisch veränderten Raps aussäen lassen. Welche Nebelgeister die Vernichtung der Saat einige Wochen danach besorgt haben, ist Sache von offiziellen Ermittlungen. Vergleiche auch unsere letzte Ausgabe (Seite 3) zum Widerstand im badischen BugginGEN.

Intensive Diskussion während der Ackerbesetzung Foto: K. Reutzel

Peter Streiff, Redaktion Hessen ● Schlußendlich haben sie dann doch ausgesät! Die monatelange, friedliche Besetzung eines Ackers bei Wölfersheim in der hessischen Wetterau wurde am frühen Montagmorgen des 8. Oktober abrupt durch die Polizei beendet, wonach 17 AgrEvo-Leute ihre Raps-Saat ausbringen konnten. Während den nächsten drei Jahren soll in diesem sogenannten Freisetzungsversuch gentechnisch veränderter Raps wachsen, der dem Unkrautvernichtungsmittel »Basta« Stand hält. Kein Zufall, daß sowohl dieses Mittel wie auch der Raps vom Hoechst-Konzern hergestellt wird.

Grund zur Resignation? – Für den lokalen Widerstand, der auf unterschiedlichen Ebenen aktiv ist, jedenfalls nicht. Bereits unmittelbar nach der erzwungenen Aussaat kündigten die BesetzerInnen an, ihren Widerstand gegen die Gentechnik auf die politische Ebene zu verlagern. Über 16.000 Menschen, die (vorerst vergeblich) gegen die Freisetzung Einspruch erhoben hatten, stärken ihnen dabei den Rücken.

Existenzgefährdend für Öko-Betrieb

In ihrer Existenz gefährdet sieht sich die Demeter-Saatgutwerkstatt in 4 km Entfernung sowie ein Bioland-Bauer. Sie sehen sich bestärkt in ihrem Protest durch neueste Berichte aus Schottland, wonach »die Pollenverfrachtung (von Raps) stark unterschätzt wird, wenn der Anbau kommerzielle Größenordnungen erreicht« (New Scientist, Nr. 2002). Beide Betroffenen haben mit Unterstützung von verschiedenen Verbänden gegen die Freisetzung Klage eingereicht, deren Erfolgschancen allerdings als nicht sehr hoch eingeschätzt werden. Die Saatgutwerkstatt will mit ihrer Arbeit dem Trend zur Verarmung und Einengung der Sortenvielfalt eine ökologische Alternative gegenüberstellen. Saatgut wird hier nicht als Investitionsmittel begriffen sondern als Kulturgut.

Noch währenddessen die Ackerbesetzung erfolgreich die ersten AgrEvo-Aktivitäten verhindert hatte, fand vom 29.September bis zum 2.Oktober in Friedberg der internationale Kongreß »geGEN –für eine gentechnikfreie Landwirtschaft« statt. Mehrere hundert TeilnehmerInnen bekräftigten den stärker werdenden Widerstand gegen die Einführung der Gentechnik, die – seitdem die ersten praktischen Erfahrungen bekannt wurden – zunehmend an Glaubwürdigkeit verliert. »In der Landwirtschaft haben wir immer mehr Beispiele, daß sich die Pflanzen gegen die Gen-Manipulation wehren. Die Petunie rebelliert gegen das fremde Erbgut, die berühmt gewordene Anti-Matsch-Tomate nimmt keinen Geschmack an,« so Vandana Shiva, die als indische Bürgerrechtlerin mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnet wurde.

Tiefes Unbehagen gegen Patentierung

Die Gentechnik kann nur dann ökonomisch rentabel für die sie betreibenden Konzerne werden, wenn manipulierte Organismen, Zellen oder z.B. die genannte Anti-Matsch-Tomate Patentschutz erhalten. Doch Patente auf Leben wandeln erstmals ein Gemeingut, das vorher allen diente, in handelbare Ware um. Die internationale Kampagne gegen die Patentierung von Menschen, Tieren und Pflanzen wird in den kommenden Monaten ein Schwerpunkt der Gentechnik-Kritik sein. »Die Diskussion um Patentierung von Genen bringt das Unbehagen, das viele angesichts der Gentechnik haben, auf den Punkt,« erklärte Florianne Koechlin vom Basler Appell gegen Gentechnologie: »Es entstehen neuartige Konaliti-onen. Ich bin zum Beispiel stolz darauf, daß sowohl die katholische als auch die reformierte Kirche in der Schweiz die Patentierung ablehnt.«

Zum Abschluß des Kongreßes wurde dann die »Wetterauer Erklärung« gegen Gentechnik in der Landwirtschaft von den TeilnehmerInnen einstimmig verabschiedet (vgl. nebenstehenden Text). Sie stellt in knapper Form die inhaltlichen Zusammenhänge zwischen den Zielen der Gentechnologie und einigen ihrer Mittel wie Freisetzung, Patentierung und Informationspolitik her.

Gefordert: Umfassende Information

Doch die Problematik der Gentechnologie allein auf Produkte der Landwirtschaft zu reduzieren, wäre leider massiv zu kurz gegriffen. Wesentlich weiter fortgeschritten als bei Raps-Saatgut – jedoch weniger bekannt – ist die einschlägige Industrie im Bereich der Lebensmittel-Verarbeitung.

Die ganze Tragik dieser subtilen Technolgie und ihrer Einführung offenbart sich hier: Obwohl Gentechnik laut EG-Bio-Verordnung für Bio-Produkte seit 1992 verboten ist, gestaltet sich die Kontrolle sehr aufwendig und oft unvollständig. Es ist z.B. ohne weiteres möglich, daß sowohl in einem Endprodukt wie auch in sämtlichen Ausgangsprodukten keine gentechnisch veränderten Bestandteile nachweisbar sind. Und dennoch kann Gentechnik mit im Spiel gewesen sein. So können z.B. Enzyme, die für einen Umwandlungsprozeß benötigt werden und gentechnisch hergestellt wurden, im Endprodukt gar nicht mehr vorhanden und daher auch nicht nachweisbar sein.

Für Brancheninsider ist diese »versteckte Gentechnik« die eigentliche Krux der ganzen Thematik. Auch wenn Prüfverfahren noch so ausgereift wären, bleibt es oft infolge von wirtschaftlichen Interessen verborgen, wie und mit welchen Hilfsmitteln all die Bestandteile eines Endprodukts hergestellt wurden. In einem Schwerpunkt-Beitrag zu Genteehnik in der Zeitschrift Schrot & Korn (8/95) äußert sich die Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Landbau (AGÖL), Frau Dr. agr. Manon Haccius, denn auch entsprechend kritisch: »Grundsätzlich lehnen wir Gentechnik im Lebensmittelbereich ab und sind dagegen, daß sie zugelassen wird. Realistisch sehen wir, daß sich dies allgemein nicht verhindern lassen wird. Wir wollen dann erreichen, daß der Verbraucher sich informieren kann, das heißt, daß umfassend gekennzeichnet wird.« Notwendig bleibt also der öffentliche Druck von kritischen KonsumentInnen, um umfassende und verständliche Deklarationen durchzusetzen.

Aktuell bleibt nachzutragen, daß der erste Freilandversuch in der Wetterau laut Berichten in der Tagespresse als gescheitert gilt (dpa vom 27. 10. 95). Die damals etwa zwei Zentimeter großen, jungen Rapspflanzen seien vermutlich eingegangen, wie ein AgrEvoSprecher verlauten ließ, um dann gleich anzumerken, daß sie Sabotage vermuten würden. Dennoch halten sich hartnäckig die Gerüchte, daß sich die WettergöttInnen mit dem Wetterauer Widerstand verbunden hätten und die ersten Nachtfröste in jener Gegend besonders kalt haben ausfallen lassen. Den verschiedenen Widerstandsgruppen ist allerdings bewußt, daß AgrEvo weiterhin eine gültige Bewilligung zur Aussaat von genmanipuliertem Raps besitzt.●

Materialien zum »geGEN«-Kongreß und regelmäßiger Rundbrief (GiD – die kritische Zeitschrift zur Gentechnologie): Gen-ethisches Netzwerk e.V. (GeN), Schöneweiderstr. 33, D-12055 Berlin, Tel. (0 30) 685 70 73, Fax 684 11 83; Lokaler Widerstand: »die Wühlmäuse«, c/o Gertrud Amrhein, Tel. (0 60 35) 86 15.

KONGRESS geGEN – FÜR GENTECHNIKFREIE LANDWIRTSCHAFT

Wetterauer Erklärung

Diese Erklärung wurde einstimmig verabschiedet auf dem Kongreß geGEN – für eine gentechnikfreie Landwirtschaft – vom 29. Sept. bis 2. Okt. 1995 in Friedberg, der organisiert wurde durch das Gen-ethische Netzwerk e.V.(GeN), Berlin.

»Mit der Gentechnik ist es möglich geworden, artübergreifend Erbsubstanz neu zusammenzustellen und neuartige Lebewesen zu schaffen. Leben soll durch diese Technik konstruierbar gemacht werden. Es wird damit entwertet und zur Ware gemacht. Dies zeigt sich besonders an den Auseinandersetzungen um Eigentumsrechte und Patentierung. Diese Entwicklung macht auch vor dem Menschen nicht halt. Wir wollen so weder mit uns noch mit der Natur umgehen. Gentechnologie ist eine Sackgasse. Wir wollen einen respektvollen, würdigen Umgang mit der Natur und den Menschen.

Unsere Vorstellung eines Lebens und Wirtschaftens im Einklang mit der Natur kommt ohne die Gentechnologie aus. Die ökologischen, gesundheitlichen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Folgen dieser Technik sind unabsehbar. Dies gilt lokal, regional, national und international.

Freigesetzte Organismen und manipulierte Erbinformationen sind nicht rückholbar und führen zu einer genetischen Umweltverschmutzung. Gentechnologie und nachhaltiges Wirtschaften schließen sich aus.

Wir sehen, daß die Gentechnologie weiter Verbreitung findet. Wir wollen die Alternativen stärken und die Gentechnologie zurückdrängen bis hin zum Ausstieg. Wir stellen uns dabei auf eine lange politische Auseinandersetzung ein, im nationalen wie im internationalen Maßstab. Überall in der Welt gibt es Widerstand gegen Gentechnologie und wehren sich Menschen gegen die Plünderung natürlicher Ressourcen durch die Genindustrie.

Die Versprechungen der Gentechnologie werden nicht eingehalten. In der Landwirtschaft bedeutet dies:

Großindustrie

Schon die sogenannte »grüne Revolution« hat die Landwirtschaft verändert: Hochertragssorten brauchen Kunstdünger, chemischen »Pflanzenschutz« und eine hochtechnisierte Anbauweise auf großen Flächen. Heute wissen wir, daß diese Entwicklung allen geschadet hat. Die Folge: Vernichtung bäuerlicher Existenzen, Generosion, die Abhängigkeit der BäuerInnen von industriellem Saatgut, großem Maschinenpark, Krediten und ständig neuen Chemiecocktails.

Wer sich einmal auf die Verheißungen der Agroindustrie eingelassen hat, ruinierte die Böden und befand sich zudem in den Händen der Kreditgeber und der Saatgutindustrie. Dies war vor allem für KleinbäuerInnen in den ärmeren Ländern fatal.

In den letzten Jahren haben transnationale Konzerne (Petro-, Agro- und Pharmachemie etc.) einen Großteil der Saatgutbranche aufgekauft. Damit unterliegt die Produktion von Saatgut den Interessen der Großindustrie.

Gentechnik ist hier das Mittel, die Landwirtschaft noch mehr unter den Einfluß der Konzerne zu bringen. Ein Forschungsziel der Gentechniker ist die Entwicklung von Pflanzen, die gegen Pflanzengifte des jeweiligen Multis widerstandsfähig sind (z.B. der AgrEvo-Raps in der Wetterau gegen »Basta« von Hoechst). Damit kann das Saatgut mit zugehöriger Chemie als Paket verkauft werden.

Kapitalisierung

Im Zoll- und Handelsabkommen (GATT) wurde u.a. durch die USA ein Patentrecht durchgesetzt, das Mikroorganismen, Pflanzen und Tiere erfaßt. Die Patente auf Lebewesen sollen sich demnach sogar auf die Nachkommen von patentierter sogenannterr »lebender Materie« erstrecken. Die Umsetzung des Abkommens in nationales Recht wird von Basisbewegungen bekämpft. Die Gentechnik ist nur dann rentabel, wenn manipulierte Organismen und Zellen Patentschutz erhalten. Patente auf Leben wandeln ein Gemeingut, das vorher allen diente, in Ware um. Das gebt soweit, daß in der Natur vorkommende, unveränderte genetische Ressourcen privatisiert werden sollen. Die Industrie will sich dadurch das Wissen und die jahrhundertealte Erfahrung der bäuerlichen Landwirtschaft weltweit sowie die Vielfalt der Natur aneignen. Dies ist nichts anderes als Gen-Piraterie.

Machbarkeitswahn

Die Agroindustrie behandelt die Natur als feindliche Umgebung von Nutzpflanzen, deren Kapitalertrag es zu schützen gilt. Chemie und Genmanipulation sind die Rezepte, die sie anbieten. Dahinter steckt die Idee, mensch könne die Natur beherrschen und so formen, wie es beliebt. Die Forschungsmittel für »ökologischen Landbau« sind im Vergleich zur Gentechnik marginal und immer wieder vom Wegsparen bedroht.

Dominanzkultur

Gentechnik ist ein Angriff auf noch vorhandene Alternativen zur konventionellen Landwirtschaft und die biologische Vielfalt insgesamt. Pollenflug und Samenausbreitung machen vor Pflanzen und Flächen, die noch gentechnikfrei sind, nicht halt. Die Monopolisierung der Saatgutindustrie bedroht die Produzenten von gentechnikfreiem Saatgut und die gentechnikfrei wirtschaftenden BäuerInnen.

Arroganz

80% der VerbraucherInnen in Deutschland (repräs. Umfrage von Januar 95) wollen keine Gentechnik im Essen. Gesetzliche Regelungen werden aber einseitig auf die Interessen der Industrie zugeschnitten.

Risiko

Einmal in die Umwelt freigesetzt, sind gentechnisch veränderte Organismen nicht mehr rückholbar. Wenn gentechnisch manipulierte Organismen und Erbinformationen sich ausbreiten, kann das katastrophale Folgen haben. Der Gesetzgeber hat keine umfassende Haftungsregelung getroffen. Schäden dieser Art werden bis heute von keiner Versicherung gedeckt.

Gesundheitsgefahr

Vor allem Nahrungsmittelallergiker befürchten, daß sie durch Genmanipulation gefährdet werden: Neue Inhaltsstoffe in der Nahrung können für uns alle gesundheitliche Gefahren mit sich bringen.●

Die Unterzeichnenden fordern:

- eine gentechnikfreie Landwirtschaft und den Stopp der Freisetzungen,
- das Verbot der Patentierung von Leben und die Nicht-Anerkennung erteilter Patente,
- gentechnikfreie Nahrung und das allgemeine Recht der Bevölkerung auf Information.«

DAS ALIBI-BIOTOP DES JAHRES IM EUROPÄISCHEN NATURSCHUTZJAHR

Grün, grün, grün sind alle meine Kleider

Der Europarat hat 1995 zum Europäischen Naturschutzjahr erklärt. Und der BUND hat in den vergangenen 12 Monaten jeweils das Biotop des Monats dargestellt, um gefährdete Lebensräume für Tiere und Pflanzen stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu stellen. Nach Hohlwegen, Bächen, Auen, Trockenrasen, Streuobstwiesen ... stellt der BUND-Regionalverband Südlicher Oberrhein nun für den dreizehnten Monat des Naturschutzjahres sein »Biotop des Jahres« vor: das Alibi-Biotop.

Axel Mayer, Freiburg ● In einer Zeit, in der in Deutschland täglich eine Million Quadratmeter Natur versiegelt werden, wo von den ursprünglich vorhandenen Auen am Oberrhein noch 2% in naturnahem Zustand vorhanden sind und dem ungebremsten Wachstum immer mehr Natur geopfert wird, während schizophrenerweise gleichzeitig aber das Umweltbewußtsein wächst, spielt das Alibi-Biotop in den Medien und der Öffentlichkeit eine immer größere Rolle.

Eines der schönsten Alibi-Biotope gab es vor Jahren auf dem Gelände der geplanten atomaren Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Wackersdorf. Auf dem planierten, zerstörten Gelände hatte die Betreiberfirma einige Tannen und darunter einen Ameisenhaufen übrig gelassen. Dieser »geschützte« Ameisenhaufen wurde dann des häufigeren den diversen Kamerateams und Pressevertretern gezeigt, um die Umweltfreundlichkeit der Atommüllverarbeiter zu demonstrieren.

Immer häufiger werden Ausgleichsbiotope als Ersatzmaßnahmen für Eingriffe in die Landschaft angelegt. Dadurch verstehen es Vertreter von traditionell naturbelastenden Interessengruppen wie Straßenbau, Flurbereinigung etc. vortrefflich, sich mit einem Mal als die größten Naturschützer und -retter zu verkaufen, um weiterhin ihre Projekte durchzusetzen. Wunderbare Beispiele für solche Alibi-Biotope sind teure »Grünbrücken« bei neuen naturzerstörenden Straßenbauprojekten oder das berühmte Straßenbgleitgrün. Und welcher umweltbelastender Betrieb hat zwischenzeitlich nicht seinen Folienteich, der auch stets öffentlichkeitswirksam präsentiert wird.

Das schönste Alibi-Biotop des Europäischen Naturschutzjahres aber liegt in Basel:

Am 20. Juli dieses Jahres stand in der Basler Zeitung ein Artikel, der allen Natur- und Umweltfreunden die Tränen der Rührung in die Augen treiben mußte. »Über 100 verschiedene Pflanzenarten wurden auf einem künstlich angelegten Ödlandstreifen um eine neue Firmenhalle gefunden, darunter u.a. die Gefleckte Flockenblume, das Norwegische Fingerkraut, die Sprossende Felsnelke und der Stinkende Pippau ... alles Pflanzen, die im Baselgebiet zu den ausgesprochenen Raritäten zählen«. Und dieses wertvolle Biotop wird von der Eigentümerin der Firmenhalle auf's sorgfältigste gehegt, gepflegt und von Biologen betreut.

Eigentümerin ist die Firma Ciba und die Firmenhalle inmitten des wunderschönen Biotpos mit all den seltenen Pflanzen und Tieren ist das Auslieferungslager für die Agrochemikalien des Chemiemultis. In dieser eingebiotopten Halle lagern also all die Agrochemikalien, die Pestizide und Pflanzenvernichtungsmittel, mit denen weltweit die Wild- und Ackerkräuter vernichtet werden. Ein schöneres Beispiel für Greenwash und Alibi-Biotope gibt es nicht. Und das in einem ernstgemeinten Beitrag in der Basler Zeitung zum Europäischen Naturschutzjahr. Das ist noch besser als die Pershing mit dem Katalysator.

Die Umweltbewegung ist seit Jahren mit neuen Durchsetzungsstrategien konfrontiert. Gegen das süße Gift der Werbestrategen, mit dem umweltgefährdente Betriebe ihre Produkte grünwaschen, gegen verlogene, falsche oder halbfalsche Umweltargumente im Dienst der Naturzerstörung ist schwer anzukommen. Die Natur stirbt aber – grün grün grün sind alle meine Kleider – zumindest in der Werbung.

In Zeiten einer immer schneller voranschreitenden Naturzerstörung, auch im Europäischen Naturschutzjahr, ist das Alibi-Biotop das Biotop des Jahres.●

Axel Mayer ist Miarbeiter beim BUND-Regionalverband Südl. Oberrhein

Basler Zeitung Donnerstag, 20. Juli 1995 Nr. 167 Teil III **Baselland.**

Pionierprojekt zum Schutz der Natur im Hafen

Wer an die Naturschönheiten im Baselbiet denkt, wird sicher nicht zuerst an das Industrieareal im Birsfelder Hafen denken. Rund um die stillgelegte Staatsgrube haben aber zwischen Kohlenhalden und Lastwagenparkplätzen einige Pflanzen und Tiere Raum zum Überleben gefunden, die sonst in der Region nirgends mehr zu finden sind. Rund um das neue Distributionslager der Ciba ist in den letzten Jahren ein Schutzgürtel entstanden, in dem die bisher zufälligen Flusslandschaftsreste erstmals systematisch geschützt und wissenschaftlich überwacht werden.

Auf dem Grüngürtel um das Ciba-Distributionslager wachsen Pflanzen wie die Gefleckte Flockenblume (Bild unten), die ausser im Birsfelder Hafen nirgends mehr zu finden sind. *Fotos André Muelhaupt*

Birsfelden. wit. In kaum einem Gebiet prallen die Interessen von Wirtschaft und Naturschutz so direkt aufeinander wie in den Industriezonen. Besonders brisant ist dieses Spannungsverhältnis im Birsfelder Hafen, wo sich inmitten der Hafenanlagen letzte Reste von der ursprünglichen Flusslandschaft im Mündungsgebiet von Birs und Rhein erhalten haben. Spätestens seit Anfang der 80er Jahre Zoologen in der stillgelegten Kiesgrube im Hafen die bedeutendste Geburtshelferkröten-Population

Naturschutzjahr 1995

Eine Serie der Basler Zeitung

on der Region entdeckt haben, wurde auch eine interessierte Öffentlichkeit auf die einmalige Vielfalt von Flora und Fauna aufmerksam, die sich zwischen den Umschlag- und Lageranlagen noch immer breitmacht.

Gefährdete Ödlandfluren

Wissenschaftliche Untersuchungen weisen die Industriezone denn auch als in vielfacher Hinsicht schützenswertes Areal aus. Der Wenslinger Biologe Hans Meier, der im Auftrag der Kantonalen Kommission für Natur- und Heimatschutz das Birsfelder Hafenareal im Auge behält, hat im Hafen nicht weniger als 45 Pflanzenarten gezählt, die gefährdet oder sogar unmittelbar vom Aussterben bedroht sind. Bedingt durch die speziellen geographischen Gegebenheiten (tiefster Punkt im Baselbiet mit mittelmeerähnlichem Klima, trockene, steinige Böden etc.), gibt es auf dem Birsfeld noch immer einige grössere Inseln mit sogenannten Ödlandfluren. Müssten diese zur gewordenen Pflanzengesellschaften ganz einer intensiveren Nutzung des Hafens weichen, so würden mit jeder aussterbenden Pflanzenart rund zehn Tierarten (vor allem Insekten) ihre Existenzbasis verlieren.

Auf diesem Hintergrund bedeutet natürlich jedes Neubauprojekt eine Bedrohung für dieses einmalige Biotop unmittelbar vor den Toren der Stadt. Als die Ciba Ende der achtziger Jahre ihr Hochsicherheitslager für Agroprodukte auf dem ehemaligen Lastwagenparkplatz vis-à-vis der Hafenverwaltung plante, wurde dieses Projekt denn auch von Naturschutzkreisen argwöhnisch aufgenommen. Beim Baubewilligungsverfahren für das Hochregallager wurde dem Schutz der Umwelt nicht nur sicherheitstechnisch, sondern auch was die Umgebungsgestaltung angeht, grosses Gewicht beigemessen.

Schutzstreifen um das Gebäude

Im Rahmen eines der ersten grösseren Umweltverträglichkeitsberichte im Baselbiet wurde der Chemiekonzern verpflichtet, auch ausserhalb des in Sachen Sicherheit vorbildlichen Lagers Naturschutzmassnahmen zu ergreifen. Konkret erfüllt wurde diese Auflage mit einem einige Meter breiten Grüngürtel. Dieser zieht sich durchgehend um drei Seiten des imposanten Baukubus, über den die Ciba heute den

ganzen Transport von Agrochemikalien von und zu ihren Werken in der Region abwickelt.

Mit grossem Aufwand wurden auf diesem Streifen die Lebensbedingungen künstlich rekonstruiert, unter denen sich Flora und Fauna einst in dieser Gegend entwickelt haben. Schon während der Bauphase war dazu einiger technischer Aufwand nötig. Bei Baubeginn wurde die ganze Erdoberfläche auf 30 Zentimeter Dicke separat abgetragen und zwischengelagert. Als das Lagerhaus nach zweijähriger Bauzeit fertig war, wurde dieses noch immer samentragende Material zur Gestaltung der ökologischen Ausgleichsfläche ums Gebäude zurückgeholt. Gleichzeitig sicherte sich die Ciba die Dienste von Hans Meier. Unter dessen Aufs[illegible]

langfristig eine Schutzzone aufgebaut werden, die auf beschränkter Fläche ähnliches leistet wie seinerzeit die verwilderte Parkfläche.

Zwei Jahre nach dem Beginn dieses im Baselbiet beispielhaften Experiments ist man auf allen Seiten sehr zufrieden mit dem bisherigen Resultat. Seit 1994 hat Hans Meier bereits wieder weit über 100 verschiedene Pflanzenarten auf dem künstlichen Ödlandstreifen ums Areal feststellen können. Darunter befinden sich mit der Gefleckten Flockenblume, dem Norwegischen Fingerkraut, der Sprossenden Felsennelke oder dem Stinkenden Pippau auch zahlreiche Gewächse, die im Baselbiet als ausgesprochene Raritäten zu bezeichnen sind.

Gürtel entspricht Ciba-Konzept

Hinter den vom Kanton verfügten Naturschutzauflagen stehen kann auch die Ciba. Der Birsfelder Grüngürtel entspricht ganz dem Konzept einer möglichst naturnahen Umgebungsgestaltung, das sich die Ciba-Konzernleitung für alle Werke in der Region verordnet hat. Für Hans Wangler, den Leiter des Birsfelder Distributionszentrums, ist der durch einen Maschendraht gesicherte Naturstreifen zudem noch ein willkommener Bio-Indikator: «Schon beim Entweichen geringster Mengen von Agrochemikalien würden die Wildpflanzen unmittelbar am Gebäude wohl nicht lange überleben.»

Anfängliche ästhetische Bedenken, die seinerzeit den Architekten bewogen, im Eingangsbereich standortfremde Büsche zu pflanzen, sind in der Zwischenzeit offenbar ebenfalls verflogen. Gegenwärtig wird geprüft, auch diesen Bereich für den Wildwuchs freizugeben und auf gärtnerische Eingriffe ganz zu verzichten.

Der Verzicht auf einen Gärtner bedeutet nicht, dass zur naturnahen Gestaltung der Umgebung gar nichts mehr gemacht werden muss. Im Gegenteil: Weil der Boden im Vergleich zu früher einiges lockerer ist, würden innert weniger Jahre einige besonders dominante Pflanzen den Rest verdrängen. Im Moment beispielsweise gilt es zu verhindern, dass meterhoher Honigklee und Gartenflüchtlinge wie der violette Sommerflieder alles andere überwuchern. «Mit künstlichen Eingriffen muss ich dafür sorgen, dass der Boden den Charakter einer Pionierlandschaft behält», umreisst Meier seine Wartungsphilosophie. Zusammen mit seinen Schulklassen befreit er den steinigen Boden regelmässig von fremden Pflanzen.

Auch für den Biologen, der das ganze Projekt im Auftrag der Bau- und Umweltschutzdirektion wissenschaftlich begleitet, ist das ganze Vorhaben immer wieder mit Überraschungen verbunden. Grundsätzlich schafft es nur möglichst optimale Bedingungen damit bedrohte Arten sich dort wieder niederlassen können. Welche Tier- und Pflanzen sich aber dort ansiedeln ist letztlich dem Zufall überlassen.

Anzeige

FÜR GENTECHNIKFREIE LANDWIRTSCHAFT

Widerstand gegen die Gentechnologie braucht Geld!

Unterstützen Sie die Arbeit mit einer Spende, damit der Protest weitergehen kann.

Überweisen Sie auf unser Konto:
Postbank Berlin · BLZ 100 100 10 · Konto-Nr. 4521 13 106
(Kennwort: Freisetzung)

Infomaterial bei: Koordinationsstelle gegen die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen
Schöneweider Str. 3 · 12055 Berlin
Tel.: 030/685 80 30 · Fax 030/ 684 11 83

GENTECHNOLOGIE ...

...provoziert eine Klage

»Alle bisherigen Erfahrungen zeigen, daß Eingriffe des Menschen in das komplizierte Wirkungsgefüge des Naturhaushaltes zu nicht vorhersehbaren Folgen führen können. Freilandversuche machen uns alle zu Versuchskaninchen.«

BUND Landesverband Hessen in seiner Unterstützung der Klage gegen die Freisetzungsversuche von gentechnisch veränderten Organismen (Postfach 2166, D-62536 Mörfelden-Walldorf, Kto-Nr. 369 853, Ffm Sparkasse, BLZ 500 502 01)

...stellt Grundwerte in Frage

»Gentechnologie provoziert eine unmittelbare und vielfältige Reaktion bei uns allen, wenn erst einmal die verbrämenden Mystifikationen und technokratischen Metaphern zur Seite geschoben werden. Gentechnologie fordert uns auf der intellektuellen und auf der emotionalen Ebene; sie stellt ethische wie auch politische Grundwerte unserer Gesellschaft in Frage.«

Vandana Shiva, Indien, Trägerin des alternativen Nobelpreises 1993, im Vorwort zum Buch »Schön, gesund und ewiger leben« von Florianne Koechlin, Reihe WoZ im Rotpunkt-Verlag, Postfach, CH-8031 Zürich

...gefährdet Artenvielfalt

»Wir sind gefordert, Artenvielfalt als Begriff des Protestes nicht von den Mächtigen vereinnahmen und verdreben zu lassen sondern wieder mit unseren Visionen zu füllen.«

Christine von Weizsäcker, Evolutionsbiologin, Referentin am »geGEN«-Kongreß in Friedberg

...im Eiltempo

»Landwirtschaft geht uns alle an, denn wir leben von den Früchten des Landes. Sieht man heute jedoch genauer hin, erweist sich der Umgang mit Lebensmitteln von der Produktion über die Verarbeitung bis hin zum Konsum als zunehmende Zeitverdichtung auf allen Ebenen: Der rastlos gewordenen Natur entspricht der schnelle Verkauf von Lebensmitteln und deren hektische Zubereitung, der rastlosen Hausfrau die rubelosen EsserInnen.«

Editorial zum Sonderheft 8 »Zeitfraß – zur Ökologie der Zeit in Landwirtschaft und Ernährung« der Politischen Ökologie, Sept./Okt. 95, 19,80 DM, Bestellung bei: Ökom, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel.089/544184-0.

...und Widerstand

»Seitdem die Gentechnologie zur Schlüsseltechnologie des ausgehenden 20. Jahrhunderts erklärt wurde, wird jede Kritik an der Technologie als Sakrileg gebrandmarkt. Wir möchten fragen, welche Vorteile wir als Gemeinschaft wirklich zu erwarten haben und welche Risiken und Umwälzungen wir dafür in Kauf nehmen wollen.«

Henning Strothoff vom Gen-ethischen Netzwerk e.V. (Schöneweider Str. 33, 12055 Berlin) im Vorbereitungsreader zum »geGEN«-Kongreß in Friedberg.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

GRÜNES LICHT FÜR GENTECHNISCH VERÄNDERTE PFLANZEN

Radicchio Rosso: Rohkost mit neuen Genen

Ohne die Öffentlichkeit zu informieren, sollen klammheimlich gentechnisch veränderte Pflanzen genehmigt werden. Während Verbraucherinnen und Verbraucher bei Freisetzungsversuchen mit gentechnisch veränderten Pflanzen zumindest noch eine Einspruchsmöglichkeit haben, entfällt diese bei reinen Genehmigungsverfahren. In den Ländern der Europäischen Union (EU) sollen die ersten gentechnisch veränderten Nutzpflanzen jetzt mittels solchen Genehmigungsverfahren zugelassen werden. Nachdem bereits ein transgener Tabak freigegeben ist, folgt nun ein Raps der belgischen Firma PGS (Plant Genetic Systems), beide mit einer gentechnisch vermittelten Herbizid-Resistenz. Dabei wird es nicht bleiben: Inzwischen haben die jeweils zuständigen Behörden in den einzelnen Mitgliedsländern weitere Anträge geprüft und nach den Verfahrensvorschriften der europäischen Freisetzungsrichtlinie (90/220/EWG) über die EU-Kommission an die übrigen Länder weitergereicht. Werden von dort keine gewichtigen Bedenken vorgebracht, dann dürften schon bald Mais, Soja und Radicchio mit neuen, gentechnisch »eingebauten« Merkmalen auf Feldern überall in Europa angepflanzt werden.

Die »Verbraucher Initiative«, mitgliederstärkste unabhängige VerbraucherInnenorganisation in Deutschland, protestiert jetzt gegen diese Vorgehensweise: Die ökologisch-orientierten Verbraucherschützer haben ihre Mitglieder zu einer Postkartenaktion aufgefordert. Adressat ist das Robert-Koch-Institut in Berlin. Es ist die in Deutschland zuständige Behörde für Anträge auf Freisetzung und Inverkehrbringen. Hier werden ferner Stellungnahmen für die EU-Kommission erstellt.

Die »Verbraucher Initiative« verlangt mit der Aktion Aufklärung darüber, welche Pflanzen freigesetzt werden sollen und wer der Antragsteller ist. Zudem wird Einblick in die Genehmigungsunterlagen begehrt.●

Kontakt:
Die Verbraucher Initiative e.V., Bundesgeschäftsstelle, Breite Str. 51, D-53111 Bonn, Tel. (02 28) 726 33 13, Fax 726 33 99

NIEDERLANDE:

STEUERREFORMEN

Mehr Arbeitsplätze durch die Ökosteuer

Hans Nusink ist Mitarbeiter der holländischen Umweltorganisation, Aktie Strohalm, die sich für eine umfassende ökologische Steuerreform einsetzt und mit Partnerprojekten in der Bundesrepublik zusammenarbeitet. In den Niederlanden gibt es bereits eine Energiesteuer auf den Kohlendioxid-Ausstoß von Energieträgern. Im kommenden Jahr soll ein neue Abgabe auf den Energie- und Rohstoffverbrauch in Kraft treten, von der industrielle Großverbraucher jedoch ausgespart bleiben. CONTRASTE befragte Hans Nusink zu den Vorstellungen und Aktivitäten von Aktie Strohalm zur ökologischen Steuerreform. Das Interview führte Ricarda Buch.

CONTRASTE: *Warum heißt die ECO-Tax, ECO-Tax?*

Hans: Weil es eine ökologische Steuerreform ist. Das Ziel ist weniger Umweltbelastung und weniger Arbeitslosigkeit.

Warum wird mit der ECO-Tax die Arbeitslosigkeit reduziert?

Die Besteuerung der Arbeit wird reduziert. Das wirkt sich auf die Kosten der Arbeit aus. Das Arbeitgeberbrutto setzt sich zusammen aus den Lohnkosten, den Lohnnebenkosten und dem Steueranteil. Durch die Ökosteuer werden die Lohnnebenkosten und der Arbeitgeberanteil reduziert. Dadurch verringern sich die Gesamtkosten der Arbeit. Arbeit wird billiger.

Wie funktioniert das Modell der Ökosteuer?

Einerseits haben wir die Kosten der Produktion andererseits die Kosten für Energie- und Ressourcenverbrauch.

Ist die Ökosteuer eine Besteuerung von Ressourcen?

Ja, von Energie und Rohstoffen. Einerseits werden die Kosten der Arbeit billiger und der Verbrauch von Energie und Rohstoffen wird teurer.

Wer zahlt die Kosten von Energie und Rohstoffen?

Die Preise für Energie und Rohstoffe erhöhen sich und alle Verbraucher zahlen mehr. Wer wenig Energie und Rohstoffe verbraucht, zahlt entsprechend weniger. Produkte, die mit viel Energie und wenig Arbeit hergestellt werden, sind dann teurer als Produkte, die wenig Energie und viel Arbeit kosten. Heute kosten energieintensive Produkte weniger als ökologische, arbeitsintensive Produkte. Durch die Einführung einer Ökosteuer wird dieses Verhältnis umgekehrt.

Durch die Einführung der Ökosteuer sollen also arbeitsintensive Produktionsweisen gefördert und kapitalintensive besteuert werden?

Was hat »Aktie Strohalm« mit der Ökosteuer zu tun?

Aktie Strohalm befaßt sich mit den Auswirkungen von Kapitalakkumulation und Zinsen. Unser heutiges Geldsystem ist ein makroökonomisches Steuerungsinstrument, welches das Kapital von den Armen hin zu immer weniger Reichen bewirkt. Auch ein Steuersystem, das die Kosten der Arbeit verteuert und die Nutzung von Energie und Rohstoffen verbilligt, ist ein makroökonomisches Steuerungsinstrument, das im Sinne einer ökologischen und gerechten Gesellschaft geändert werden sollte. »Aktie Strohalm« befaßt sich mit der Zinstheorie. Wir haben dann angefangen, uns Modelle auszudenken, wie die Richtung des derzeitigen Wirtschaftssystems geändert werden kann.

Was habt ihr unternommen, um die Ökosteuer zu verwirklichen?

Zunächst haben wir die Idee ausgearbeitet. Dann haben wir Weiterbildungskurse für Erwachsene zum Thema organisiert. Wir haben auch Kontakt zu den Hochschulen aufgenommen und begonnen, das Thema an verschiedenen Orten in Holland zur Diskussion zu stellen.

Wir haben Seminare organisiert zum Thema Qualität der Arbeit und Qualität der Natur, dann ein Seminar mit kirchlichen Organisationen. Da ging es u.a. auch um das bestehende Wertesystem. In der Gesellschaft heute sind Ökonomische Werte oft wichtiger als ökologische. Es ging darum, daß es auch andere Werte gibt. Dann ein Seminar mit der Agrarwirtschaft und ein Seminar mit Frauengruppen. Da ging es um die Bedeutung der Ökosteuer in Hinblick auf die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen und um andere Werte, die Frauen in diesem Zusammenhang in den Arbeitsprozeß einbringen können.

Wer waren die Teilnehmer von diesen Seminaren?

An dem Seminar mit der Agrarwirtschaft nahmen Bauern teil, an dem Frauenseminar Vertreterinnen von Frauenorganisationen, das Seminar zur Qualität von Arbeit und Natur richtete sich an Erwerbsunfähige und Behinderte.

Welchen Erfolg hatten die Seminare?

In dem Seminar zur Agrarwirtschaft wurde problematisiert, daß sich durch die Ökosteuer die Lohnkosten der Bauern zwar verringern, andererseits aber der Energie- und Rohstoffverbrauch verteuert. Das kann sich negativ auf den Gewinn von Bauern auswirken. Insgesamt haben die Seminare unsere Kontakte zu der jeweiligen Zielgruppe intensiviert. Wir werden nun häufig zu Gesprächen zur Ökosteuer eingeladen.

Habt Ihr Euch auch an politische Parteien gewandt, um die Einführung einer Ökosteuer zu verwirklichen?

Wir haben Kontakte zu den Grünen und sporadisch zu den Sozialdemokraten. Wir haben nicht so viel Kontakte zu den Parteien oder zu Organisationen wie den Gewerkschaften. Wir haben mehr mit den Leuten an der Basis zu tun.

Haben die Grünen in den Niederlanden die Einführung einer Ökosteuer in ihrem Programm.

Ja, mehrere Parteien haben das. Allerdings gibt es große Unterschiede in der Gestaltung einer solchen Steuer. Man kann nicht sagen, daß es sich bei diesen Vorstellungen um eine Ökosteuer handelt. Es geht dabei um höhere Abgaben auf Energieverbrauch und Umweltverschmutzung, um eine Akzentsetzung in Richtung Ökologie, aber die Vorstellungen sind keine umfassende Steuerreform. Anfang nächsten Jahres wird ein neues Gesetz in den Niederlanden eingeführt. Der Energie- und Rohstoffverbrauch von Kleinverbrauchern, d.h. von Kleinbetrieben und privaten Haushalten soll besteuert werden. Das Gesetz richtet sich nicht an industrielle Großverbraucher. Wer dann wenig Energie und Rohstoffe verbraucht, kann Kosten einsparen. Die Einnahmen aus dieser Abgabe auf den Energie- und Rohstoffverbauch sollen zur Finanzierung einer Absenkung der Lohnsteuer genutzt werden. Es gibt sehr viele kleine Ansätze in die richtige Richtung, aber durch dieses neue Gesetz wird der Verbauch der Großverbraucher nicht eingeschränkt.

Das ist doch schon ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Ja, aber kleine Schritte reichen nicht. Wir wollen, daß große und mehrere Schritte unternommen werden. Das sollte schneller gehen. Das ist das Ziel unserer Kampagne.

Was habt ihr für die nächste Zukunft vor?

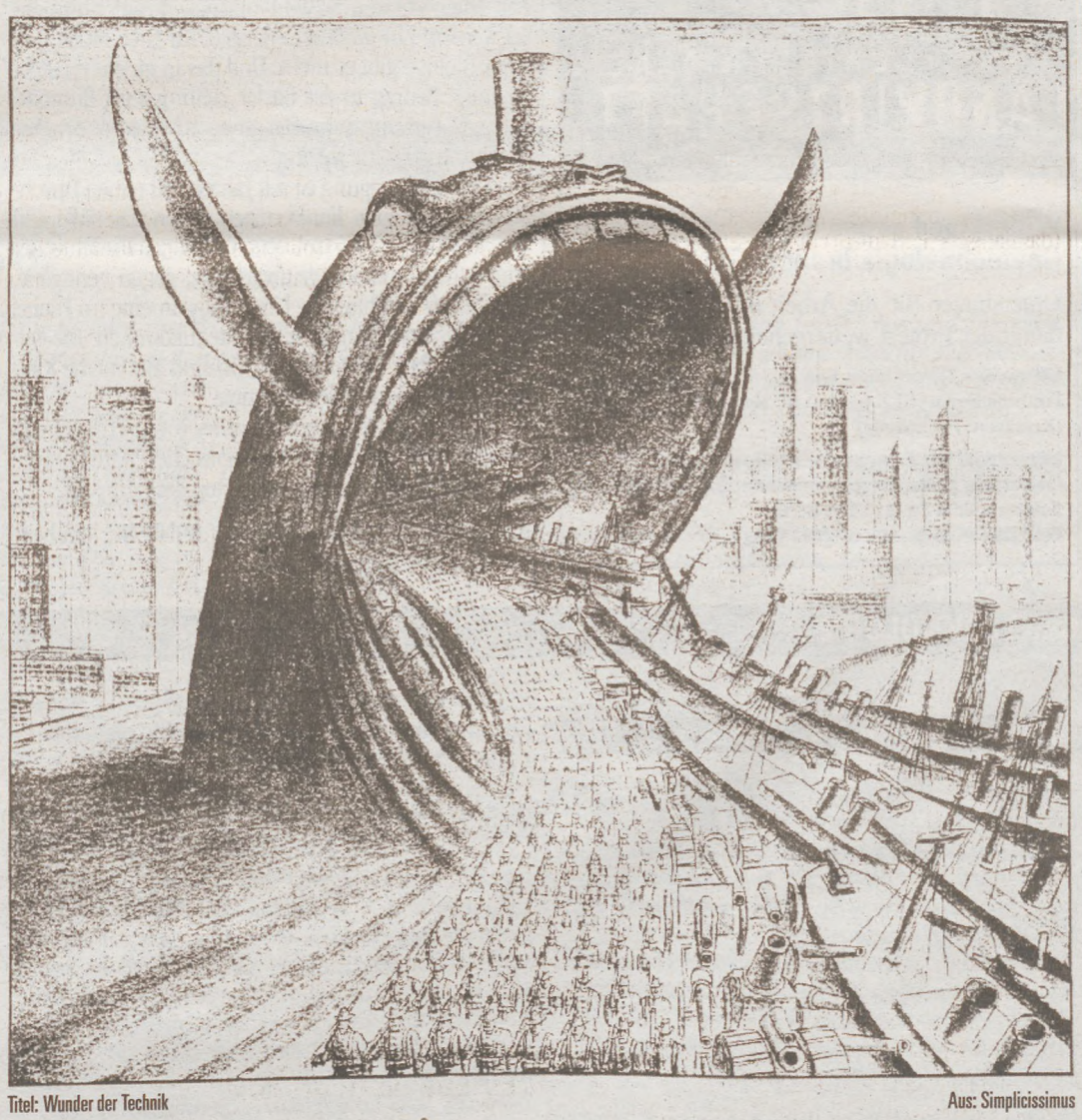
Wir wollen drei Vorhaben realisieren. Das ist ersten die Agrarwirtschaft. Wir wollen mit unseren Untersuchungen nach Bayern und Berlin gehen und Workshops und Seminare mit Bauernorganisationen zu unserem Konzept der Ökosteuer veranstalten. Da wollen wir die Folgen der Ökosteuer für die Bauern diskutieren. Auch mit den kirchlichen Organisationen werden wir die Diskussion weiterführen. Daneben wollen wir uns mit der Besteuerung vom Luftverkehr befassen. Es gibt bisher keine Ökoabgabe auf Flugtickets. Wir denken, daß mit der Einführung einer Brennstoffabgabe auf Flugtickets neue Arbeitsplätze im Recyclingbereich oder in anderen ökologisch sinnvollen Produktionszweigen geschaffen werden sollten.

Was den Energieverbrauch angeht, so wollen wir, daß auch die Großverbraucher zur Kassen gebeten werden sollten. Das wollen wir auf weiteren Veranstaltungen fordern.

Habt ihr Wünsche in Bezug auf die Zusammenarbeit mit deutschen Initiativen?

Wir sind sehr an Informationen über den Stand der Diskussion und der Entwicklung der Ökosteuer in Deutschland interessiert. Wir möchten auch gerne wissen, wie die deutschen Gruppen organisiert sind, was sie machen, um die Einführung einer ökologischen Steuerreform voran zu treiben und wie weit die Diskussion über eine ökologische Steuerreform in der Bevölkerung verbreitet ist. Wir arbeiten aber auch bereits mit Organisationen aus der Bundesrepublik und aus Dänemark zusammen. Dabei geht es uns vor allem um den Erfahrungsaustausch und eine gemeinsame Strategiediskussion. Falls Gruppen in der Bundesrepublik Interesse an einer Zusammenarbeit haben, sind wir da offen. Sie können sich am besten direkt an uns wenden: Die Adresse ist: Hans Nusink, Aktie Strohalm, Ouse Gracht 42, NL-3511 AR Utrecht, Tel: 0031 30 (2)314 314, Fax: 0031 30 (2)343 986

Vielen Dank für das Interview.●



Titel: Wunder der Technik — Aus: Simplicissimus

FORTSETZUNG VON SEITE 1: ALSO, WAS TUN?

... Die Löhne und Gehälter sinken, die Kaufkraft schwindet und immer mehr Menschen landen auf dem zweiten oder dritten Arbeitsmarkt – in der Schattenwirtschaft und auf dem Schwarzmarkt. Das kann nicht so weitergehen. Die wirtschaftliche Entwicklung sollte in eine andere Richtung gehen.

Was tun fragen sich die MitarbeiterInnen und Fans des Öko-Glühwürmchen- Betriebs und womit beginnen? Weshalb sind Mieten und Pachten nicht billiger, soziale Dienste finanzierbar, arbeitsintensive ökologische Produktionen und Produkte weiter verbreitet? Was verursacht die ungeheure Konzentration von Geld- und Anlagevermögen in den Händen von immer weniger Menschen und wie kann die wachsende Verschuldung, Verarmung und Abhängigkeit von privaten oder öffentlichen Almosen von immer mehr Menschen verhindert werden? Brauchen wir neue ökonomische Steuerungsinstrumente? Das fragt sich auch CONTRASTE und stellt in dieser Ausgabe verschiedene Modelle für Steuerreformen vor.

Ob Bodenreform, ökologische Steuerreform oder Geldreform, eines haben diese Modelle gemeinsam. Die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums soll gerechter werden. der Zugang zu Bodennutzungsrechten, Ressourcen und die gleichberechtigte Teilnahme am Markt als Tausch von Waren, Gütern und Dienst- und Versorgungsleistungen soll allen gleichermaßen ermöglicht werden. Renditen aus dem Besitz des nicht selbst genutzten Grundeigentums, der spekulative Umgang mit Ressourcen und Profite aus großen Geldvermögen sollen verhindert werden, um die Akkumulation des gesellschaftlichen Reichtums in den Händen von immer weniger Menschen und die Verarmung der Mehrheit zu stoppen.

Wie sieht es nun aus mit der Verwirklichung der vorgestellten Steuerreformen? Da lohnt sich ein Blick ins gelobte Land Dänemark, wo bereits 1902 eine Grundsteuer auf Bodenflächen zugunsten der kommunalen Haushalte eingeführt wurde. In regelmäßigen Abständen werden in Dänemark Erhebungen zum Wert der Bodenflächen durchgeführt und je nach Nutzung unterschiedlich hoch besteuert. Bauerwartungsland liegt bei der Besteuerung am höchsten. Seit der Einführung dieser Steuer ist in Dänemark das private Mietwohneigentum kontinuierlich zurückgegangen. Die Dänen wohnen entweder in verhältnismäßig preisgünstigen Genossenschaftswohnungen oder im selbst genutzten Wohneigentum. Auch in Bezug auf die Einführung einer Ökosteuer wurde Dänemark Pionierarbeit geleistet. Umweltverbrauch und knappe Ressourcen werden seit 1994 besteuert, die Kosten der Arbeit jedoch entlastet.

In den Niederlanden gibt es bereits eine Energiesteuer, die sich am CO_2-Ausstoß der jeweiligen Brennstoffe orientiert und im nächsten Jahr soll eine Steuer auf Energie- und Brennstoffverbrauch eingeführt werden. Sehr zum Leidwesen der holländischen Umweltorganisation, »Aktie Strohalm«, bleiben hiervon die industriellen Großverbraucher ausgeschlossen. Aktie Strohalm setzt sich aber nicht nur für eine schnelle Verwirklichung der ökologischen Steuerreform ein, sondern entwickelt und koordiniert auch zinslose lokale Geldkreisläufe. Wer glaubt, daß eine Geldreform heute nicht zur Debatte steht, übersieht daß derzeit immer mehr LETSyteme entstehen. Besonders weit entwickelt und/oder verbreitet sind solche Lokalgeldkreisläufe in England, den Niederlanden und der Schweiz. Sollte der Trend zu LETS weiter so anhalten, kommt wohl auch bald die Geldsteuer mehr ins Gespräch.●

»AKTIE STROHALM«

Die überregionale holländische Umweltorganisation, Aktie Strohalm, entstand 1970 aus einer Graßwurzelkampagne der Anti-Atomkraftbewegung. Aus der Opposition gegen die Kernenergie entwikkelte sich die Einsicht, daß »alles miteinander zusammenhängt« und die ökologische Situation nicht losgelöst von den ökonomischen und sozialen Verhältnisse geändert werden kann.

Heute befaßt sich Aktie Strohalm weniger mit aktuellen ökologischen Problemstellungen, sondern vielmehr mit den Beziehungen zwischen Wirtschaft, Umwelt und Armut. Aktie Strohalm geht davon aus, daß die meisten Handlungsweisen der Menschen durch ihre psychische und physische Umgebung bestimmt sind und eine Veränderung herrschender Verhältnisse und des Verhaltens einzelner nur über die Änderung der Steuerungsmechanismen dieser Umgebung eintritt. Beispiele für solche Steuerungsmechanismen sind: die Art des Geldes im Umlauf, die Grundlagen der Besteuerung, die Rolle der Wissenschaften und der Rechtssprechung. Aktie Strohalm setzt sich für die Abschaffung des Zinses, des Grundeigentums und für die Verlagerung der Besteuerung von Arbeit zu Rohstoffen und zum Verbrauch von Umweltressourcen ein.

Für Aktie Strohalm ist es wichtig, dem einzelnen möglichst viele Wahlmöglichkeiten zu lassen und durch den Aufbau lokaler Gruppen Selbsthilfe und Selbstorganisation zu fördern. Aktie Strohalm ist hauptsächlich in den Bereichen Forschung und Bildung zur Thematik tätig und hat Anstoß zur Gründung mehrerer Folgeorganisationen gegeben, so in der Umwelterziehung, im Fairen Handel, etc. 1988 startete Aktion Strohalm eine Aktion gegen das Geldsystem und zur Bedeutung des Zinses im herrschenden System und seit 1989 setzt sich Aktie Strohalm für eine ökologische Steuerreform ein. Aktie Strohalm arbeitet heute mit Partnerprojekten aus mehreren europäischen Regionen zusammen.●

ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM IN DÄNEMARK

STEUERREFORMEN

Das gelobte Land, in dem schon grüne Steuern fließen

Neue ökologische Instrumente in der Umweltpolitik sind in Deutschland zwar schon lange ein Thema, aber eine ökologische Steuerreform ist noch nicht in Sicht. Dagegen tun sich andere Industriestaaten mit nationalen Alleingängen in der Umweltpolitik überhaupt nicht schwer. Energiesteuern, die sich am Kohlendioxid-Ausstoß der jeweiligen Energieträger orientieren, gibt es in Dänemark, Finnland, Schweden, den Niederlanden und bald wohl auch in Österreich. Schwefeldioxid wird in Frankreich, Norwegen und Schweden besteuert. Umweltsteuern auf Verpackungen, Einwegprodukte und Batterien erhebt Belgien. Und eine echte ökologische Steuerreform gibt es bereits, in unserem Nachbarstaat, dem Königreich Dänemark.

Lutz Mez, Berlin ● Dänemark gilt als Musterland für innovative Umwelt- und Energiepolitik. Es ist weltweit eines der wenigen Länder, das den CO_2-Ausstoß durch eine aktive Klimaschutzpolitik bereits reduziert. Als Vorreiter in der Europäischen Union hat Dänemark zusätzlich zu den Energiesteuern eine CO_2-Abgabe eingeführt. Vor diesem Hintergrund ist auch die ökologische Steuerreform zu sehen.

Im Januar 1993 übernahm in Dänemark eine Mitte-Links-Regierung die Amtsgeschäfte. Die neue Regierung wurde von vier Parteien – Sozialdemokraten, Zentrumsdemokraten, Sozialliberalen und Christlicher Volkspartei – gestützt und war seit über 20 Jahren die erste Regierung mit parlamentarischer Mehrheit. Das Regierungsprogramm »Neuer Kurs auf bessere Zeiten« will die wirtschaftlichen Probleme des Landes vor allem mittels einer Steuerreform lösen, die mit einer »grünen Politik« verbunden ist. Im Juni 1993 verabschiedete das »Folketing« (das dänische Parlament) die Öko-Steuerreform. Sie trat am 1. Januar 1994 in Kraft.

Entwicklung des Aufkommens der neuen grünen Abgaben in Dänemark in Mrd. DKK

Bereich	1994	1995	1996	1997	1998
Benzin & Diesel	0,6	2,1	3,3	3,6	3,8
Kfz u.a.	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Strom & Kohle	0,5	1,2	1,8	2,6	3,8
Wasser & Abwasser	0,6	1,1	1,7	2,6	3,5
Abfall & Verpackung	0,4	0,4	0,4	0,6	0,6
Summe grüne Abgaben	2,6	5,3	7,7	9,9	12,2

Quelle: Regeringen 1993, S. 59

Grüne Abgaben sollen dazu beitragen, daß VerbraucherInnen und Unternehmen die Auswirkungen ihrer Tätigkeiten auf die Umwelt spüren; die Verursacher sollen die sozialen Kosten tragen. Ökologische Steuerreform heißt das Ganze, weil man Umweltverbrauch und knappe Ressourcen besteuert, den »Faktor« Arbeit aber entlastet. Grüne Abgaben haben den Vorteil, daß das Verhalten von VerbraucherInnen und Unternehmen durch marktwirtschaftliche Instrumente beeinflußt werden kann. Für beide Gruppen ändern sich die Preise der Waren, die nunmehr in höherem Maße die mit ihrer Produktion verbundenen realen sozialen Kosten widerspiegeln. So führen grüne Abgaben zu mehr Umweltschutz.

Neue Ära für den/die Steuerzahler/in

Für den dänischen Steuerzahler begann 1994 eine neue Ära. Fünf Jahre lang werden Steuern und Abgaben auf begrenzte Ressourcen wie Benzin, Elektrizität, Kohle, Wasser sowie auf Abfall und Plastiktüten angehoben, wogegen die Personensteuern gesenkt werden. Somit verändert sich die Struktur des Steueraufkommens. Der Anteil der Einkommensteuer wird von 33 Prozent (1993) auf 15 Prozent (1998) gesenkt, der Anteil der grünen Steuern steigt derweil von 10 auf 15 Prozent an. Dieser Prozeß wird von einer Erhöhung der Sozialabgaben begleitet. Grüne Steuern sind in Dänemark nicht neu. 1993 nahm der Staat an Umwelt- und Energiesteuern bereits rund 33 Mrd. dänische Kronen (8,2 Mrd. DM) ein. Neu dagegen ist, daß das Umweltsteueraufkommen fünf Jahre lang in einem bisher unbekannten Tempo erhöht wird.

Energieabgaben gibt es in Dänemark – abgesehen von der 1917 eingeführten Benzinsteuer – seit 1977. Sie dienten der Sanierung des Haushalts, der Verbesserung der Zahlungsbilanz und schließlich der Reduzierung des Energiebedarfs. Das Instrument wurde dabei Schritt für Schritt verfeinert. Während 1986 die Energieabgaben die gesunkenen Weltmarktpreise für Erdöl ausgleichen sollten, entspricht die Einführung eines CO_2-Anteils und daraus finanzierter Energiesparprogramme dem Ziel, die CO_2-Minderungsziele effizienter zu erreichen.

Besondere Bedeutung für die dänische Klimaschutzpolitik hat das sogenannte CO_2-Paket, das im Mai 1992 beschlossen wurde. Es beinhaltet eine CO_2-Komponente innerhalb der bestehenden Energiesteuer in einer Größenordnung von 100 Kronen (rund 26 DM) pro Tonne CO_2-Ausstoß. Im Saldo führt die Abgabe bei Kohle und Strom zu höheren, bei Mineralöl zu gleich hohem und bei Erdgas zu reduzierten Abgaben. Für die Industrie trat das Gesetz erst Anfang 1993 in Kraft.

Energieabgaben werden der Industrie zurück erstattet

Eine Besonderheit des dänischen Energieabgabesystems besteht darin, daß die privaten Haushalte und die nicht mehr mehrwertsteuerpflichtigen Betriebe die vollen Abgaben bezahlen, während die Industrie – mit wenigen Ausnahmen – die Energieabgaben zurückerstattet bekommt. Etwa die Hälfte des dänischen Energieverbrauchs ist somit bisher nicht von Energieabgaben betroffen. Die Rückverteilung geschieht auf drei Wegen: Erstens gibt es eine allgemeine und automatische Erstattung, zweitens eine »besondere Erstattung« für energieintensive Betriebe und drittens einen »besonderen Zuschuß zur Deckung der CO_2-Abgabe«. Die allgemeine Erstattung beträgt 50%. Das bedeutet, daß die Industrie maximal die Hälfte der CO_2-Abgabenlast der Privathaushalte bezahlen muß. Die effektive CO_2-Abgabe beträgt bei Berücksichtigung von Erstattung und Zuschüssen 35 Kronen pro Tonne CO_2, also rund 9 DM. Die neuen Abgaben treffen vor allem die privaten Haushalte. Bei unverändertem Verhalten verfünffachen sich die Kosten für grüne Abgaben in verschiedenen Haushaltstypen. Bei bewußtem Sparverhalten sind jedoch auch Einsparungen und erhebliche Umwelteffekte zu erzielen. Für die Wirtschaft wurde inzwischen ein weiteres Abgabenpaket beschlossen.

Im September 1993 setzte die Regierung einen Ausschuß ein, der den erhöhten Einsatz von grünen Abgaben in der Wirtschaft und Modelle für die Rückführung des Aufkommens prüfen sollte. In ihm waren die Ministerien für Finanzen, Koordination, Wirtschaft, Energie, Äußeres, Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt, Steuern, Verkehr und Industrie vertreten. In einem ersten Ideenkatalog wurden neue Umweltabgaben für Energie- und Stromverbrauch, Transport, Verpackung und Wasser sowie in der Landwirtschaft (auf Düngemittel und Pestizide) aufgelistet. Der Ausschuß kam zu der Erkenntnis, daß die Ziele der dänischen Klimaschutzpolitik nur mit einer Steueranhebung für die Wirtschaft zu erreichen sind und die Erhöhung der grünen Abgaben für die Wirtschaft sogar der billigste Weg zur Verminderung des CO_2-Ausstoßes sei. Das gelte auch für die geplante Absenkung der Schwefeldioxid-Emissionen bis zum Jahr 2000 auf 20 Prozent des Niveaus von 1980, wobei die Emissionen um weitere 15.000 Tonnen zu reduzieren sind.

Die Umsetzung verzögerte sich im Wahljahr 1994. Nach Verhandlungen mit der Industrie und einer Verhandlungsrunde der politischen Parteien wurden die neuen grünen Abgaben für die Wirtschaft dann aber Anfang Juni 1995 verabschiedet. Nach den Plänen sollen die Unternehmen im ersten Jahr etwa 1,5 Mrd. Kronen zusätzlich zahlen; dieses Geld soll jedoch in voller Höhe in die Branchen zurückgeführt werden, damit die Wettbewerbsfähigkeit der dänischen Industrie nicht beeinträchtigt wird. Außerdem wird die Abgabe Unternehmen, die sich freiwillig zur Reduzierung von CO_2-Emissionen verpflichten, vorerst erlassen.

Europa im Überblick

In Belgien beschloß das Parlament im Juni 1993 eine allgemeine Steuer auf Verpackungen, Einwegartikel und Batterien. Je nach Produkt müssen die Hersteller zwischen 7 und 300 belgische Francs (35 Pfennig bis 15 Mark) an den Fiskus abführen. Die Steuer bringt jährlich umgerechnet rund 100 Mio. DM ein.

Der Haupttrend bei den Umweltsteuern zielt jedoch auf die Energie: Tatsächlich führen im Rahmen der Klimaschutzpolitik immer mehr Länder Energie- und CO_2-Steuern ein, damit die VerbraucherInnen sparsamer mit der Energie umgehen und zu weniger CO_2-haltigen Brennstoffen wechseln. Außer Dänemark haben Finnland, die Niederlande, Norwegen und Schweden eine derartige Steuer. Demnächst wird auch Österreich diesem Länderclub beitreten. Noch in dieser Legislaturperiode will man in Wien einen entsprechenden Gesetzesentwurf einbringen. Getreu dem dänischen Vorbild soll die Ökosteuer auf Treibstoffe, Heizöl, Gas, Kohle und Strom über eine Fünfjahresperiode in mehreren Schritten um das 3,3fache erhöht werden. Die aufkommensneutrale Reform soll die Wirtschaft nicht zusätzlich belasten, indem durch Senkung der Lohnnebenkosten gleichzeitig die menschliche Arbeitskraft verbilligt wird. Nach Ansicht der österreichischen Regierung ist ein nationaler Alleingang bei der Einführung einer Energiesteuer »nicht nur möglich, sondern auch sinnvoll«.●

Aus: Frankfurter Rundschau, 27.6.95

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Der Autor Lutz Mez ist Geschäftsführer der Forschungsstelle für Umweltpolitik der FU Berlin.

MODELLRECHNUNG FÜR EINEN SPARHAUSHALT

In der dänischen Tages- und Fachpresse ist eine heftige Debatte darüber entstanden, wie hoch die Ausgaben für vwerschiedene Hauhaltstypen sind und ob die grünen Abgaben der Umwelt dienen. Bei unverändertem Verbrauchsniveau bei Wasser, Elektrizität, Benzin und Tragetaschen sind folgende Kostensteigerungen errechnet worden:

Familie mit Einfamilienhaus ohne Elektroheizung: 660 DKK (1994), 3.466 DKK (1998).

Familie mit Einfamilienhaus und Elektroheizung: 975 DKK (1994), 5.011 DKK (1998).

Familie in Wohnung mit Elektroheizung: 780 DKK (1994), 3.971 DKK (1998).

Ein-Personen-Haushalt mit Auto und kohlegefeuerte Fernwärme: 220 DKK (1994), 830 DKK (1998).

Familie mit Einfamilienhaus und Ölheizung: 1.460 DKK (1994), 3.075 DKK (1998).

Bei diesen ceteris paribus-Rechnungen erhöhen sich die Ausgaben um den Faktor 2,5 bis 5,2. Die großen »Verlierer« sind die NutzerInnen von Elektroheizungen. Der Verbrauch von 15.000 kWh in einem kalten Winter bedeutet 2.400 DKK Mehrkosten. Es sei denn, sie verhalten sich in Zukunft anders.

Für die Familie Schmidt-Jensen (2 Erwachsene und 2 Kleinkinder) in dem Kopenhagener Stadtteil Valby, die in einem Haus der Jahrhundertwende mit Elektroheizung wohnt, wurde berechnet, daß bei einem Stromverbrauch von 13.000 kWh und einem Wasserverbrauch von 118 m^3 die grünen Abgaben im Jahr 1998 3.460 DKK betragen würden. Ein Energieberater hat mit der Familie Kontakt aufgenommen und folgendes Umweltmodell vorgeschlagen: Anschluß an die Fernwärme, kombiniert mit Solarkollektoren für Warmwasser. Wärmedämmung des Daches und des Gebäudesockels sowie thermostatgeregelte Fußbodenheizung im Bad. Einsatz von Sparlampen (10 an 17 Lichtquellen), Austausch der Weißwaren (Waschmaschine, Gefrier- und Kühlschrank) mit den marktbesten Geräten. Kauf von drei Windmühlen-Anteilen, Wassereinsparende Perlatoren in Küche und Bad, kleine Zisterne und Kauf einer 400-Liter Regenwasser-Tonne.

Diese Aktion rechnet sich nicht nur in ihrer Umweltbilanz: Die Emissionen sinken bei

- CO_2 von 11 t auf 2 t,
- SO_2 von 45 kg auf 8 kg,
- NOx von 30 kg auf 5 kg,

und der Wasserverbrauch von 118 cbm auf 70 cbm. Die jährlichen Betriebskosten betrugen vor der Aktion 14.900 DKK. Beim der vorgeschlagenen Modernisierung mit Gesamtinvestitionen von 85.000 DKK ergeben sich jährliche Betriebskosten von 4.700 DKK, also eine Minderausgabe von 10.200 DKK und somit eine Armortisationszeit von 8 Jahren. Durch die »Eigenerzeugung« in den Windmühlen wird die Familie bei Strom autark und die grünen Abgaben auf die Elektroheizung entfallen völlig.●

Lutz Mez, Berlin

Aus: IÖW/VÖW-Informationsdienst 2/94

DOKUMENTATION: STEUERREFORMEN

Eine konservative Kritik an der Bodenrente

Den hier dokumentierten Beitrag von Robert V. Andelson haben wir der »Neuen Züricher Zeitung« vom 20./21.12.1992 entnommen: »Die sogenannte Bodenfrage gehört zu den »ewigen« Themen der Wirtschaftswissenschaft. Gerade in einem so dicht besiedelten und gegenüber ökologischen Anliegen so sensibilisierenden Land wie die Schweiz ist sie zurzeit von besonderer Virulenz. Der Sozialreformer Henry George hat dazu im letzten Jahrhundert Überlegungen angestellt, die inzwischen weitgehend in Vergessenheit geraten sind. Auch wenn sie in ihrer Einseitigkeit nicht unmittelbar für die praktische Umsetzung geeignet sein mögen, kann der Autor jedenfalls Anregungen und Denkanstöße vermitteln.

Sollte der Zusammenbruch des Marxismus tatsächlich eine triumphale Bestätigung der Überlegenheit »kapitalistischer« Systeme bedeuten, wäre eigentlich zu erwarten, daß weitgehend marktwirtschaftlich ausgerichtete Volkswirtschaften äußerst erfolgreich sein müßten und sich einer fast überschäumenden Popularität erfreuen sollten. Dies ist indessen keineswegs der Fall. Der wirtschaftliche Leistungsausweis praktisch aller westlichen Nationen ist bestenfalls vom matten Glanz, und selbst das wirtschaftlich dynamische Japan zeigt Zeichen der Stagnation oder gar der Erlahmung. Mit dem Ende des kalten Krieges hat sich eine gewisse Ernüchterung breitgemacht, hat sich die Begeisterung für kapitalistische Ordnungen abgekühlt.

Alte Therapien neu entdeckt

Angesichts dieser Entwicklungen ist es nicht erstaunlich, daß die Ideen *Henry Georges* (1839 bis 1897) – eines amerikanischen Sozialphilosophen und politischen Ökonomen, der sich vor allem autodidaktisch weitergebildet hat – nun mit neuer Wertschätzung wieder aufgegriffen werden. Denn es war George, der – die Gerechtigkeit und Effizienz freier Märkte durchaus anerkennend – auf beispielslose Art und Weise den *zentralen Schwachpunkt des »Kapitalismus«*, wie er in der Praxis typischerweise existiert, herausschälte und auch gleich den Weg wies, wie dieser Mangel zu beheben wäre. Sein Hauptwerk, *»Progress and Poverty«*, aus dem Jahre 1879 war übrigens etwa ein halbes Jahrhundert lang das weltweit meistverkaufte Ökonomiebuch. Obwohl George im Kontext des Amerika des späten 19. Jahrhunderts argumentierte, ist seine Analyse von *allgemeiner und umfassender Gültigkeit*; ihre Relevanz ist heute sogar wohl noch größer als seinerzeit, als der Ansatz vorgestellt wurde.

Eine facettenreiche Laufbahn

In seiner Jugend lernte George in Philadelphia Schriftsetzer. Als er nach Westen zog, um dort sein Glück zu versuchen, schlug er sich zunächst als Druckergehilfe durch, arbeitete dann als Zeitungsreporter, als Redakteur und mauserte sich schließlich zum Herausgeber einer eigenen Tageszeitung. Nach der Veröffentlichung von »Progress and Proverty« ließ er sich in der Stadt New York nieder und verbrachte den rest seines Lebens mit dem Halten von Vorträgen sowie mit Schreiben, was sich unter anderem in der Publikation sechs weiterer Bücher (vgl. Kasten). Sein literarischer Stil war von seltener Kraft und Klarheit.

Im Jahre 1885 kandidierte George für das *Amt des Bürgermeisters* von New York auf der Liste der Reformer. Er hat zwar nicht ernsthaft die Absicht, ein öffentliches Amt anzutreten, erblickte in der Kandidatur aber die Chance, für seine Ideen einiges an *Aufmerksamkeit* zu gewinnen. Nach Einschätzung der meisten Fachleute erzielte er am meisten Wählerstimmen, wurde indessen – da die offizielle Stimmauszählung durch den demokratischen Parteiapparat frisiert worden war – auf den zweiten Platz verwiesen. Damit lag er aber immer noch vor dem republikanischen Kandidaten und späteren US-Präsidenten *Theodore Roosevelt*. George ließ sich dann überreden, 1897 nochmals zu kandidieren. Fünf Tage vor dem Urnengang wurde er von einem Schlaganfall ereilt und starb. Damit war er praktisch zum *»Märtyrer«* für seine Sache geworden, den seine Ärzte hatten ihn gewarnt, daß seine zerbrechliche Gesundheit den Strapazen eines weiteren Wahlkampfes nicht standhalten würde. Noch bei keinem Begräbnis in der Geschichte der Stadt hatte die Öffentlichkeit Trauerbezeugungen solchen Ausmaßes erlebt. Selbst jene, die Georges Ideen ablehnten, äußerten sich lobend über seine Motive und seinen edlen Charakter.

Spuren seines Einflußes

Nach seinem Tode verblaßte Georges Ruhm dann zwar im Schatten von Marx und Keynes, aber unter jenen Leuten, die sich als seine Schüler bekannten und bekennen, finden sich herausragende Namen. So versuchte *Leo Tolstoi* den Zar davon zu überzeugen, Georges Reformansätze in die Tat umzusetzen. Und kurz bevor *Sun Yat-sen*, der Vater der chinesischen Republik, verschied, äußerte er die Absicht, Reformen dieser Art in seinem Land zu verwirklichen. Sogar *Winston Churchill* war während einiger Jahre ein glühender Verfechter von Georges Ideen und rückte in seiner Grundüberzeugung eigentlich nie davon ab, obwohl er später aus politischen Überlegungen in dieser Frage keine engagierte Position mehr bezog.

Abgesehen von einigen bemerkenswereten Ausnahmen, haben dagegen *Wirtschaftswissenschaftler* bis in die jüngste Vergangenheit hinein George ignoriert oder dessen Ideen gar zrückgewiesen – obwohl *Joseph Schumpeter* als meisterhafter Historiker der ökonomischen Theorie dessen fachliche Kompetenz bestätigt hatte. In jüngerer Zeit haben indessen verschiedene amerikanische Ökonomen aus dem gesamten politischen Spektrum – von *Milton Friedman* und *Arthur Laffer* bis zu *Kenneth Boulding* und *William Vickrey* sich in aller Öffentlichkeit zentralen Elementen von Georges Ideen zugewandt. Vickrey, zurzeit Präsident der American Economic Association, war einer jener berühmten Wissenschaftler (darunter drei Nobelpreisträger), die in einem Brief vom 7. November 1990 den sowjetischen Präsidenten Gorbatschow dringend aufforderten, eine Landreform im Sinne von George voranzutreiben.

Abschöpfung der Grundrente durch die »single tax«

Einen Namedn gemacht hat sich George vor allem mit seiner Theorie, daß der überwiegende Teil des Marktwertes von Grund und Boden (ausgenommen nachträgliche wertvermehrende Verbesserungen), also die *»ökonomische Rente« des Bodens*, dem Gemeinwesen zukommen und auch zugunsten der Allgemeinheit verwendet werden sollte. Parallel zu dieser Abschöpfung wäre jegliche *andere Besteuerung*, insbesondere jene der Einkommen, abzuschaffen. Das System beruht auf der *Lockerschen Prämisse*, wonach Privateigentum letztlich durch die Verfügungsgewalt eines Individuums über seinen Körper und damit auch über die Früchte seiner Arbeit legitimiert wird. Da Land nun eben nicht durch den Menschen geschaffen worden ist, sondern als ein von Gott grundsätzlich *allen zur Nutzung offenstehendes Kapitel* gilt, läßt sich laut Georege die Forderung nach Privateigentum an Grund und Boden nicht aufrecht erhalten. Die erwähnte Bodenrente ist gemäß seiner Vorstellung ein exaktes *Maß für den Nachteil*, der all jenen widerfährt, denen – wegen des Vorrangs der gegenwärtigen Eigentümer –die Nutzung von Land oder von natürlichen Ressourcen verbaut ist. Aus diesem Grunde sollte die Bodenrente durch das Gemeinwesen abgeschöpft und gleichsam als *Schadenersatz* an die Besitzlosen *zurückerstattet* werden, beispielsweise durch die Finanzierung staatlicher Sozialleistungen, die sonst nach einer Besteuerung der Früchte menschlicher Arbeit rufen würde.

Steuer oder Gebühr?

George charakterisierte seinen Ansatz mit der Wendung, es handle sich dabei um »the taking by the community for the use of the community of that value which is the creation of the community« (Progress and Poverty, Buch VIII, Kapitel 3). Er war also der Meinung, daß diese *Rente* – sofern sie nicht »künstlich« durch das Horten von Land aus spekulativer oder anderer Absicht überhöht ist – im wesentlichen eine *Errungenschaft des Gemeinwesens* als eines solchen darstelle, sich also ergebe aus der Entwicklung der Bevölkerung, der öffentlichen Nachfrage, der staatlichen Tätigkeit und der Summe aller Investitionen und Anstrengungen der Menschen in einer bestimmten Region. Als kaum erheblich für den Wert des Landes erachtete George dagegen all das, was der einzelne Eigentümer zugunsten seines Grundstücks unternimmt.

Da George die Absorption der Landrente zugunsten der Gesellschaft mit Hilfe der Besteuerung vornehmen wollte, ist sein Vorschlag gemeinhin bekannt unter der Etikette *Single Tax*. Rein technisch handelt es sich bei dieser »single tax« aber weniger um eine Steuer als vielmehr um eine Gebühr – dies ungeachtet der Tatsache, daß sie in der Tat alle von *Adam Smith* postulierten Anforderungen an eine Steuer erfüllt. Obwohl George davon ausging, daß diese Einkommensquelle zur Deckung sämtlicher legitimen staatlichen Funktionen ausreichen würde – was zu seiner Zeit wohl auch zutraf –, würde sein Vorschlag weitere Nutzungsgebühren grundsätzlich nicht ausschließen, sollte sich das Aufkommen aus der »einzigen Steuer« als unzureichend herausstellen.

Fortsetzung nächste Seite

DER AUTOR

G.S. Robert V. Andelson wurde 1931 in Los Angeles geboren. Seine Studien absolvierte er an der California State University, an der University of Chikago und an der University of Southern California, wo er seine Studien 1960 mit einem Phil. D. in Religion und Sozialphilosophie abschloß. Danach unterrichtete er Philosophie und politische Wissenschaft an der Northwestern State University, Louisiana, und Philosophie und Religion am Northland College, Wisconsin. Außerdem amtete er von 1959 bis 1962 als Direktor der ***Henry George School of Social Science*** in San Diego. Von 1965 bis zu seiner Emeritierung im Juni 1992 unterrichtete er – ab 1973 als ordentlicher Professor – an der ***Auburn University*** in Alabama Philosophie. Andelson ist Autor und Herausgeber mehrerer Bücher, darunter »Imputed rights« (University of Georgia Press, 1971), »Critics of Henry George A Centenary Appraisal of Their Structures on 'Progress and Poverty'« (Fairleigh Dickinson University Press, 1979), »Commons without Tragedy: Protecting the Environment from Overpopulation – a New Approach« (Shepheard-Walwyn, 1991). Daneben hat er zahlreiche Aufsätze in Fachzeitschriften und Sammelbänden verfaßt, darunter wohl die Mehrzahl mit einem Bezug zu Henry George bzw. den von ihm behandelten Themen. Andelson ist Mitherausgeber des ***American Journal of Economics and Sociology***, Mitglied des wissenschaftlichen Stabs des Ludwig-von-Mies-Instituts und ehemaliger Vizepräsident der Internationalen Union für Bodenwertbesteuerung und Freihandel.●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Anzeige

Politische Ökologie

Jetzt lesen!

Nachhaltige Stadtentwicklung

Die UN-Umweltkonferenz von Rio 1992 bescherte der Weltgemeinschaft eine neue Idee: die Nachhaltige Entwicklung. Seitdem gibt es kaum ein Konzept, kaum ein Programm, das nicht auf „Dauerhaftigkeit" setzt. Auch die sozial-ökologische Weiterentwicklung von Ballungsräumen wird heute unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit diskutiert. Doch was steckt hinter dem Begriffspaar Nachhaltige Stadtentwicklung? Wer ist dafür zuständig? Was bedeutet das für die Menschen, die dort wohnen? Und nicht zuletzt: Wie sieht eine Nachhaltige Stadt aus?

Jetzt für DM 19,80 überall in der Bahnhofspresse erhältlich oder direkt bestellen bei:
ökom GmbH
Waltherstr.29, Rgb.
80337 München
Tel.: 089/544 184-0
Fax: 089/544 184-99

FORTSETZUNG VON SEITE 8

STEUERREFORM

Radikal und konservativ

Ein kleiner Prozentsatz der Bodenrente sollte gemäß George durchaus dem Grundstückeigentümer zukommen, einerseits zur Abgeltung der »Verwaltungsunkosten« und andererseits als Anreiz, dem Eigentum Sorge zu tragen. Den Gegenwert des bei weitem überwiegenden Teils der Rente müßte aber jeder Grundeigentümer unabhängig von der Nutzungsart des Landes dem Staat abliefern. Das hätte den praktiisch zwingenden Effekt, daß ein Grundeigentümer entweder auf *die optimale Nutzung seines Bodens* hinwirkte oder dieses eben jemanden überließe, der dies versuchte. Sämtliche *Motive für eine Spekulation* mit Land würden dagegen *entfallen*.

Georges Programm ist zwar in dem Sinne *radikal*, daß es den seiner Ansicht nach zentralen Grund für wirtschaftliche Verzerrungen direkt angeht. Zugleich ist es jedoch auch *konservativ*, weil es erstens das *Eigeninteresse* als zentrale Triebfeder menschlichen Handelns anerkennt und weil es zweitens *drastische Maßnahmen*, welche das soziale Gefüge zerstören könnten, *vermeiden* will: Nach seinen Vorstellungen wäre der Plan nämlich behutsam und schrittweise umzusetzen. Wie beispielsweise Schumpeter anmerkte, »achtete er darauf, seine 'TTherapie' so zu gestalten, daß sie die Effizienz der privaten Wirtschaft nur minimal beeinträchtigte«. In der Tat war es Georges Ziel, die Effizienz zu erhöhen.

Praktische Umsetzung in Australien ...

Der Ansatz von George blieb nicht bloße Theorie. Er wurde – zwar nur teilweise aber doch in substantiell bedeutendem Ausmaß – in *Australien, Dänemark, Taiwan* und anderen Ländern in die Tat umgesetzt. Dabei wird in der Regel der Bodenwert, der unmittelbar die Höhe der Grundrente spiegelt, als Bemessungsgrundlage verwendet. Der Tendenz nach waren die *Wirkungen* überall ähnlich: Stimulierung der Produktion, Verbesserung der Landnutzung und ein effizienterer und günstigerer Wohnungsbau.

Der soziale Nutzen einer zwar begrenzten, aber doch signifikanten Besteuerung des Bodenwerts in *Australien* wird erkennbar, wenn man die drei Gliedstaaten mit relativ hohen Bodenwert- und relativ tiefen Meliorationssteuern mit den drei anderen Gliedstaaten vergleicht. Dabei zeigt sich, daß während einer Untersuchungsperiode von immerhin einem halben Jahrhundert in der ersten Gruppe (Queensland, New South Wales, Western Australia) viel mehr Land agrarisch genutzt wurde als in der zweiten (South Australia, Victoria, Tasmanien), wo sogar ein Rückgang der bebauten Fläche zu beobachten war. Der Wert der Meliorationen machte in der ersten Gruppe im Durchschnitt 151% des ursprünglichen Landwertes aus, in der zweiten Gruppe dagegen nur 79%. Am größten waren die Verbesserungen mit 198% in Queensland, wo auch die Abschöpfung der Bodenrente am weitesten geht.

In der ersten Gruppe waren die *Löhne* in der Industrie höher, verfügten die Menschen über eine höhere *Kaufkraft*, wurde im Detailhandel ein größeres *Volumen* umgesetzt, wurden mehr *Anlage- und Bauinvestitionen* vorgenommen und stieg das *Vermögen* der Finanzinstitutionen und Unternehmen stärker an. Die *Wanderung* der Bevölkerung von der zweiten in die erste Gruppe belegt darüber hinaus, daß die Menschen in jenen Gliedstaaten bessere Möglichkeiten fanden, in denen das Steueraufkommen sich ausgeprägter auf den Wert von Grund und Boden statt auf die Produktion abstützte. Auch hier sticht Qeensland mit einer besonders hohen Zuwanderung hervor. Diese von *A.R. Hutchison* in den frühen sechziger Jahren vorgelegten Ergebnisse wurden 15 Jahre später vom gleichen Autor bestätigt.

...Dänemark und Taiwan

In *Dänemark* stammt das Grundsteueraufkommen bei den Gemeinden praktisch ausschließlich aus einer Besteuerung des Werts von Grund und *Boden*. Es gibt keine lokale Besteuerung von Wohnhäusern mehr. Statt dessen wird die Grundwertbesteuerung praktisch universal angewandt; nur Kirchen, Parks, das Verkehrsnetz und Verteidigungsanlagen sind ausgenommen. Obwohl der Anteil der Bodensteuern am gesamten Steueraufkommen in Dänemark in den letzten 40 Jahren massiv zurückgegangen ist, ist die absolute Höhe der Grundwertsteuer doch so, daß sie das *spekulative Horten* von leicht erschließbaren Grundstücken in den städtischen Gebieten praktisch zum *Verschwinden* gebracht hat. In der Landwirtschaft hat das System zu einer Verdrängung der Pacht zugunsten von unabhängigen Kleinbauern geführt.

Die *Landreform in Taiwan* wird verschiedentlich als die erfolgreichste aller nach dem 2. Weltkrieg durchgeführten Landreformen eingestuft. Neben einer Umverteilung im großen Maßstab umfaßte diese Reform eine Steuer auf dem *»ursprünglichen, natürlichen Wert des Bodens* (basierend auf einer Selbsteinschätzung) sowie eine höhere Zusatzsteuer auf *ungenutztem und vernachlässigtem Land*. Dazu kam eine steil abgestufte Grundstückgewinnsteuer auf Wertzuwächsen, die während der ersten zehn Jahre erzielt wurden, zahlbar im Zeitpunkt des Verkaufs. Schon 1967, also rund 10 Jahre bevor das Steuersystem vollumfänglich realisiert wurde, bezeichnete *C. F. Koo*, der damalige Präsident das taiwanesischen Industrie- und Gewerbeverbandes, die ersten Teilelemente der Steuerreform als entscheidend für die Transformation der Insel. Vor der Reform hätten die Grundbesitzer keinerlei Anreize gehabt, in die Industrie zu investieren; sie konnten sehr gut leben, ja sogar ihr Vermögen mehren, indem sie ihre Pächter auspreßten und Bodenrenten abschöpften. Die Land- und Steuerreform beendete gemäß Koo beide Formen der »Ausbeutung« weitgehend. Sie beseitigte damit ein Hindernis, das der industriellen Entwicklung im Wege stand und bewerkstelligte einen bemerkenswerten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel.

Balance zwischen Individuum und Gemeinschaft

Neben der skizzierten Haltung in Bodenfragen setzte sich George vehement für den freien Handel ein. Zudem verabscheute er jeglichen Zentralismus, war ein unerbittlicher Gegner des Marxismus, ein überzeugter Verfechter des Naturrechts sowie ein frommer, aber undogmatischer Christ. Sein System spiegelt denn auch eine Art von *Gleichgewicht zwischen Individualismus und Vergemeinschaftung* – dem, was unter dem Stichwort *»communitarianism«* in den letzten Jahren wieder vermehrte Aufmerksamkeit von seiten der Wissenschaft geschenkt wird –, immer gestützt auf die feste Überzeugung, daß dem *Individuum* all das, was ihm rechtmäßig eigentlich zukommt, nur dann garantiert werden kann, wenn der *Gemeinschaft* ihrerseits alle Ressourcen gesichert werden, worauf sie rechtmäßig Anspruch hat. Dies hat für die heutige Zeit Implikationen, die über die ursprünglich anvisierten Themenbereiche hinausgehen – beispielsweise im Zusammenhang mit der Erhebung einer *ökologischen Steuer*, die im Fall von Umweltverschmutzungen die externen Kosten zu internalisieren hätte.●

BÜCHER VON HENRY GEORGE

Our Land and Land Policy, San Francisco 1871.

Progress and Poverty, 1879; Neudruck: New York 1979. (Übersetzung in Deutsch, Französisch, Italienisch, Spanisch)

The (Irish) Land Question, 1881; Neudruck: New York 1982.

Social Problems, 1883; Neudruck: New York 1981. (Übersetzung in Deutsch und Spanisch)

Protection or Free Trade? 1885; Neudruck: New York 1980. (Übersetzung in Deutsch, Französisch und Spanisch)

The Condition of Labor. 1891; Neudruck: New York 1982.

A Perplexed Philosopher. 1892; Neudruck: New York 1988. (Übersetzung in Spanisch)

The Science of Political Economy. 1897; Neudruck: New York 1981.

Anzeige

ami

Krieg und Frieden

Politik, Forschung und Bewegung

Monatlich.
Probeheft gratis.

Themenhefte:

- Gewaltfreie Konfliktbearbeitung (12/95)
- Krisenregion Asien (10/95)
- Medien und Krieg (6/95)

Abo: (9 Normal-/3 Themenhefte) DM 50,- Ausland: DM 60,-
Themenheft: DM 5,- (+Porto).
WWW: http://fub46.zedat.fu-berlin.de:8080/~arend/ami.html
Bezug: Telefon/Fax: ++30-215 10 35
e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de
✉ Eißholzstr. 11, 10781 Berlin

antimilitarismus information

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

ZUR DISKUSSION GESTELLT:

Mit einer anderen Zinspolitik die Probleme lösen

Einen Ausbruch aus dem tödlichen Kreislauf der ungerechten Finanzpolitik fordert Michael Rost, Landesvorstand der Grünen in Sachsen-Anhalt, um die anstehenden Finanzierungsprobleme zu lösen. Den nachfolgenden Beitrag, haben wir mit freundlicher Genehmigung des Verlages der Zeitschrift »Bündnis 2000« (jetzt »Forum Bürgerbewegungen«) Nr. 4/1992 entnommen.

Geldmangel scheint eines der schwersten Probleme der heutigen Zeit zu sein. Geld fehlt der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. Für die Finanzierung des Umweltschutzes fehlt fast immer Geld.

Die Einführung eines Mindesteinkommens für alle als soziale Grundsicherung wird aus Geldmangel von den Regierenden immer wieder verworfen. In den Kommunen fehlt das Geld für genügend SozialarbeiterInnen.

Kunst und Kultur werden aus Geldmangel besonders stiefmütterlich behandelt. Die »Reform« des Gesundheitswesens, die Neuregelung der Pflegeversicherung drohen an Geldmangel zu scheitern. An Geld für den sozialen Wohnungsbau mangelt es allerorten.

Ein flächendeckender Ausbau des öffentlichen Verkehrs scheint aus Geldmangel undenkbar. Den Kommunen fehlt das Geld für notwendige Investitionen aller Art. Geld fehlt für ein menschenwürdiges Leben der alten Menschen. Es fehlt an Geld für die Unterbringung von Asylbewerbern.

Was aber am meisten fehlt, ist Geld, um das Elend in der »Dritten« Welt zu beseitigen. Es ist eben nicht nur Somalia: Geld wird fast in der gesamten »Dritten« Welt benötigt, um nur die Mindestanforderungen an ein Gesundheitswesen und ein von Hunger freies Land zu erreichen.

An Geld fehlt es auch, um in der GUS und den anderen osteuropäischen Ländern zu einer atomenergiefreien Stromversorgung zu verhelfen. Viel Geld wird gebraucht, um die Ursachen der weltweiten Flüchtlingsströme zu bekämpfen.

Wie wird mit dem Geldmangel umgegangen?

Entweder es werden notwendige Ausgaben nicht getätigt. Einige Folgen dieser Sparmaßnahmen bekommen wir tagtäglich zu spüren: Wohnungsnot, Mietenexplosion, Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Rechtsradikalismus. Oder es wird die breite Öffentlichkeit über Steuererhöhungen zur Kasse gebeten. In der Regel trifft das dann die sozial Schwächsten am härtesten. Die Folgen sind ähnlich.

Oder es wird der Weg der weiteren Verschuldung gegangen, wohl einkalkulierend, daß zusätzliche Ausgaben für den Schuldendienst die Finanzprobleme nur noch vergrößern und so den folgenden Generationen aufgebürdet werden.

In den Entwicklungsländern führen Verschuldung und Zinslasten in einen Teufelskreis, aus dem es kein Entrinnen gibt. Dabei ist das Geld (oder Kapital) zur Lösung all dieser genannten Probleme vorhanden. Es ist in Kapitalanlagen, in Aktien, aber auch in Spareinlagen vorhanden und bringt deren BesitzerInnen Rendite, die in der Regel nicht oder nur geringfügig steuerlich abgeschöpft werden: Gefördert durch genügend bewußt geschaffene Schlupflöcher im Steuersystem, zum Beispiel Auslandskapitalanlagen.

Ein Kapitalbesitz von 1 Million DM bringt bekanntermaßen eine Rendite von 100.000 DM jährlich. Dieses leistungslose Einkommen wird letztendlich durch den Kapitaldienst der Verschuldeten, also vorwiegend die öffentlichen Haushalte finanziert. Und die öffentlichen Haushalte finanzieren sich wieder aus unser aller Steuern und Abgaben.

Wenn heute über Steuererhöhungen gesprochen wird, dann ist das angesichts der Hochzinspolitik eine zusätzliche Umverteilung von unten nach oben, denn ein Großteil der zusätzlichen Steuern und Abgaben fließt als Zinsen über den Weg der öffentlichen Haushalte und die Banken letztendlich in die Taschen der Superreichen. Möglich wird dies dadurch, daß die Progression der erhobenen Steuern letztendlich wesentlich geringer ist als die Progression der Verzinsung.

Natürlich bekommen auch die KleinsparerInnen etwas von diesem Kapitalfluß ab. Im Gegensatz zu denen, die mehr als etwa 300.000 DM Kapitalbesitz haben, zahlen aber alle KleinsparerInnen im täglichen Leben wesentlich mehr für die in allen Waren und Dienstleistungen enthaltenen Zinsanteile, die von den Produzenten und Dienstleistenden selbstverständlich an die KonsumentInnen weitergegeben werden, als sie an Zinsanteilen aus ihren vergleichsweise geringen Spareinlagen erhalten. Daran ändert sich auch nichts, wenn jetzt laut darüber nachgedacht wird, die Zinsen auf Sparbücher zu erhöhen.

Wenn die riesigen Finanzierungsprobleme in den Kommunen, in den Bundesländern, in der Bundesrepublik, aber auch in der gesamten Welt gelöst werden sollen, wenn etwas wirklich Konstruktives gegen Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und soziales Elend getan werden soll, dann ist dies nicht mit Steuererhöhungen, Einsparungen in den Haushalten oder sogenannten maßvollen Tarifabschlüssen möglich, wie es die Regierungsparteien und auch die SPD in ihrer Konzeptionslosigkeit immer wieder zu verbreiten versuchen.

Es bedarf jetzt eines Ausbruchs aus dem tödlichen Kreislauf der ungerechten Finanzpolitik. Die Bundesbank muß endlich einsehen, daß ihr Versprechen eines stabilen Geldwertes, wenn es ihr geglaubt wird, zum Absinken der Umlaufgeschwindigkeit in einem nicht genau vorhersehbaren Ausmaß führt. Die Bundesbank muß deshalb neben der Aufgabe des Erhalts der Währungsstabilität durch den Gesetzgeber auch die Aufgabe eines verstetigten Geldumlaufs zugewiesen bekommen. Das würde den Handlungspielraum eröffnen, kurzfristig Zinssenkungen bei Geldmengenstabilität durchzuführen. Mittelfristig müßten die Zinsen dem Wert 0 zustreben. Der Umlauf des Geldes könnte dann durch einen negativen Zins oder, was vergleichbar wäre, eine Geldsteuer erfolgen.

Sicher wird gegen derartige Ansätze scharf polemisiert. Die bekannten Argumente sind: Dann wird sich das Kapital aus Deutschland zurückziehen. Das wäre nicht durchführbar, weil es keine Akzeptanz in der Bevölkerung gebe usw.

Richtig ist, daß gleichzeitig Schritte gegen eine Kapitalflucht unternommen werden müssen. Eine Akzeptanz in der Bevölkerung wäre wohl erreichbar, kaum aber in den finanzstarken Kreisen, die die öffentliche Meinung der Bundesrepublik so stark beeinflussen.

Grund genug für eine unvoreingenommene Auseinandersetzung der Bürgerbewegung und der Grünen mit den erwähnten Ansätzen!?●

ZEGGSISMUS TEIL IV: IRDISCHE INFORMATIONEN ZU EINEM KOSMISCHEN PROJEKT

Das Frauenbild im ZEGG

Seit Februar 1995 gibt es eine umfassende Broschüre (36 Seiten) mit kritischen Informationen zum »ZEGG« in Belzig bei Berlin (Bezug der Broschüre siehe Kasten). In Heft 128, 133 und 134 haben wir Auszüge aus der Broschüre nachgedruckt. Nachfolgend der 4. Teil: Die »befreiende Sexualität« ist laut ZEGG der Weg, um alles Übel von der Erde zu verbannen. Dieses Kernstück seiner Ideologie reicht zurück bis zu den Anfängen der AAO (s. CONTRASTE Nr. 134), wonach nur beim Orgasmus die Energie frei fließen kann (Starke Anlehnung an die Gedanken von Wilhelm Reich!)

Blindäugig und völlig undifferenziert wird die Ursache für gesamtgesellschaftliche Probleme in der Unterdrükkung der Sexualität gesehen. Außer acht gelassen werden Unterdrückungsmechanismen, die durch Besitz- und Machtstrukturen entstehen, die zwischen den Geschlechtern existieren und die von weißen Metropolen auf Trikontländer ausgeübt werden.

Rassismus und die als »Ökokatastrophe« bezeichnete Verschlechterung der Umweltbedingungen sind für die »Vögeln-wir-die-Welt-frei«-PropagandistInnen ebenfalls Probleme, die durch die Unterdrückung der Sexualität bedingt werden.

Sie entwickeln ein neues Konzept der Liebe – einer Liebe, die für sie nur zwischen Mann und Frau existiert – welches die Lösung all unserer Probleme sein soll. In diesem Konzept kommt den Frauen eine ganz besondere Rolle zu.

Sabine Lichtenfels, evangelische Theologin und ehemalige Prostituierte, die neben Dieter Duhm eine der führenden ZEGG-RepräsentantInnen und TheoretikerInnen ist, beschäftigt sich vor allem mit der Rolle der Frau im ZEGG sowie mit »Spiritualität und Eros«.

Sie veröffentlichte im Meiga-Verlag die Bücher »Der Hunger hinter dem Schweigen. Annäherungen an sexuelle und spirituelle Wirklichkeiten« und »Rettet den Sex. Ein Manifest von Frauen für einen neuen sexuellen Humanismus« sowie eine Kurzbroschüre über »Das Wüstencamp. Projekt für zeitgemäße Spiritualität und Lebensforschung. Ein Ort für alle sinnvollen Fragen des Überlebens« (Gemeint damit ist Lanzarote, wo sich ebenfalls die Eros-Akademie befindet.)

Sie macht in ihren Publikationen ständig Aussagen über die »wahre Natur der Frau« – in ihren Vorstellungen geht es vor allem darum, daß Frauen sich verändern. Der »neue Weg«, den die Frauen gehen sollen, beinhaltet jedoch keinesfalls eine Auseinandersetzung der Männer mit den partriarchalen Verhältnissen oder gar eine Infragestellung der gesellschaftlich zur Norm erhobenen Heterosexualität.

Obwohl wir den durch ZEGG verbreiteten Theorien lieber kein breites Forum geben wollen, werden wir im folgenden ausführlich mit längeren Zitaten arbeiten. Denn immer wieder kommt der Vorwurf an ZEGG-KritikerInnen, daß Zitate aus ihrem Zusammenhang gerissen werden. Dies wollen wir damit vermeiden.

Aus Sabine Lichtenfels: »Der Hunger hinter dem Schweigen«:

»Solange die Frau kein positives Verhältnis zum Sex hat, solange sie nicht annimmt und bejaht, daß sie ganz wesentlich aus Sex besteht, purem Sex, solange sie hier ihre Verantwortung nicht sieht, sondern dem Mann die Regie und Verantwortung übergibt, solange wird sie nie aus ihrem Schuld-Dilemma austreten können. Fast alle Frauen wehren sich immer noch gegen ihre sexuelle Grundnatur. Hier liegen ihre Scham und Verurteilung sich selbst gegenüber. Der eigentliche Vorwurf der Frau an den Mann heißt nicht: Du benutzt mich ja nur als Objekt! Das ist der Vorwurf, der aus der größten Verdrängung erwächst. Der eigentliche Vorwurf heißt: Warum tust du es nicht endlich? Warum tust du es nicht endlich ganz? Ich will dein Lustobjekt sein. Viel mehr, als du glaubst. Wenn nur ein Mann dies ganz verstünde! Erst dann fühle ich mich ganz gesehen und erkannt als Frau. Erst dann fühle ich mich erweckt. Da, wo er mich ganz zu behandeln versteht als »sein Stück« ohne Gewalt und ohne Verachtung, erst da trifft und berührt er mich ganz.

Eine Frau guckt ungern bis in diese innere Wahrheit. Ein ungeheures Abhängigkeitsgefühl steigt in ihr auf, wenn sie bis in diese Tiefen ihrer Seele hinabsteigt. Sie fühlt sich innerlich unentrinnbar abhängig davon, daß er es tut. Diese Abhängigkeit haßt sie zunächst, und deshalb wehrt sie sich nit aller Kraft gegen diese innere Wahrheit.

Erst wenn sie auf dem Grund dieser inneren Wahrheit angekommen ist, kann sie aufhören, ständig unbewußt einer Spur der Selbsterniedrigung zu folgen, erst dann kann sie ihre eigentliche Erhöhung und Freiheit entdecken, die in ihrer sexuellen Natur liegt. Erst unter Einbeziehung ihrer Grundnatur kann sie wirkliche Unabhängigkeit erreichen.« (S. 77/78)

Eine etwas andere Umschreibung derselben Ideologie:

»Eigentlich bin ich erst im Sex ganz Frau. Hier ist meine Quelle der Offenbarung. Und die ist sehr elementar, unsentimental und eigentlich sehr wenig mystisch. Hier liegt mein eigenes Selbstvertrauen, mein Verlangen und meine Erfüllung. Warum erkennt und akzeptiert der Mann es nicht, daß mein Leib ganz und gar nach dieser elementaren, objektiven, rein materiellen Erfüllung schreit? Dementsprechend möchte er gepflegt, bedient, behandelt und benutzt werden.

Manchmal bezweifle ich, daß Männer und Frauen nur das Eine wollen. Ich glaube, die Frauen wollen es unendlich viel mehr.« (S. 79)

Eines der unzähligen Beispiele für ihre Fixierung darauf, daß weibliche Sexualität ausschließlich in Bezug auf das männliche Geschlechtsorgan gedacht werden kann. Welcher Druck hierbei auch auf Männer ausgeübt wird, ist wohl zu erkennen!

»Eine sexuell erwachte Frau wünscht das Zeichen des Mannes, daß sich sein Phallus erhebt allein durch ihre Präsenz und seine Lust. Letztlich wünscht sich eine Frau beim Mann eine »anständige Erektion«. Wenn dies nicht so kompliziert wäre auf beiden Seiten, verstellt durch Streß, Versagerängste, Scham und vieles mehr, wie erfrischend klar und einfach wäre der Kontakt. Hier liegt die Quelle ihrer Anerkennung, deshalb wird sie dafür sorgen, daß sie sie bekommt. Denn wenn sie es für längere Zeit nicht bekommt, fehlt ihr etwas Entscheidendes.« (S.83)

Und ein letztes Zitat aus ihrem Buch, was für Sabine Lichtenfels »weibliche Identität und Sexualität« heißt:

»Lassen wir die Frau aus tiefster Seele sprechen: Um es pathetisch zu sagen, im Sex erst liegt meine eigentliche Würde als Frau. Die Würde der Frau hat immer ein Loch. Hier liegt nicht meine Entwürdigung, sondern meine Würdigung.« (S. 78)

Diese Zitate sprechen für sich. Die Frau besteht im Weltbild von ZEGG ausschließlich aus Sex, dieses Grundbedürfnis würde aber von ihnen verdrängt werden, sie weigerten sich, dieses einzugestehen. Erst dann, wenn frau dies akzeptieren und zulassen würde, könnte sie sich selbst bejahen. Aufgrund der bisherigen Verdrängung ihrer Grundnatur entstünden bei Frauen Schuldgefühle und Verachtung für die Männer.

Wenn Frauen es endlich schaffen würden, sich das einzugestehen, müßten Männer und Frauen sich nicht mehr verachten, denn Anerkennung und Bestätigung erfahren Frauen laut Sabine Lichtenfels nur in der Begierde des Mannes.

Mit solchen Aussagen werden Frauen gesellschaftlichen Klischees entsprechend auf ein Objekt, einen willigen Körper reduziert. Wieder einmal werden Aussagen darüber gemacht, was die Natur der Frau sein solle. Solche Zuschreibungen dienten bisher immer der Stabilisierung patriarchaler Unterdrückungsmechanismen.

Die Darstellung der Frau als willige Sexualpartnerin entspricht genau dem Trend der Zeit. Noch in diesem Jahrhundert hatten die Frauen keine sexuellen Lebensgefühle zu haben. Mit der Thematisierung des weiblichen Orgasmus in den 70er-Jahren stellte sich die Vorstellung der orgasmusfreudigen Frau – natürlich mittels Penetration – ein. Eine sexuell aktive Frau hat einen Orgasmus zu haben beim Vögeln!

All dies in Kombination mit der ständigen Darstellung von Frauen als Lustobjekten führt dazu, daß Frauen ständig sexuell unter Druck stehen und im eigenen Selbstwertgefühl von männlicher Anerkennung abhängig sind. Die Ursachen für diesen gesellschaftlichen Status quo sind natürlich noch wesentlich komplexer – laut Sabine Lichtenfels ist diese Abhängigkeit jedoch in der Grundnatur der Frau verankert.

Erkenntnisse feministischer Theoretikerinnen werden so mittels platter biologistischer Aussagen vom Tisch gefegt. Den Frauen wird ein selbstgewählter Objektstatus zugeschrieben. In einer männlich geprägten, genital-fixierten Vögelsexualität hat frau zu funktionieren. Ein Nicht-damit-klarkommen wird als ein Verdrängen der eigenen Grundnatur gesehen. Frauen werden dadurch unter Druck gesetzt, daß ihnen ständig gesagt wird, wie sie sind und was sie wollen, nämlich sich hingeben.

Die Theorie: Frauen als natürliche Anlaufstellen für alle Männer

Viele der ZEGG-Mitglieder haben eine linke bzw. alternative Vergangenheit. So auch der Begründer und Chefideologe des ZEGG, Dieter Duhm. Der Ex-Sozialist, Aktivist der 68er-Studentenbewegung und Autor des damals in linken Kreisen zum Bestseller gewordenen Buches »Angst im Kapitalismus« geriet bereits Mitte der 70er Jahre ins Kreuzfeuer linker Kritik, als er sich der umstrittenen AAO-Kommune »Friedrichshof« des österreichischen Aktionskünstlers Otto Mühl anschloß.

Dort wurde schon 1977 von Duhm das Konzept zur Gründung des ZEGG entworfen. 1978 gründete er das Projekt »Bauhütte«, in dem er die ideologischen Grundgedanken der AAO übernahm, die auch heute noch, wenn auch in moderater Form, im ZEGG vertreten werden. Zu einer persönlichen Distanzierung von Otto Mühl sieht sich Duhm auch heute nicht genötigt.

Zu seinen bekantesten Publikationen – erschienen im Meiga-Verlag – gehören »Politische Texte für eine gewaltfreie Erde«, »Der unerlöste Eros«, »Das Buch Sidari. Ein Kunstband mit Texten und Gemälden«, »Aufbruch zur neuen Kultur – Von der Verweigerung zur Neugestaltung. Umrisse einer ökologischen und menschlichen Alternative«, sowie »Synthese der Wissenschaft. Der werdende Mensch«.

Auch Dieter Duhm weiß in seinen »Politischen Texten« von 1992 etwas über Frauen zu sagen:

»Wenn eine Frau sich an einen Mann bindet, dann wird sie entweder an sexueller Frustation verwelken oder sie wird diesen Mann mit ihrer Mütterlichkeit ersticken. In beiden Fällen konnte dieser innere Überschuß an Kraft, der ihrer universellen Natur innewohnt, nicht untergebracht werden. Keine Frau kann diese Mitgift von Sexualität, Liebeskraft, Pflege und Gärtnerschaft, die ihr die Schöpfung überreicht hat, in der Beziehung zu einem einzigen Mann entfalten. Allein ihre sexuelle Kraft, die dauernde Präsenz ihrer sexuellen Natur und ihrer Lust, deutet auf eine ganz andere Bestimmung hin ...

Könnten Frauen ihre gesellschaftliche Rolle ganz erfüllen, dann wäre wohl keine Therapie mehr nötig. Eine Frau ist, wenn sie ihre weibliche und universelle Identität gefunden hat, eine natürliche Anlaufstelle für alle Männer. Eine reife Frau ist in einer Gemeinschaft ein sexueller und ein seelischer Pol für alle. Sie ist dies ganz einfach durch ihr authentisches Dasein. In einer organischen Gemeinschaft wird sie z.B. ganz von selbst die Liebeslehrerin vieler junger Männer sein. Nicht, weil sie darin ihre eigene Sucht nach Jugendlichen stillen muß, sondern weil es ihre natürliche Funktion ist und weil sie natürlicherweise in dieser Funktion aufgesucht wird.« (S. 85)

Dieter Duhm dehnt hier die existente Frauenrolle noch weiter aus. Bisher diente die Frau und ihre Sexualität als Reproduktionsquelle in Familie und Beziehung. Diese Funktion soll auf die gesamte Gesellschaft ausgedehnt werden: die Frau als sexueller und seelischer Ruhepol für alle. Die universelle Natur der Frau wird als lustvoll, pflegend, liebend, hegend bestimmt. So werden auch im ZEGG Frauen auf die gesellschaftlichen Stereotypen von Wärme, Nachgiebigkeit und Umsorgen reduziert. Wieder ein Schlag ins Gesicht von Frauen, die versuchen, sich aus genau diesen ansozialisierten Verhaltensweisen zu befreien.

Laut ZEGG ist eine Hauptursache unsere gesellschaftliche Misere, daß Frauen ihre sexuelle Grundnatur verdrängen würden. Frauen haben die Aufgabe, dies zu erkennen, sich selbst zu verändern und damit einen gesellschaftlichen Wandel zu ermöglichen, was quasi gleichbedeutend damit ist, daß die Frauen an der jetzigen Situation der Gesellschaft schuld sind. Damit kommt ihnen zwar eine bedeutende Rolle in der Geschichtsschreibung zu, in der sie ja sonst eher nicht existent sind – aber eben eine eher negative, als Allein- bzw. Hauptverantwortliche und Schuldige.

Diese Schuld, oder in ihren Worten »Verantwortlichkeit«, finden wir sehr ausführlich bei Sabine Lichtenfels in »Der Hunger hinter dem Schweigen« wieder:

»Sie aber hat begonnen, sich als geschichtliches Wesen zu sehen und zu verstehen. Sie weiß, daß ihr Aufbruch ein geschichtlicher Aufbruch ist und eine Wende einleitet im Selbstbild und Selbstverständnis beider Geschlechter. Dieses Selbstbild ist keineswegs beliebig, sondern es folgt einer inneren Wahrheit und natürlichen Erotik.« (S. 84)

»Sie unterwirft sich nicht mehr dem Richterblick fremder Autoritäten. Sie weiß, daß das gesamte gesellschaftliche System der Unterdrückung des Eros dient und daß für seine Entfaltung ein vollkommen neues System erforderlich ist.

Nichts Geringeres, als das vorzubereiten und zu ermöglichen, hat sie sich zur Aufgabe gemacht. Natürlich weiß sie, daß sie damit nicht alleine ist, sondern daß im Grunde ihres Herzens unzählig viele dasselbe ersehnen und erhoffen. Wichtig ist nur, daß es Menschen gibt, die damit beginnen. Sie hofft, daß sich daraus eine leise Revolution vorbereiten wird, die Revolution der sinnlichen Liebe.

So verdreht ZEGG eine reale Bedrohungssituation in ein gelungenes Abschleppmanöver

Fotos aus ZEGG-Magazin 9/93 – Achim Ecker

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 10

Wenn sie als »schwarzes Schaf« der Gesellschaft hingestellt wird, dann gibt ihr das eher Kraft als Entmutigung, denn im Grunde ihres Herzens ist es ihr ein Zeichen, daß ihr etwas gelungen ist. Es gibt keinen Grund mehr, sich den gesellschaftlichen Normen und Urteilen zu unterwerfen. Ihr sicherster Schutz davor liegt darin, daß sie etwas Besseres vorhat.« (S. 85)

»Es wird keinen Frieden geben auf diesen Planeten ohne diesen deutlichen und bewußten Wandel der Frau.« (S. ??)

Die Ideologie: Vögel dich frei und alles wird gut

Die Verantwortlichkeit aller Menschen, speziell aber der Frau, liegt darin, ihre Sexualität frei auszuleben. Dies ist die Grundvoraussetzung dafür, daß sämtliche Probleme von dieser Welt verschwinden, z.B. Hunger, Armut, Rassismus, Krieg..., wie es uns auch diese ZEGG-Zitate erklären:

»Der reale Hunger in den Trikontländern wird nicht beseitigt werden, solange der Hunger nach Liebe in Europa und Amerika nicht gestillt ist.« (ZEGG-Magazin 4/92)

Mit solchen Aussagen werden Ausbeutungsverhältnisse verharmlost und entschuldigt und Menschen in den Metropolen von ihrer Verantwortung entbunden.

Auch Rassismus trägt angeblich seine Wurzeln in der Unterdrückung von Sexualität. Janine Müller legt ihre Theorie von »Rassismus und Sexualität« im ZEGG-Magazin 2/92 dar. Sie geht dabei von folgendem Zitat von Nancy Friday aus ihrem Buch »Die sexuellen Phantasien der Frauen« aus:

»... der Neger ist für sexuelle Phantasien wie geschaffen. Alles an ihm, real oder nicht, gießt Öl in die Flammen: wegen der Farbe ist er verboten, und seinem Schwanz schreibt man mythische Proportionen zu.«

Der Skandal

Eine Frau, die frei heraus sagt: "Ich habe Lust auf fremde Männer", die muß mit folgenden Vorurteilen rechnen und kämpfen:

Ich bin eine Caritasstation für alle zu kurz Gekommene.
Ich bin eine von denen, die es nötig haben.
Ich habe die große Liebe nicht getroffen, deshalb muß ich mich mit den vielen Absteigern begnügen.
Ich bin eine Nymphomanin.
Ich bin ein Skandal!

Warum nicht? Öffnen wir doch einmal unserem Skandal alle Türen, daß er mit Genuß und weiblicher Siegesgewißheit endlich voll einziehen kann. Folgendermaßen lautet unser Skandal:

Wir lieben die große Liebe und pflegen sie. Aber nicht nur eine, sondern in den meisten Fällen zwei bis drei. Jeder, der sich auf uns einläßt, wird bald feststellen können, daß die Caritasstation eine deftige und ziemlich absolute Geschichte ist.

Wir haben unsere Liebhaber, nach denen sich so manch ein Frauenherz sehnt. Wir führen ein geistig und sexuell erfülltes und reges Leben.

Und gerade deshalb steigt die Freude und die Lust, es mit immer mehr Männern zu tun, in einer Bucht, an eine Felswand gelehnt, in den Dünen, in einer Telefonzelle oder in einem Himmelbett.

aus »Der Hunger hinter dem Schweigen« von Sabine Lichtenfels
Verlag Meiga, ISBN 3-927266-07-8

Aus ZEGG-Magazin 3/92

Hieraus folgert Janine Müller folgendes:

»Für Frauen werden demnach Ausländer zu einer Projektionsfläche der eigenen verpönten Sehnsucht nach Sexualität. Die damit verbundene Verachtung wird auf die Ausländer verschoben. Für Männer sind sie der Inbegriff des potenten und nicht faßbaren Liebhabers und dadurch eine immer präsente Bedrohung der eigenen Ehe. Das gilt besonders für junge Männer, die gerne zu den Frauen hinwollen, aber noch nicht wissen, wie. Meistens fehlt ihnen eine positive Orientierung ihrer Männlichkeit und sie brauchen für ihre Lust einen Ausweg. Ausländer sind eine willkommene Zielscheibe ihrer Wut.«

Für Janine Müller gibt es anscheinend keine Ausländerinnen, die rassistischem Terror ausgesetzt sind, zum anderen scheinen Frauen für sie ausschließlich weiß zu sein. Wie bei klassischen RassistInnen geht eine (bei ZEGG angeblich sexuelle) Bedrohung weißer Frauen ausschließlich von Ausländern aus. Diese beiden rassistischen und sexistischen Ansichten kommen aus der gleichen Grundhaltung: der Leugnung der sexuellen Bedrohung von weißen und schwarzen Frauen durch weiße Männer.

Im ZEGG ist die Frau ja allseits parate Liebeslehrerin – würde sie endlich ihre Rolle annehmen, könnte sie damit den Rassismus verhindern.

ZEGG verschleiert und verharmlost gesellschaftliche Realitäten und schiebt dazu noch die Schuld bzw. die Verantwortung den Frauen zu – Sexismus auf der ganzen Linie!!!

Die Konsequenz: Vergewaltigung und sexueller Mißbrauch als Produkt gestauter Sexualenergie

Sowohl Sabine Lichtenfels als auch Dieter Duhm ignorieren bei ihren »Gesellschaftsanalysen« völlig die Existenz von patriarchalen Machtstrukturen und Sexismus. Somit stellt sich die Frage »Lust oder nicht«, auf die ZEGG das Geschlechterverhältnis reduziert, für Frauen völlig anders. Eine solche, die patriarchalen Gewaltverhältnisse zwischen den Geschlechtern ignorierende Haltung nimmt ZEGG auch zum Thema sexueller Mißbrauch und Vergewaltigungen an Mädchen und Frauen ein.

Zunächst mal zum Thema Vergewaltigung: Wir zitieren hier ausführlich aus einem Vortrag von Babette (Sabine Kleinhammes = Lichtenfels) auf der Ostertagung der Erotischen Akademie im März 1989:

»Viele Frauen träumen in der Phantasie davon, vergewaltigt zu werden. In der Wirklichkeit erschrekken sie dann über das, was sie da erregt und ihnen Lust macht. In der Phantasie sind es oft fremde Männer, manchmal mehrere, einer nach dem anderen. Derselbe Vorgang, der in der Wirklichkeit Angst und Entsetzen hervorruft, erzeugt in der Phantasie Lust und Verlangen. Was stimmt nun? Es hat keinen Sinn mehr zu sagen, Phantasien seien eben nicht die Wirklichkeit. Denn diese Phantasien zeigen eine Wirklichkeit des Verlangens, eine Wirklichkeit der sexuellen Sehnsucht. Und solange diese Wirklichkeit der sexuellen Wünsche nicht gesehen wird, nicht akzeptiert wird, nicht positiv integriert wird in den realen sinnlichen Kontakt der Geschlechter, solange bleibt unsere sexuelle Welt gespalten in die Welt der Phantasie und die Welt der viel langweiligeren Alltäglichkeit. Und solange diese Spaltung andauert, staut sich etwas an Unzufriedenheit und Gewalttätigkeit in der menschlichen Gesellschaft, denn auch der Mann hat ja entsprechende Phantasien. Und so kommt es, daß diese Phantasien jeden Tag auf der Erde auf brutalste Weise irgendwo in die Tat umgesetzt werden. Es wird gefoltert, vergewaltigt, verstümmelt, wo immer die moralischen Dämme brechen und die Gesellschaft, zum Beispiel im Krieg, die Gelegenheit dafür gibt. Oder wenn jemand persönlich ausrastet und die lang gestaute Sexualität in ihm wie Dynamit explodiert. Die Zeitungen sind voll von solchen Berichten.

Diese sexuellen Phantasien von Frauen, die ganz genau ihre Entsprechung haben zu den Phantasien von Männern, sie weisen hin auf eine Wirklichkeit der Lust, die bisher noch nirgendwo öffentlich einbezogen wurde in ethische, soziale und politische Fragen mit dem ernsthaften Interesse, hier humane Lösungsformen zu finden außerhalb von Verbot und bisheriger Moral. Gibt es Möglichkeiten, wo das, was Lust macht, keinen Schmerz mehr verursacht? Gibt es eine Möglichkeit, wo Frau und Mann sich über diese Punkte der Phantasie, die eigentlich eine Entsprechung haben und deshalb zu einer Möglichkeit des Kontakts führen könnten, daß sie sich hierüber verständigen und es integrieren in einen sinnlichen, positiven, wollüstigen Kontakt? In dem vollen sexuellen, bewußt erlebten und bejahten Kontakt zwischen Mann und Frau, wo auch solche Phantasien einbezogen sind ohne reale Unterdrückung und Grausamkeit, liegt ein wesentlicher Transformationspunkt der Gewalt überhaupt. Dieser Satz scheint mir für den Aufbau einer humanen Gesellschaft so wichtig, daß man ihn dreimal wiederholen sollte. ... An nicht gelebter bzw. nicht integrierter Sexualität sterben mehr Menschen als an Autounfällen. Die gestaute Sexualität, die sich irgendwann Bahn bricht, ohne daß sie jemals ins Bewußtsein und ins Leben integriert wurde, führt täglich zu Vergewaltigungen, Morden Folterungen. Hier beginnt die wirkliche Emanzipation der Frau, wo sie im Begreifen dieser Zusammenhänge ihre sexuelle Rolle annimmt und gestaltet. Das ist ihr wesentlicher Beitrag zu einer neuen Form der Humanität. Wenn sie das tut, dann kann die Mythologie des Alten Testamentes umgeschrieben werden. Die Sexualität, die im Urhebräischen das gleiche Wort ist wie Erkenntnis, ist dann nicht mehr die Vertreibung aus dem Paradies, sondern ist die Hineinführung und der Eintritt. Die Frau läßt den Mann auf ganz einfache Weise wissen, wie sie genommen werden möchte, ohne daß er vor ihr beben müßte in dem Sinne, daß er denkt: bin ich schon der große Eroberer? Und sie läßt ihn auf ebenso einfache Weise auch wissen, was ihr nicht gefällt, denn das gehört ja zur sexuellen Kommunikation. Aber sie hört auf, ihn kleinzuhalten und ihn zu bemuttern.«

Hier werden Vergewaltigungsphantasien von Frauen, die es ohne Zweifel gibt, in einen realen Wunsch umgedeutet. Dies ist eine Herangehensweise, wie sie gang und gäbe ist. Selbst in der Justiz erleben wir ja weiterhin, wie Opfern einer Vergewaltigung die Verantwortung für diese zugeschoben wird, »da sie es ja eigentlich gewollt oder herausgefordert hätten.«

Vergewaltigungsphantasien stellen aber einen Verarbeitungsmechanismus von Frauen mit der alltäglichen männlichen Gewalt dar. In einer Phantasie führt die Frau – im Gegensatz zur Realität – selbst Regie, und kann dadurch Ohnmachtsgefühle bewältigen.

Es ist unglaublich und eine Verhöhnung der Opfer, die Ursache für männliche Gewalt damit zu begründen, daß Frauen ihren Wunsch nach frei ausgelebter Sexualität nicht verwirklichen – und sich deshalb bei Männern sexuelle Energien stauen, die dann mittels Gewalt ausgelebt werden. Sie geht sogar noch weiter, indem sie behauptet, daß Frauen ihre sexuellen Erlebnisse, oftmals erst im Nachhinein, als z.B. Vergewaltigung interpretieren.

»Ich möchte, bevor ich auf das ganze Thema Liebe und Sexualität eingehe, einen Eindruck geben von meiner eigenen Geschichte. Ich weiß, daß sie klassisch ist und stellvertretend für die Geschichte vieler Frauen steht. Ich weiß, daß viele Frauen bei der Einweihung ins sexuelle Leben ähnliches erlebt haben wie ich mit 14 Jahren. Um vor sich und anderen später einigermaßen gut dazustehen und um es mit dem weiteren Liebesleben vereinbaren zu können, wird aus so einer Geschichte in der Erzählung eine Vergewaltigung. Der eigene Teil der Lust und Neugierde wird einfach unterschlagen.« (Der Hunger hinter dem Schweigen, S. 30)

Nochmal Sabine Lichtenfels in »Der Hunger hinter dem Schweigen«:

»Sie erkennt, daß sie in diesem Wissen auch harten Männern gegenüber eine Macht hat, die höher steht und die auf der Stelle eine echte Gewalttat unmöglich macht. Es ist ihre weibliche, erotische Macht. Sie versteht auf einmal, wie sehr die Frau durch ihr aktives und unbewußtes Opferverhalten den Männern gegenüber an den vielen sexuellen Gewaltverbrechen beteiligt ist. Sie sieht, wie die Frau instiktiv dazu herausfordert, solange sie den Eros nicht bewußt in ihr Leben integriert. Sie erkennt, in welchem Ausmaß es ihre Aufgabe ist, einen Beitrag zu leisten, daß diese Art der Gewalt von der Erde verschwindet.«

Eine Frau ist also an ihrer Vergewaltigung mit Schuld, sie fordert durch die Unterdrückung ihres Eros sogar intuitiv dazu auf. Sobald eine Frau ihren Eros bewußt lebt, kann sie nicht vergewaltigt werden. Vergewaltigungen sind also nicht durch patriarchale Herrschaftsstrukturen bedingt – nein, es ist die Schuld der Frauen. Es wäre derselbe Vergleich, daß ein Mordopfer selbst an seinem Tod Schuld ist, weil es sich zu sehr als Opfer, zu passiv verhalten hat.

Auch zum Thema Mißbrauch fährt ZEGG ganz auf der immer stärker werdenden »Mißbrauch-mit dem-Mißbrauch«-Linie. In dem ZEGG-Sonderheft »Sexualität und Kinder« distanzieren sie sich zwar von Mißbrauch, bezeichnen aber Frauen, die sich für die Öffentlichmachung des Themas engagieren, als durchgeknallte Radikalfeministinnen, die

a) ihrem Männerhaß frönen und
b) sich Jobs im Mißbrauchsbereich sichern wollen.

Im gesamten Heft stellen sie sich auf die Seite von Tätern und argumentieren mit dem »Mißbrauch-mit dem-Mißbrauch«-Argument: Nach diesem benutzen Mütter in Trennungssituationen den Vorwurf des Mißbrauchs an ihren Kindern, um sich somit das Sorgerecht und den Einfluß auf ihre Kinder vor den Vätern zu sichern. Es werden diese wenigen Einzelfälle hervorgehoben, in denen Mütter tatsächlich Väter zu Unrecht des Mißbrauchs beschuldigten. Diese Kampagne »Mißbrauch mit dem Mißbrauch«, die diese Einzelfälle hervorhebt und verallgemeinert, führt dazu, daß den Opfern von sexuellen Mißbrauch weiterhin nicht geglaubt wird und ihre Aussagen angezweifelt werden. Dieter Duhm geht sogar noch weiter:

»Kinder sind manchmal in einer Weise sexuell offensiv, daß es einem biederen Erwachsenen den Atem verschlägt. Ohne den Erwachsenen von der Verantwortung für seine Handlungen zu entbinden, wette ich einen hohen Einsatz, daß viele Ereignisse von sogenanntenm sexuellem Kindesmißbrauch von Kindern ausgeköst worden sind. Wie ich, ebenfalls ohne die Gewalttat in irgendeiner Weise zu entschuldigen, einen ebenso hohen Einsatz wette, daß viele sogenannte Vergewaltigungen von den sogenannten Opfern ausgelöst worden sind. Das sind Tatsachen der sexuellen Welt, die wir gerne voreilig verurteilen, nur weil wir sie nicht verstehen.« (ZEGG-Extra »Sexualität und Kinder«, S. 28)

Er fordert: *»Die Angst vor der Frauenmafia und ihren Ablegern in der Presse muß ein Ende haben. Im Namen der Kinder!«* (ebd., S. 30)

Absatz zum Durchatmen ...

Wie ZEGG selbst zu Sexualität von Erwachsenen mit Kindern steht, bleibt schwammig. Einerseits wird »Kein Sex mit Kindern« gefordert, andererseits redet Duhm von einer »behutsamen Einführung der Kinder in die Sexualität«, was immer das heißen mag, bedeuten kann es auf jeden Fall viel...

Diese recht ausführlichen Zitate der Position des ZEGG zum Geschlechterverhältnis, zu sexuellen Mißbrauch und Vergewaltigung halten wir für notwendig, um aufzuzeigen, welche frauenverachtende und ignorante Ideologie sich hinter dem scheinbar progressiven Konzept der »Freien Liebe« und den schönfärberischen Floskeln vom »gegenseitigen Vertrauen zwischen den Geschlechtern« verbirgt.●

ZUR DOKUMENTATION

Diese Beiträge wurden dem Reader »Stop ZEGG – ZEGGSISMUS – Irdische Informationen zu einem kosmischen Projekt« entnommen. Bezug: Rosarote PantherInnen, AG Sekten, c/o AStA der FU Berlin, Kiebitzweg 23, D-14195 Berlin, 3 DM zzgl. Porto in Briefmarken beilegen.

»INTERCYCLE« IN KÖLN

Messefolgen: Die Zweiradbranche aktuell

Die Intercycle im Herbst in Köln ist ihrer Zeit meist voraus. Sie zeigte schon im September, was erst jetzt kommt.

Götz Paschen, Redaktion Bremen ● »Ende November '95 soll es rauskommen,« freut sich Ulrike Saade vom Verbund selbstverwalteter Fahrradbetriebe (VSF e.V.). In Kooperation mit dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC), vielen Herstellern und Fachleuten entwikkelte der VSF DAS Kinderrad: »Ergonomisch gut gebaut, mit einem Maximalgewicht von 12,5 Kilogramm deutlich unter dem aller übrigen Kinder- und Jugendräder, sehr sicher ...«

Viele Teile wachsen mit oder können gegen größere ausgetauscht werden. Einige Komponenten sind von Herstellern speziell für dieses Rad entwickelt worden. Regelmäßige Inspektionen dienen der Größenanpassung. Die Eltern erhalten eine Rückkaufgarantie zu festgelegten Preisen (laut Fahrrad-Schwackeliste). Ulrike Saade hat sich umgehört im Kreis ihrer Mitgliedsbetriebe: »Die Reaktion der Läden ist gut.« Der Preis von 900 bis 1.000 Mark ist zwar recht erwachsen, aber zwischen diesem und einen Erwachsenenrad bestehen kostenmäßig keine Produktionsunterschiede. Die Firma Puky hat es produziert, mit abgerundetem Sicherheitslenker, stark abfallendem Oberrohr und gutem Durchstieg für kleine und größere Kinder. Ein guter Einstieg für die Kurzen von heute und Alltagsradler von morgen.

Wieso nun gerade die Fahrradmanufaktur in Bremen (auch VSF-Mitglied) dem neuen Verbandsprodukt mit einem eigenem Kinderrad zur Messe Konkurrenz machte, ist von Ulrike Saade nicht zu erfahren. Sie äußert lediglich ihr Bedauern über diese unglückliche Situation.

Albert Herresthal, Ökologiebeauftragter des VSF, stellte auf der Messe ein Bildungsprojekt vor, an dem er mitwirkt: Der »Fernlehrgang Fahrrad« vom Forum Berufsbildung e.V. Berlin. »Ab 1.1.1996 kommt der Fernlehrgang. Er richtet sich an ein breites Publikum, von Hobbyenthusiasten bis zur internen Ladenfortbildung,« erklärt Albert Herresthal. 26 x kommen in 3 Wochen-Abständen jeweils 100 Seiten ins Haus geflattert. (Unterbrechungen sind möglich). Ein Bearbeitungsteil aus dem Lehrbrief muß eingeschickt werden und kommt korrigiert zurück. Am Ende folgt eine Prüfung, und darauf wird ein Zertifikat erteilt.

Am Rande dieses Gespräches machen wir dann noch einen kurzen Ausflug vom Reifen-Recycling bis zur ökologischen Steuer-Reform. Das Thema Fahrrad ist beim Rücklicht noch nicht zu Ende.

Und sonst? Trends, Unsinn, Schnick-Schnack? Die Mountain-Biker gehen künftig voll gefedert downhill mit High-Tech für die fun-generation. Daneben zwei Innovationen: Die Scheibenbremse jetzt auch am teuren Rad und das Diodenlicht mit Standlichtfunktion, aber ohne Batterie. Auch Roller sind im Kommen, wie wir sie als Kinder fuhren, jetzt auch für Große zu ordentlichen Preisen. Auch bei Falträdern tut sich einiges. Das alte Klapprad wird von seinem spezialisierten Kollegen abgelöst. Die optimale S-Bahn/Zug-Rad-Kombination, flott zusammengefaltet zu massiven Preisen.

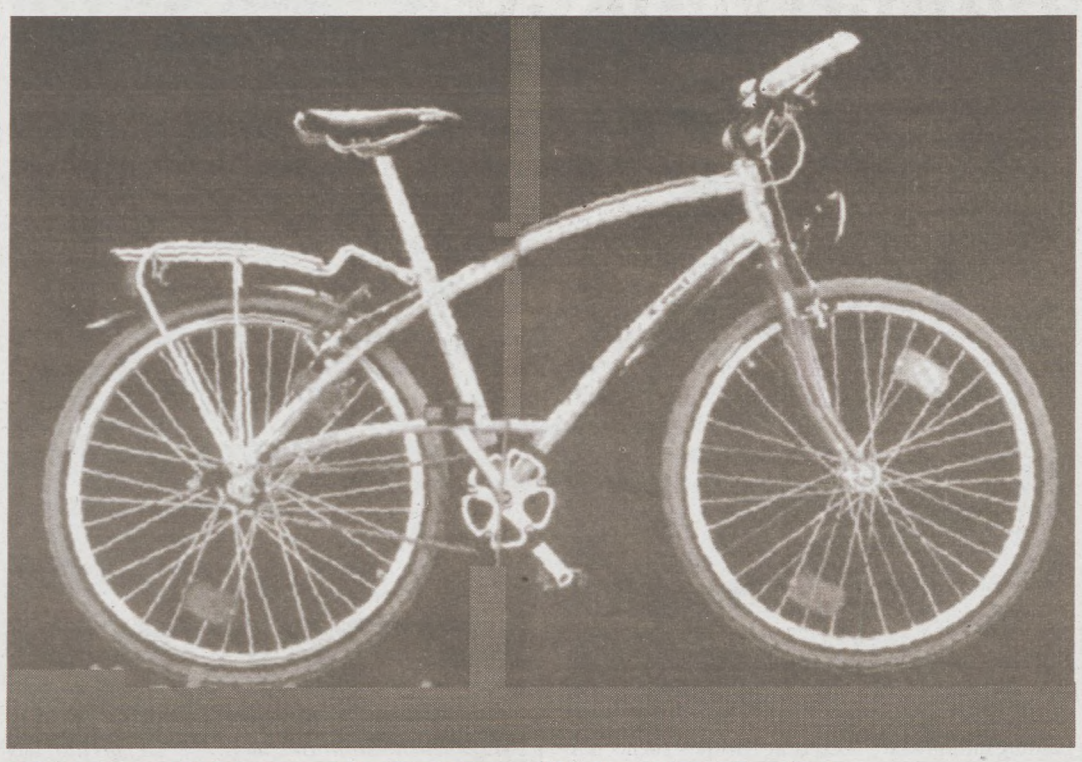
»Nix unter Puffzehnhundert,« könnte die Formel für alle interessanten Entwicklungen auf der Messe heißen. Bei den Liegerädern ist die Bastelphase abgeschlossen. Jetzt kommen auch hier die großen Hersteller und wagen vereinzelt Serienproduktion, nachdem die Tüftler die Technik und die kleinen Spezialläden den Markt vorbereitet haben.

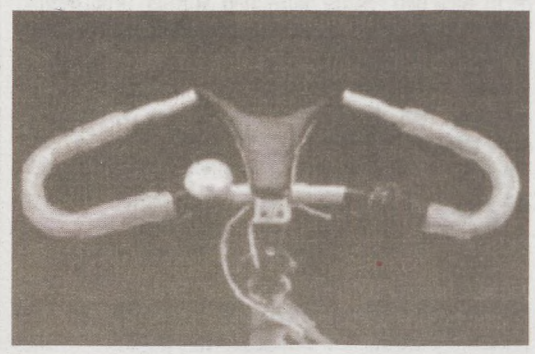
Eine wesentliche Neuigkeit, meiner Ansicht nach, ist »Der Diebstahlschutz durch Fahrradcodierung«. Mit einer kleinen Fräse wird oben am Sattelrohr eine Gravierung vorgenommen, die auf den/die Besitzer/in hinweist, eine effektivere Diebstahlsicherung als die bisher wesentliche Rahmennummer. Ein Nummernbeispiel: HB 1757 56 AB. HB = Autokennzeichen Bremen, 1757 = Straßenschlüssel, nach dem in dem Meldeamtsverzeichnis alle Straßennamen verschlüsselt sind (z.B. hier Schwachhauser Heerstr.), 56 = Hausnummer des Radbesitzers, AB = Initialien des Eigentümers (Anton Brecher).

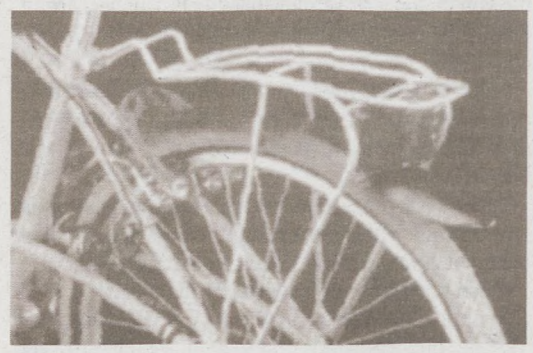
Die Polizei kann also jederzeit und überall Radler anhalten, fragen, wie sie heißen und wo sie wohnen, über Funk die Richtigkeit der Angaben überprüfen und nachvollziehen, ob der, der auf dem Rad sitzt, auch zur Codierung paßt. Bei Weiterverkäufen sollte man sich die Daten des vorherigen Besitzers merken. Bei eigenem Umzug die alte Adresse. Die Neusser Polizei lobt ihre gestiegene Aufklärungsquote seit Beginn dieses Projektes. ●

Für alle Interessierten hier die Adressen zu dem Bericht:

1) VSF-Kinderrad - Verbund selbstverwalteter Fahrradbetriebe e.V., Paul-Lincke-Ufer 44a, D-10999 Berlin, Tel. (0 30) 611 97 22
2) Fernlehrgang Fahrrad - Forum Berufsbildung e.V., Charlottenstr. 2, D-10696 Berlin, Tel. (0 30) 259 00 80
3) Diebstahlschutz-Gravur - Kreispolizei Neuss, Rathausstr. 5, D-41564 Kaarst, Tel. (0 21 31) 40 68 63







Ein Kinderrad, bei dem auch die Details stimmen: z. B. das niedrige Gewicht von nur 12,5 kg, das stark abfallende Rahmen-Oberrohr und der nach vorne gebogene Sicherheitslenker. Und dessen Vorbau »wächst mit«. (VSF)

SEMINAR

Einführung in den Immobilienerwerb, -verkehr und -verwaltung

Der Hamburger Verein zur Förderung alternativer Wohnprojekte e.V. veranstaltet dieses Seminar, daß in zwei Teilen und insgesamt 40 Stunden stattfinden wird. Die Termine sind vom 18. bis 20.12.95 und vom 6. bis 7.1.1996. Die Unterichtszeiten sind täglich 2 x 4 Zeitstunden. Voraussetzung zur Teilnahme sind kaufmännische Grundkenntnisse in Form einer kaufmännischen Ausbildung, eines entsprechenden Studiums o.ä.. Die Kosten belaufen sich auf 1.750 DM incl. Unterrichtsmaterial, ohne Unterkunft und Verpflegung.

Anmeldung & Information:
Verein zur Förderung alternativer Wohnprojekte e.V., Zöllnerstr. 31, D-22761 Hamburg

Anzeige

Monatszeitung
graswurzel revolution
für eine gewaltfreie und herrschaftslose Gesellschaft

Die 200. Ausgabe der Graswurzelrevolution ist im September erschienen. Zum Jubiläum gibt es acht zusätzliche Seiten mit Grundsatzartikeln zum gewaltfreien Anarchismus. Themen u.a.: Gewalt, Staat und Herrschaft ★ Renaissance der Gewalt und Gegenstrategien ★ Graswurzelrevolution statt Institutionalisierung sozialer Bewegungen

Jahresabo: 35 DM. Schnupperabo: 10 DM Vorkasse (4 Ausgaben, danach jederzeit kündbare Umwandlung in Abo.)
GWR, Kirchstr. 14, 29462 Wustrow

Jetzt in Berlin am Kiosk

ÖKOBANK E.G., FRANKFURT

Auf Wachstum programmiert?

Die Ökobank rechnet bis zum Ende des Jahres mit einem Volumen von 220 Mio. DM. Die Weiterentwicklung der beiden Vetriebswege Direktbank und Präsenzbank wird, so die Geschäftsleitung der Ökobank, durch die jeweils unterschiedlichen Marktbearbeitungsstrategien ein dynamisches Wachstum bedingen. Nach der Konsolidierungsphase der letzten Jahre soll der Vertriebsweg »Präsenzbank« durch den Aufbau von bundesweiten Repräsentanzen (1-2 Personen-Filialen ohne Geldverkehr) ergänzt werden und der bisherige sogenannte Briefbankbereich sich deutlicher zum Direktbankbereich entwickeln.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Bereits Mitte 1996 wird die Ökobank eine Repräsentanz als Vorläuferin der geplanten Filiale in Berlin einrichten. Die Entscheidung für den Filialstandort Berlin war geprägt von der Einschätzung, das sich Berlin in den nächsten Jahren in einer schwierigen Umbruchphase befindet. Die sozialen Spannungen zwischen Ost und West, Arm und Reich, bergen Risiken für die Entwicklung der Stadt, aber auch Chancen. Berlin soll als Ausgangsbasis dienen, um ökologische und soziale Anstrengungen in den neuen Bundesländern zu unterstützen.

Repräsentanzen

Mit den Repräsentanzen entwickelt die Ökobank neue Wege im Vertrieb. Repräsentanzen sind ein Außenstellennetz, mit dem bundesweit die Präsenz der Bank vor Ort für die Kundinnen und Kunden hergestellt wird, die den persönlichen Kontakt dem Direktbankangebot vorziehen. 1996 wird – neben Berlin – in Nürnberg eine Repräsentanz eröffnet werden. Die Wahl fiel auf Nürnberg, da personelle Voraussetzungen und ein sehr aktives ehrenamtliches Umfeld günstig sind. In Nürnberg erfolgreich, sollen weitere Repräsentanzen, möglicherweise in Dresden, Hamburg und München entstehen.

Nadja Bartsch und Holger Weber beraten bereits jetzt die Berliner BankkundInnen Foto: Sabine Lippert

Direktbank

Seit ihrer Gründung 1988 ist die Ökobank für den überwiegenden Teil iher Kundinnen und Kunden Direktbank. Da nunmehr auch andere Banken dieses Feld für sich entdeckt haben, wird zunehmend technische Unterstützung angeboten. Dies bietet mehr Möglichkeiten z.B. in den Bereichen Telefonbanking und Homebanking. Bis Mitte 1996 wird ein Konzept erarbeitet werden, das eine Modernisierung und Ausweitung des bisherigen Serviceangebotes beinhaltet.

Geschäftsentwicklung 1995

1995 ist ein Betriebsergebnis in Höhe von 1,4 bis 1,5 Mio DM angestrebt. Nach Abzug der Risikovorsorge soll ein Jahresüberschuß von mindestens 300.000 DM (im Vorjahr 258.000 DM) ausgewiesen werden. Der Verlustvortrag wird damit unter die 3-Mio-Grenze gesenkt. Im laufenden Geschäftsjahr wurde, wie in den Jahren zuvor, das Kreditgeschäft forciert. Zum 31.10.95 konnte das Kreditvolumen von 91 Mio DM (31.12.94) auf 102 Mio DM erhöht werden. Als haftendes Eigenkapital wird voraussichtlich zum Jahresende die Summe von 16,3 Mio DM (Vorjahr: 14,85 Mio DM) ausgewiesen. Nach wie vor liegt die Eigenkapitalausstattung der Ökobank über dem Durchschnitt vergleichbarer Genossenschaftsbanken. ●

KONKURS IM RÜCKBLICK

Bürgschaften und Selbstverwaltung am Beispiel Blätterwald eG

Wer denkt eigentlich noch an den »alten« Blätterwald, an die Idee der Selbstverwaltung, leben und arbeiten miteinander zu verbinden, selbstbestimmter Arbeitsplatz, Verantwortung für die eigene Firma durch die Beschäftigten? Die letzten Jahre waren geprägt durch die finanzielle Beteiligung für den Bestand des Betriebes, viele Reibungsverluste, endlose Diskussionen, und verschleppte Entscheidungen, bis der Betrieb schließlich vor eineinhalb Jahren den Konkurs eröffnen mußte.

Heike Möser, Redaktion Genossenschaften ● Mittlerweile haben die meisten der zuletzt 16 MitarbeiterInnen der Blätterwald e.G. wieder eine Arbeitsstelle gefunden. Der Kontakt untereinander ist größtenteils abgebrochen. Was übrig ist, sind große finanzielle Verpflichtungen der MitarbeiterInnen und einiger GenossInnen, die zuzeiten, als es mit dem Blätterwald aufwärts ging, oder als mal wieder dringend Geld gebraucht wurde, für Kredite gebürgt hatten.

Mit dem Konkurs war sozusagen das eingelegte Geld futsch und die Bürgschaften bei Banken und HLT wurden fällig. Denn die Blätterwald eG war soweit heruntergewirtschaftet, daß von der Konkursmasse nach Abzug der Steuern und Krankenkassenbeiträge nur noch ein Taschengeld übrig war, auch die Gläubiger guckten in die Röhre.

Risiken einer Bürgschaft

Alles gut und schön, wird man sagen, wer Geld verleiht und Bürgschaften leistet, weiß ja, was er tut, es gibt immer das Risiko. Doch wie ist das, wenn drei Mitarbeiter der Blätterwald eG eine neue Firma aufmachen, diese Blätterwald GbR nennen, und in abgespeckter und etwas modifizierter Form so weitermachen wie bisher. Die Blätterwald GbR hat vom Konkursverwalter der Blätterwald eG den Kundenstamm, die Hard- und Software und mehrere Maschinen zu einem recht günstigen Preis erstanden. Es war klar, daß nur diese drei eine neue Firma gründen wollten. Für Außenstehende lief das Ganze sehr dubios ab und es wurde sozusagen mit verdeckten Karten gespielt. Soweit, sogut, es wollte auch niemand sonst einen neuen Blätterwald mitbegründen, aber warum die Geheimhaltung?

Die KundInnen sollten das damals nicht mitkriegen, selbst die GenossInnen wurden im Dezember 1994 vom am 15.6.94 stattfindenden Konkurs informiert. (Ein Teil ist bis heute nicht offiziell informiert worden, Anmerkung der Redaktion.) Die Blätterwald GbR hat ihren Sitz in Frankfurt, produziert fast nur noch Blox und ist ansonsten ein Zwischenhändler der Firma Keimling in Hattingen. Daß die Blätterwald GbR viel besser läuft als die Genossenschaft ist an sich sehr erfreulich, doch was ist aus denjenigen geworden, die nun an den Schulden des »alten« Blätterwald knabbern müssen? Sollten nicht auch sie in irgendeiner Form zumindest ansatzweise entschädigt werden? Zum Beispiel mit einem gemeinsamen Eisbein- und Sauerkrautessen zu Weihnachten? Aber Spaß beiseite ...

Es ist nicht so, daß gar nichts passiert ist. Man ist ja als ehemaliger Selbstverwalter sozial eingestellt und fühlt doch eine moralische Verpflichtung gegenüber dem nunmehr arbeitslosen einstigen KollegInnen und MitstreiterInnen gegen den Kapitalismus. Deshalb wurde sogar öffentlich kundgetan (siehe CONTRASTE vom Dezember 1994), daß Gewinne, die aus dem Verkauf einiger Blätterwald eG-Maschinen stammten, zur Abfederung sozialer Härten (z.B. Bürgschaften) der ehemaligen Blätterwäldler verwendet werden sollten.

Moral von der Geschicht

Das war auch das letzte Konkrete was diesbezüglich aus Richtung Blätterwald GbR zu hören war. Bei mehreren Nachfragen der Bürgen wurden sie vertröstet oder niemand war erreichbar, zumal der Verfasser des CONTRASTE-Artikels (Arno Jung) die Blätterwald GbR mittlerweile verlassen hat. Rein rechtlich hat der Bürge keinen Anspruch auf finanzielle Entlastung, doch rein moralisch, und zumal man ja auch der gemeinsam angeschafften Betriebsmittel für wenig Geld habhaft werden konnte, wäre ein offenes Ohr für die Angelegenheit wünschenswert.

Die Moral in dieser Sache spielt überhaupt eine große Rolle, denn wer unterschreibt schon so ganz freiwillig eine Bürgschaft, weil die eigene Firma finanzielle Engpässe hat? Teilweise wurde schon moralischer Druck auf KolektivistInnen ausgeübt, die lange keine Bürgschaft hatten. Das es sich bei dem Ganzen nicht um peanuts handelt, beweist die Tatsache, daß es sich bei den meisten der 16 Bürgen um einen Betrag von jeweils 14.000 DM handelt und bei einigen um bis zu 50.000 DM.●

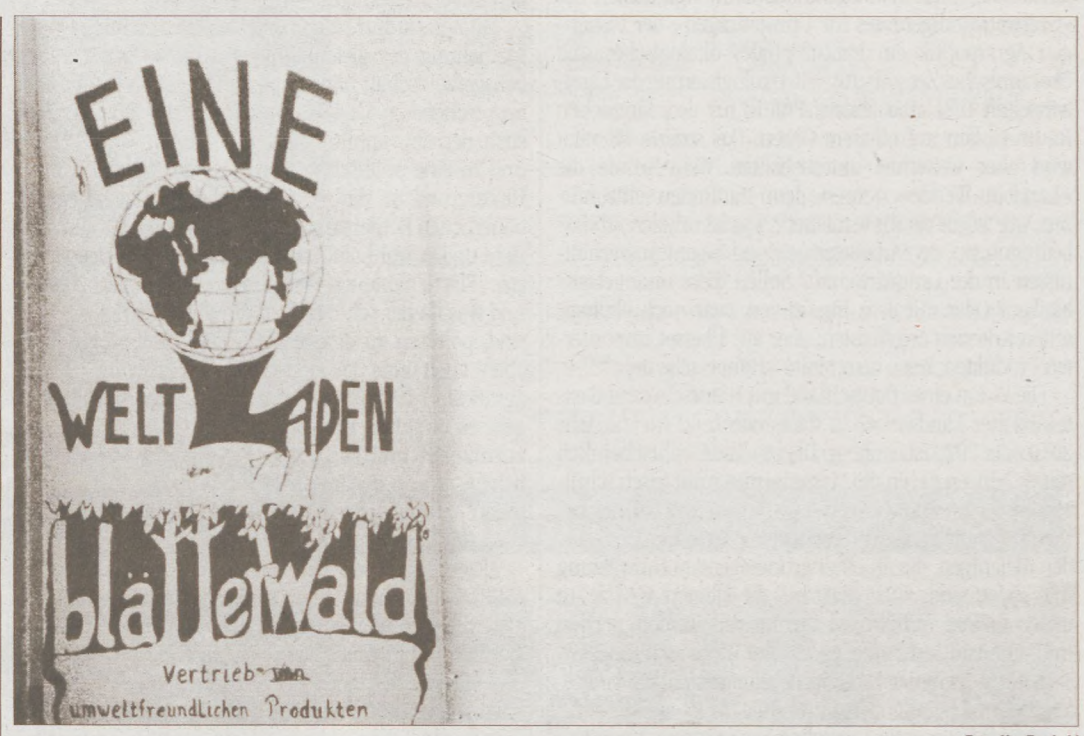


Foto: Ute Berthold

BAUGENOSSENSCHAFTSZULAGE

Staatliche Förderung für Mitglieder von Wohnungsbaugenossenschaften

Bundestag und Bundesrat haben eine steuerliche Förderung der Kapitalbeteiligung von Genossenschaftsmitgliedern an den Wohnungsbaugenossenschaften analog der staatlichen Wohneigentumsförderung für individuelle Eigentümer im Rahmen der Reform der Wohneigentumsförderung beschlossen.

Thomas Schaefers, Redaktion Genossenschaften ● Die Förderung sieht vor, daß Genossenschaftsanteile ab 10.000 DM bis maximal 80.000 DM eine jährliche 3%ige Grundförderung für acht Jahre erhalten. Zusätzlich wird eine Kinderzulage in Höhe von 500 DM pro Kind jährlich gewährt. Voraussetzung ist allerdings, daß die so geförderten Mitglieder ein unwiderrufliches und vererbbares Recht erhalten, die von ihnen selbst genutzte Wohnung in Einzeleigentum zu übernehmen, wenn dem mindestens die Hälfte aller Bewohner eines Objektes schriftlich zustimmen.

Diese Regelungen der steuerlichen Förderung gelten aber nur für Neugründungen von Wohnungsbaugenossenschaften, die nach dem 1.1.1995 gegründet worden sind. Damit ist zumindest für Neugründungen die im Grundsatz erforderliche steuerliche Gleichbehandlung des genossenschaftlichen Eigentums erreicht – eine langjährige politische Forderung des GdW (Gesamtverband der Wohnungswirtschaft e.V.) seit Ende der 70er Jahre.●

COOPERATIVA »JULIA HERERA DE POMARES« R.L., NICARACUA

Förderung genossenschaftlicher Unternehmen durch Handel

Die Kooperative »Julia H. de Pomares« (benannt nach einer sandinistischen Kämpferin) wurde 1984 von 29 Frauen in einem Stadtteil von Managua gegründet. Heute hat die Kooperative nur noch 10 Mitglieder, da viele Frauen in der schwierigen Zeit während des Contra-Krieges ausgeschieden sind. Sie ist eine der zahlreichen Genossenschaften in der Dritten Welt, die die Gepa durch den Vertrieb ihrer Produkte unterstützt.

Petra Schrönges, Redaktion Genossenschaften ● Anfangs arbeiteten die Näherinnen in einem Raum des Gesundheitsministeriums, der aber bald zu klein wurde und zudem für einen Gesundheitsposten gebraucht wurde. Die sandinistische Stadtverwaltung stellte der Kooperative deshalb ein Grundstück zur Verfügung. Von März 1987 bis Februar 1988 entstand dort mit Hilfe freiwilliger Solidaritätsbrigaden der Westberliner Gruppe »Mittelamerika Solidarität« (MAS) ein großzügig angelegtes, helles Werkstattgebäude. Die MAS spendete zwanzig Industrie- und vier Spezialnähmaschinen. Damit waren die Voraussetzungen für eine professionelle Produktion gegeben.

Die meisten der Kooperativenmitglieder sind alleinerziehende Mütter von vier und mehr Kindern, für die das Einkommen aus ihrer Arbeit überlebensnotwendig ist. In den ersten Jahren war dieses Einkommen – wenn auch auf niedrigem Niveau – abgesichert. Die Kooperative mußte sich weder um die Materialbeschaffung noch um den Absatz der fertigen Kleidung kümmern. Das »sandinistische Verteidigungskomitee« teilte ihr nach einem Pro-Kopf-Schlüssel Stoffe und Garne zu und der Zentralverband der Bauern-Kooperativen nahm die Produktion ab und verteilte sie an kleine Dorfläden im Norden des Landes. Viel zu verdienen war dabei zwar nicht, aber »Wir hatten unsere Bohnen«, wie eine Cooperante heute rückblickend sagt (schwarze Bohnen gehören wie Reis und Tortillas zu den Grundnahrungsmitteln in Nicaragua, die fast zu jeder Mahlzeit gegessen werden).

SEMINAR DES TAK AÖ

Genossenschaften in der Dritten Welt

Vom 9. bis 11.2.1996 findet bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenberg ein Seminar über »Genossenschaften in der Dritten Welt« statt. Ziel ist es, einen Überblick über bestehende genossenschaftliche Ansätze zu geben, das Für und Wider solcher Ansätze der Selbstorganisation zu diskutieren und nach Möglichkeiten konkreter Unterstützungsarbeit zu suchen. Letzteres geschieht, indem verschieden Formen wie fairer Handel (z.B. über die GEPA), Informationsarbeit (z.B. über das Informationszentrum Dritte Welt) oder Projektberatung und -finanzierung (z.B. Weltfriedensdienst) dargestellt und analysiert werden. Anregungen, Information und Anmeldung läuft über:
Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 79102 Freiburg.

Contra-Krieg zerstörte Lebensgrundlage

Ab Ende 1987 wurde die Situation für die Kooperative immer schwieriger. Im November hatten schwere Überfälle der durch die USA finanzierten »Contras« im Norden des Landes den Absatz der Kooperative in den kleinen Dorfläden dort fast völlig zum Erliegen gebracht. Viele Bauern flohen aus dem Krisengebiet in die Städte. Nach einer fünfmonatigen Zwangspause, in der die Frauen ohne Arbeit und Verdienst waren, ermöglichte eine Stoffspende der MAS wenigstens die Wiederaufnahme der Produktion in bescheidenen Umfang. Um den Absatz der Kleidung mußten sich die Frauen selbst kümmern, denn der Trekker mit Anhänger, der früher die Produktion abholte und in die Läden verteilte, konnte wegen des Krieges nicht mehr kommen.

Nach und nach gelang es, wieder einen kleinen Absatzmarkt zu schaffen. Die Frauen verkauften an Supermärkte und in Betrieben, stellten Arbeitskleidung und Schuluniformen her. Es war ein Wirtschaften »von der Hand in den Mund«, denn alle Gewinne wurden durch die Inflation aufgezehrt. Ein großes Problem war auch die Verwaltung des Betriebes. Die Frauen verstanden sich aufs Nähen, aber Buchführung, Lagerverwaltung, Schriftverkehr etc. waren für sie ein Buch mit sieben Siegeln.

Viele von ihnen hatten überhaupt erst während der Alphabetisierungskampagne der Sandinisten Lesen und Schreiben gelernt. Es hieß also neben dem Kampf um das tägliche Überleben noch die Schulbank drücken, um den eigenen Betrieb auch selbst verwalten zu können. Drei Frauen machten den Führerschein, eine »Camioneta« (aus Spenden finanziert) wurde angeschafft, um die Produkte besser verteilen und verkaufen zu können. Im August 1988 kam eine deutsche Aktivistin und Ex-Brigadistin nach Managua, um bei Julia H. Pomares mitzuarbeiten. Sie übernahm im wesentlichen Aufgaben in der Verwaltung und Vermarktung.

Kampf um Legalisierung

Der nächste schwere Schlag für die Kooperative war das Wahlergebnis vom Februar 1990: Die Sandinisten verloren und die UNO, ein Bündnis der verschiedenen Parteien der bürgerlichen Opposition, kam an die Regierung. Die neue Regierung verfolgte und verfolgt einen stark von den Interessen der USA und Auflagen von Weltbank und IWF diktierten Kurs. Senkung der Staatsausgaben und »Liberalisierung« der Wirtschaft sind die neuen Zauberworte in Nicaragua.

Ähnlich wie in der Ex-DDR nach der deutschen »Wieder«vereinigung tauchten auch hier plötzlich ehemalige Besitzer von Immobilien, Betrieben, Fincas auf – häufig Somoza-Anhänger, die schon seit Jahren in den USA lebten und nun Anspruch auf »ihr« Eigentum erhoben. »Julia H. de Pomares« hatte ihr Betriebsgelände von der sandinistischen Alcaldia, der Stadtverwaltung von Managua, erhalten. Zu der Zeit hatte das Gelände als kommunales Eigentum gegolten. Nun, nach dem Regierungswechsel, wurde die Rechtmäßigkeit dieser Schenkung angezweifelt und die Frauen mußten sich um deren Legalisierung bemühen, um die Existenz als Kooperative abzusichern. Nach einem langen und aufreibenden Kampf durch die bürokratischen Instanzen – eine Bank aus Managua beanspruchte das Gelände für sich – und mit Hilfe von Spendengeldern konnte das Gelände gekauft und die Kooperative als rechtmäßige Eigentümerin ihres Betriebes eingetragen werden.

Hoffnung durch »fairen Handel«?

Die Kooperative hat sich bisher mit Mini-Aufträgen von Brigadisten, Direktimporten von einigen deutschen Weltläden, Bestellungen von Einzelkunden etc. über Wasser gehalten. Der Inlandsumsatz ist, bedingt durch die wirtschaftliche Krise im Land, äußerst spärlich. Um ein bißchen zusätzliches Geld zur Deckung der immens hohen Fixkosten (z.B. für Strom) zu bekommen, sind auf dem Kooperativen-Gelände einige Parkplätze vermietet worden. Auf einem schmalen Streifen Land bauen die Frauen außerdem Mais und Gemüse an, daß sie unter sich verteilen.

Überhaupt ist die Solidarität untereinander groß: Es gibt eine »schwarze Kasse« für Notfälle, aus der Socias im Krankheitsfall der Lohn weitergezahlt wird, frau hilft sich gegenseitig so gut es geht bei familiären Problemen und so weiter. »La gepa« ist mit ihren Bestellungen für die Frauen ein Hoffnungsschimmer.●

SAMMELREZENSION

Naturschutz, Landwirtschaft und Agrarkultur

Der Öko-Landbau boomt, der traditionelle Naturschutz ist in einer tiefen politischen und finanziellen Krise, das auf Kritik gestoßene Gutachten »Zukunftsfähiges Deutschland« des »Wuppertal-Institutes« diskutiert die flächendeckende Umstellung auf Öko-Landbau bis zum Jahre 2010 und 1994 stellte das Umweltgutachten des »Sachverständigenrates für Umweltfragen« der bisherigen Agrarpolitik ein katastrophales ökologisches und ökonomisches Zeugnis aus. Die Ökologisierung der Landwirtschaft und eine andere Politik für den ländlichen Raum stoßen auf offenere Ohren. Das soziale Moment wird aber weiterhin unterbelichtet: Wem würde die »Landbau-Wende«, wenn sie denn stattfinden sollte, nützen, wer würde an ihr verdienen? Was ist mit den Arbeitsbedingungen, den Arbeitsformen und Eigentumsverhältnissen in der Landwirtschaft? Sollen diese unangetastet bleiben? Oder mit dem Import von zwar nach ökologischen Kriterien angebauten, aber aus Übersee importierten Produkten, nach dem Motto »Hauptsache bio«?

Die Vision eines Deutschland mit Naturschutz und extensivierter Landwirtschaft flächendeckend für das Jahr 2010 oder 2020 ist denkbar. Dieses würde wahrscheinlich seine Grenzen gegen die Massenarmut militärisch schützen, weiterhin weltweit Rohstoffe rauben und Müll exportieren. Um eine solchen Entwicklung zu behindern, werden diejenigen, die an einer grundlegenden Umwälzung interessiert sind, auch weiterhin die kleinen Ansätze, in denen soziale Verhältnisse thematisiert werden, suchen und unterstützen müssen. In den folgenden Büchern sind sie an der einen oder anderen, manchmal unerwarteten Stelle zu finden.

Mit der Kooperation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz weiter voranzukommen, das war ein Ziel einer Tagung, die der Naturschutzbund (NABU) vergangenes Jahr mitveranstaltete. Das zweite Anliegen der Tagung war die Propagierung der Forderung »Naturschutz durch umweltverträgliche Landnutzung auf 100 Prozent der Fläche«. Hintergrund ist das Scheitern des traditionellen, separierenden und konservierenden Naturschutzes: Trotz zahlreicher Naturschutzgebiete konnte das Biotop- und Artensterben nicht gebremst werden. Die Globalisierung der Umweltverschmutzung macht Schutzbemühungen auf wenigen Dutzend Hektar oftmals wirkungslos, Schadstoffeinträge über Wasser und die Luft sind sowieso nicht zu verhindern und führen die Naturschutzstrategie ad absurdum. Zentral ist beim neuen und alten Verständnis von Naturschutz – und es taucht auch in allen Beiträge auf – das Verhältnis zur Landwirtschaft, bewirtschaftet diese doch den Großteil der Flächen, während halbwegs wirksamer Naturschutz bislang auf gerade einem Prozent stattfindet. Der Hauptbeitrag charakterisiert die Definitionen von »Natur« bzw. »Naturschutz« und »ökologischem Sollzustand« als gesellschaftlich begründet und historischen Wandlungen unterworfen. Die pure Pflege von Landschaft vernachlässige die Bedürfnisse von Menschen und die Tatsache, daß die heutige Landschaft eine von Menschen geschaffene sei und damit viele Ökosysteme von menschlicher Nutzung abhängig sind. Rösler plädiert für eine sogenannte »Naturwirtschaft«, die sich querschnittsorientiert in alle Wirtschaftsbereiche einmischt. Weitere Beiträge haben Agrarkultur, naturgemäße Wald- und Fischereiwirtschaft sowie Streuobstbau zum Thema.

Das aktuelle Heft von »Politische Ökologie« nimmt das Europäische Naturschutzjahr 1995 – und sein Motto »Naturschutz außerhalb von Schutzgebieten« – zum Anlaß, die Situation des Naturschutzes zu thematisieren und inhaltlich ähnliches zu konstatieren und zu fordern wie der Band des NABU. Zusätzlich gibt es Beiträge von und über staatlichen Naturschutz oder Naturschutzverbände, durch den etwas Einblick in institutionelle Strukturen und Konzepte möglich ist. Das Heft enthält auch eine Reihe wissenswerter Zahlen und bezieht die europäische Ebene mit ein. Das Heft ist wie die bisherigen PÖ-Hefte, optisch relativ ansprechend gestaltet, der Heftpreis dürfte langsam – wenn die MacherInnen nicht nur eine gut verdienende LeserInnenschicht ansprechen wollen –, seine Grenze erreicht haben.

Das vorangegangene Heft von PÖ ist das schon lang überfällige zu Landwirtschaft. Es nähert sich den Konfrontations- oder Kooperationspartnern Landwirtschaft und Naturschutz mit einem eher theoretischen Ansatz und vermutet die heutigen Probleme nicht in den Defiziten der Modernisierung, sondern in ihren Erfolgen. Grundsätzliches Moment, das sich durch viele Beiträge zieht, ist die Kritik der Beschleunigung menschlichen Lebens sowie der des tierischen und pflanzlichen Wachstums. Alle drei sind heute der industriell-kapitalistischen Verwertung und deren Imperativen (zeitlichen, sozialen, ökonomischen) unterworfen. So habe zwar die Beherrschung der Natur zur Überwindung der Abhängigkeit von ihr geführt, gleichzeitig aber zu einer psychosozialen Vereinsamung und zur Abhängigkeit von gesellschaftlichen Institutionen. Die HerausgeberInnen propagieren eine öko-soziale Zeitkultur, die Raum und Zeit wieder ihre Bedeutung – oder ihren Raum und ihre Zeit – gibt, und Zeit nicht mehr als Warte-Zeit oder Verzögerung wahrnimmt. In dem Heft werden nach einer theoretischen Einführung einzelne Bereiche (Boden, Pflanzen, Tiere, Menschen) in jeweils mehreren Beiträgen diskutiert. Die Beiträge zur »Zeit des Menschen« stellen die Veränderungen der bäuerlichen Lebensweise im Zuge der Durchsetzung des Agrarfordismus, und die Standardisierung und zeitliche Kontrolle der Lebensmittel(-verarbeitung) dar.

Literaturhinweise, Projektvorstellungen und die Selbstdarstellung des an der Evangelischen Akademie Tutzing angesiedelten Projektes »Ökologie der Zeit« (das auch die Tagung veranstaltete, aus der dieses PÖ-Sonderheft entstand), schließen diese wichtige Veröffentlichung ab. Manko ist eine gewisse Schöngeistigkeit, Impulse für eine kritische Agrarpolitik oder eine ökologisch-linke Agraropposition sind nur sehr indirekt zu erhalten. Die Bedeutung des Weltmarktes und seine Auswirkungen bleiben unberücksichtigt.

Mit Agrarkultur befaßt sich die erste »richtige« Veröffentlichung des gleichnamigen Arbeitskreises der »Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft« (AbL). In ansprechendem Layout unternimmt der AK einen Versuch der AbL »philosophische« Grundlagen zu geben und in eine politisch-kulturelle Offensive zu kommen. Hintergrund ist, daß auch manchen ökologischen und bäuerlichen Betrieben das Wasser finanziell bis zum Hals steht und es wohl nicht ausreicht, nur mit Stickstoffsteuern, Flächenbindung, vielfältigen Vermarktungswegen und was da der schönen Begriffe und Programme noch sind, politisch zu arbeiten. All diese Programme brauchen auch eine ideologische Unterfütterung: Der AK Agrarkultur definiert »Bäuerlichkeit« und stellt fest, sie gebe es in jedem Menschen; sie sei wiederzuentdecken, aufzuwerten und dafür zu sorgen, daß »eine neue bäuerliche Kultur in der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft Akzente setzen (kann), die weit über den ländlichen Raum hinausgehen«.

Akzente setzt seit 1991 auch das Biosphärenreservat (BSR) in der Rhön (vgl. CONTRASTE Juni 95 S. 14). Von diesem wohl relativ einmaligen Vorhaben, in einem »strukturschwachen«, von Abwanderung der Menschen und Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung gekennzeichneten Gebiet, neue Modelle der Regionalentwicklung zu versuchen, gehen Impulse für vergleichbare Regionen aus. Das Konzept des BSR sieht in der Landwirtschaft den Mittelpunkt aller Bemühungen und in deren Reaktivierung und Aufrechterhaltung die Bedingung für eine verträgliche Tourismus- und Wirtschaftsentwicklung. Neben den Erfolgen gab und gibt es aber auch Probleme und schwierige Diskussions- und Konsensfindungsprozesse. Diese werden in der zweiten Hälfte des Bandes ansatzweise deutlich. Ein Streitpunkt war z.B. die Frage der verschiedenen Zonen des BSR: Wie groß sollten sie sein, und vor allem, welche Flächen sollten welchen Status bekommen. In der Landwirtschaftspolitik sind die Ziele zwar für die drei am BSR beteiligten Bundesländer dieselben, vor dem Hintergrund der äußerst unterschiedlichen Agrarstruktur sind aber unterschiedliche Instrumente zu entwickeln. Weitere Beiträge behandeln Verkehr, Wirtschafts- und Beschäftigungssituation und Tourismus, der nach der Landwirtschaft die zweitwichtigste Stütze des BSR werden soll. Die Beiträge zu Beginn des Buches stellen die Entstehungsgeschichte und den Ansatz von BSRen allgemein und dem in der Rhön speziell dar, gehen auf die Probleme von Zuständigkeiten und Kompetenzen im immerhin sieben Landkreise umfassenden BSR ein. Die wissenschaftliche Seite des Projektes, u.a. Ökosystemforschung und ökologische Umweltbeobachtung und das EU-Programm zur ländlichen Regionalentwicklung LEADER ist ebenso Thema dieses vielseitigen, einige »Interna« offenlegenden Buches.●

Bernd Hüttner

Ev. Akademie Baden (Hrsg.): Land nutzen – Natur schützen. Von der Konfrontation zur Kooperation; 174 S., 18,80, ISBN 3-87210-113-7

Politische Ökologie Nr. 43, Ist der Naturschutz museumsreif?; 94 S. A 4, 19,80, bei Ökom, Waltherstr. 29, 80337 München

PÖ Sonderheft 8: Zeit-Fraß – Zur Ökologie der Zeit in Landwirtschaft und Ernährung, 114 S. A 4, 19,80 DM

Was hat Bäuerlichkeit mit Liebe zu tun?; 8 S., gegen 3 DM Rückporto auch in größeren Stückzahlen bei AbL, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242-48 476

Jörg Eigenbrodt, Erich Ott (Hrsg.): Debatten im Rhöner Dreiländereck. Debatten und Beiträge zur Diskussion um das Biosphärenreservat, 216 S., 24,80, VAS Verlag Frankfurt 1994; ISBN 3-88864-069-5

»DER NATIONALE WETTBEWERBSSTAAT«

Im Oktober 1995 erschien in der Berliner Edition ID-Archiv ein Buch von dem Frankfurter Politologen Joachim Hirsch. Der Titel »Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus« bezeichnet die Stoßlinie von Hirschs Argumentation: im wesentlichen geht es ihm um die begriffliche Fassung der politischen und ökonomischen Entwicklungen, die im letzten Jahrzehnt v.a. innerhalb der nordwestlichen Industriestaaten angestoßen und vollzogen worden sind.

Das Buch unterteilt sich in vier Abschnitte. Zunächst entwickelt Hirsch seine Staatstheorie. Derzufolge prägt der Kapitalismus durchgängig alle gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen. Die Bedingungen der profitorientierten Verwertung und deren dauernden Wiederherstellung sind Grundlage des politischen und ökonomischen Lebens. Zentral in diesem Zusammenhang ist für Hirsch der Begriff der »Sozialen Form«. D.h. daß Menschen ihr gesellschaftliches Handeln als äußerliches Objekt gegenübertritt: Statt über die Art und Weise des Handels zu entscheiden, sind sie auf die Verwendung von Geld angewiesen. Statt sich ihr Leben selbst zu organisieren, sind sie dem Staat unterworfen. Hinter diese Bedingungen können Menschen nicht zurück. Allerdings ist die konkrete Gestalt des Kapitalismus immer in besonderer Art und Weise unterschieden. Wie Profit gemacht und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, ist das Ergebnis konkreter Auseinandersetzungen zwischen Individuen, Gruppen und Klassen, deren zentraler Ort der Staat ist. In ihm verfestigt sich die Hegemonie bestimmter Gruppen oder Kapitalfraktionen, in ihm werden Klassenkompromisse ausgehandelt, von ihr aus werden Art und Weise des Profitgewinns abgesichert. Eine dieser konkreten Erscheinungsformen des Kapitalismus ist der sogenannte Fordismus, den Hirsch im folgenden knapp beschreibt: Massenkonsum und -produktion, sozialer Frieden durch Lohnerhöhungen, die internationale Vorherrschaft der USA, dies sind einige, aber beileibe nicht alle Merkmale des Fordismus, der seit Mitte der 70er Jahre in der Krise ist.

Nach wie vor ist offen, wie eine neue, stabile Erscheinungsform des Kapitalismus aussehen wird. Im dritten Abschnitt seines Buches beschreibt Hirsch jedoch einige der zentralen neuen Tendenzen: Mittlerweile konzentriert sich Staat zunehmend darauf, einem weltweit flexibler handelnden Kapital in Konkurrenz mit anderen Staaten günstige Verwertungsbedingungen zu schaffen. Nach innen sichert der »nationale Wettbewerbsstaat« diese Entwicklung gegenüber den einhergehenden sozialen Spaltungsprozessen mit der Ausweitung seiner Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten und mit Deregulierungspolitik ab. Dabei kann er in seinem Handeln an einer vorherrschenden Sichtweise anschließen, in der Gesellschaft nicht mehr als gestaltbar erscheinen und es nur noch auf das individuelle Durchsetzungsvermögen ankommt. Vereinzelte Individuen werden über Nationalismus eingebunden.

Dieser nur sehr grob skizzierten Entwicklung stellt Hirsch sein Konzept des »Radikalen Reformismus« entgegen. Dabei geht es um die Schaffung einer internationalen Öffentlichkeit, die Stärkung demokratischer Institutionen auf lokaler und regionaler Ebene, den Kampf um soziale Kompromisse auf nationalstaatlicher Ebene und die »Überwindung der überkommenden Gestalt des Staates überhaupt«, etwa durch die Durchsetzung der Forderung nach offenen Grenzen.

Gegen Hirschs Buch gibt es schon einige Einwände. Der erste ist theoretischer Natur: Kapitalismus wird absolut und ewig gesetzt. Es ist nicht ersichtlich, wie mit Hirschs Denken überhaupt eine andere Wirtschaftsweise erfaßt werden sollte. Auch nicht, wie andere Machtverhältnisse begriffen werden sollen. Entsprechend seiner Betrachtungsweise des Kapitalismus als Hauptwiderspruch setzt sich Hirsch auch nicht mit feministischer Theorie auseinander, während Erörterungen zu Rassismus und Nationalismus in seinem Buch einiger Platz eingeräumt wird. In diesen Zusammenhang ist auch die Frage nach den grundlegenden Strukturen wichtig: Statt, relativ abstrakt, von »Sozialer Form« zu schreiben, böte sich eine theoretische Aufteilung in Handlungsroutinen, ideologische Vorherrschaft und physischen Zwang ausübende Institutionen an, die im Hinblick auf Bestand und Krisenanfälligkeit beobachtet werden können.

Der zweite Einwand betrifft die Sprache: der häufige Gebrauch des -ismus weist Hirsch als Akademiker aus, der für AkademikerInnen geschrieben hat. Seine Sätze sind teilweise zu allgemein und mit Fremdwörtern gespickt. Das erfordert beim Lesen Durchhaltevermögen oder Muße oder Übung oder alles zusammen. Diese sprachlichen Defizite deuten allerdings auch auf politische hin. Im Grunde nennt Hirsch keine konkreten Akteure des politischen Handelns. Wer soll denn bitteschön um was kämpfen? Und was für Kämpfe zeichnen sich bereits ab? So erscheint sein »Radikaler Reformismus«, ohnehin nicht besonders stimmig, als bloße Absichtserklärung. Noch dazu, wo, theoretisch vorbereitet, die Institutionen und Gruppen, die einen neuen Kapitalismus vorantreiben und schützen, nicht konkret benannt sind. Ist, was als »Soziale Form« untersucht wird, überhaupt noch als etwas zu denken, was es handfest zu revolutionieren gilt? Trotz, vielleicht aber auch wegen dieser Einwände, ist Hirschs Buch lesenswert. Als ein Versuch einer Gesamtanalyse (nicht nur) der BRD im internationalen Kontext vor dem Hintergrund seiner Ökonomie. Vordergründig widersprüchliche aktuelle Tendenzen sind beschrieben und zu einem, mit den obigen Einschränkungen, plausiblen Bild zusammengefügt worden. Wann ist in den letzten Jahren von der radikalen Linken versucht worden, mehr als einen Ausschnitt zu begreifen? Mit seiner Sichtweise gibt Hirsch mehr als genug Ansatzpunkte für die Entwicklung eigener Ideen und Ansichten. Und das lohnt sich dann doch!●

aus: Brüche, Linke Zeitung aus Kassel
Nr.19, November '95

Antiquariat
Schwarzer Stern

Bitte Katalog anfordern:
Lessingstr. 18,
44147-Dortmund
Tel.: 0231 / 827000
Geöffnet: Mo-Fr 10 – 16 Uhr
Angela Davis

VIDEO ZUM THEMA: FLÜCHTLINGE

Dann lieber ins falsche Paradies

Zwei Monate lang hat der libanesische Filmemacher Imad Karim drei Flüchtlinge begleitet, die in Deutschland Antrag auf Asyl stellten. Um die Intimität der Begegnungen nicht zu stören, arbeitete er mit einer kleinen Amateurkamera. Am Schneidetisch erkennt er, der vor 18 Jahren aus seiner Heimat floh und seitdem in Deutschland lebt, in dem Material seine eigenen Erfahrungen. Das von ihm verdrängte Heimweh wird wieder lebendig und öffnet ihm die Augen für die Probleme der Flüchtlinge.

Imad Karim lernte die drei in der Zentralen Anlaufstelle in Karlsruhe kennen: den moslemischen Algerier Habib, den tamilischen Hindu Ganish und den aus Bukina Faso stammenden Christen Christoph.

Ganish bewundert Deutschland, für ihn ist es das Paradies, kein kritisches Wort kommt ihm über die Lippen, das Nehmen von Fingerabdrücken empfindet er als »reinigendes Ritual«. Seinen Angehörigen schreibt er alle zwei Tage, wie gut es ihm gehe, daß er Arbeit hätte und eine Wohnung ... Er lügt – seine Realität sieht anders aus. Am Ende muß er untertauchen, sein Antrag wird abgelehnt.

Habib will erst mal abwarten, »aber nicht ewig«. Er wird mit anderen Algeriern in Offenburg untergebracht. Sie beklagen sich über das schlechte Essen ... vergeblich. Ihr zerstörter Stolz wächst wieder, als sie endlich arbeiten dürfen, für zwei Mark die Stunde. Nun können sie sich von ihrem eigenen Geld Zigaretten kaufen und müssen nicht mehr betteln. Was sie nicht wußten – die Arbeit war auf 10 Tage befristet. Habib landet am Ende in Untersuchungshaft. Er soll an einem Autodiebstahl beteiligt gewesen sein. Sein Asylantrag wird abgelehnt.

Christoph wird von Karlsruhe aus nach Heilbronn gebracht. Die Bedingungen dort im Heim sind katastrophal. »Heilbronn ist die Hölle. Ich habe noch nie so viele aggressive Menschen auf einem Haufen gesehen wie hier. Hier herrscht Krieg.« Manchmal, wenn er unter andere Menschen kommen will, fährt er den ganzen Tag Bus. Wenn ihn das Heimweh plagt, geht er ins Reisebüro und läßt sich Flugrouten in seine Heimat heraussuchen. Sein Asylantrag wird schließlich als »begründet« angesehen. Nach den Dreharbeiten lebt er in Esslingen.

Es entstanden persönliche Portraits von drei Menschen, die über die Nüchternheit der üblichen Fallstudien hinausgehen. Drei Menschen, die ihre Heimat verlassen mußten. Sie sind keine Helden und auch keine Opfer. Sie sind in erster Linie Menschen mit all ihren Widersprüchen, wie sie überall zu finden sind, innerhalb und außerhalb von Flüchtlingsheimen. »So verschieden sind die Schicksale dieser drei Flüchtlinge, daß es schwerfällt, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Nur lose hat Imad Karim die Geschichten zu einer sehr persönlichen Reportage verknüpft. Und mögen es auch nur flüchtige Bekanntschaften sein für den Zuschauer: Viel ist schon gewonnen, wenn nicht nur die Masse zählt.«●

Roland Timm

Verleih auf VHS: 50 DM
B 209
DANN LIEBER INS FALSCHE PARADIES
– Wie Flüchtlinge Deutschland erleben
Imad Karim
BRD 1993, Hi8/BetaSP, 45 Min.

Videoverleih der Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr.20, D-79100 Freiburg
☎(07 61) 70 97 57
Fax 70 17 96

PRAXISBUCH ZUR PROJEKTARBEIT

Engagierten Projekten, die an den Hürden des profanen Alltags zu scheitern drohen, weil mangelnde Information, unzulängliche Organisation und eine mehr als bescheidene Finanzlage sich zu schier unüberwindbaren Hindernissen türmen, verspricht eine »Profibox« zur erfolgreichen Projektarbeit Abhilfe.

Kernstück des Paketes ist ein umfangreiches Praxishandbuch, das nach Themenschwerpunkten geordnet ist. Von *Finanzbeschaffung* über *Finanzverwaltung* bis zu *Organisation, Kommunikation* und *Fortbildung* werden alle wesentlichen Themen der Projektarbeit behandelt. Jedes der insgesamt 16 Kapitel bietet nach einem leicht verständlichen Einstieg wertvolle Hinweise für die Praxis, Insider-Tips, Literaturangaben und wichtige Anschriften. Zahlreiche Musterformulare, praxisorientierte Beispiele und ausgeklügelte Checklisten erleichtern die Umsetzung in die Praxis.

Ergänzt wird das Ganze durch ein Brettspiel, mit dessen Hilfe optimales Teamwork geübt werden kann, durch Software zur Projektfinanzierung (MS-Windows), ein Adventure Computerspiel und eine Begleitdiskette, die u.a. eine Datenbank wichtiger Förderinstitutionen für die Projektarbeit enthält.●

Gesellschaft für Jugend- und Sozialforschung/Jugendstiftung Baden-Württemberg/Paritätisches Jugendwerk Baden-Württemberg (Hrsg.): Profibox für erfolgreiche Projektarbeit, 48 DM, zu beziehen über LOGO Kommunikationswerkstatt, Schulstr. 48, D-74243 Langenbeutingen, Tel. (0 79 46) 36 55, Fax 36 56.

JOBS

K.O.Back – Vollwertbäckereikollektiv aus München sucht engagierte(n) MitarbeiterIn (Konditorei/Verkauf) mit langfristiger Perspektive und Interesse am Einstieg in die GmbH:
☎(0 89) 36 55 67

Die HOLZWERKSTATT FILOU in Wiesbaden sucht eine/n Schreiner/in mit Berufserfahrung als Partner/in im Kollektiv. Einstiegskapital erforderlich!
Kontakt tagsüber unter
☎(06 11) 50 77 20.

JOBSUCHE

Freiberufl. Musiklehrer, 41 J., sucht sinnvolle Tätigkeit, auch »branchenfremd«. Gerne bei einem sozial-integr. Projekt. Eigene Ideen.
☎(09 21) 85 04 20, Bayreuth

Suche nette Leute, die mich (21, Abi, Zivi) ab August 1996 in ihrem Betrieb (Zimmerei, Tischlerei, Lehm-/Fachwerkbau) ausbilden. Habe großes Interesse an Selbstverwaltung und ähnlichen Strukturen. Jan Körner, Hangstr. 4a, D-30916 Isernhagen
☎(05 11) 973 45 19

VERKÄUFE

Jugendfreizeitheim auf gut 6.500 qm gr. Wald- u. Wiesengrdst. nahe Hann.Münden in ungestörter Alleinlage am Waldrand, unmittelb. Autobahnanschl. zur A5 (KS-GÖ), der Jugendbetr. wurde 95 als gastron. Beherbungsbetrieb neu konzessioniert, 38 Betten in 15 Schlafräumen, viel Raum im Haus auf ca. 660 qm, Sauna, Großraumküche, Löschteich u. eig. Brunnenanlage, v. Priv., VHB 750.000,–.
Chiffre: Traumhaus

CONTRASTE-REGISTER

Register Nr. 1-100

9 Jahre CONTRASTE. Sach-, Personen- und AutorInnen-Register.
Gegen DM 50,– (Vorkasse) zu beziehen über:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
D-69035 Heidelberg

Neuerscheinung

Flieger / Nicolaisen / Schwendter (Hrsg.)

Gemeinsam mehr erreichen

Kooperation und Vernetzung alternativökonomischer Betriebe und Projekte

530 Seiten, zahlreiche Abb.
DM 48,–
ISBN 3-923126-92-1

In diesem Buch werden anhand von 14 sehr unterschiedlichen Praxisbeispielen die vielfältigen Erfolge, aber auch Schwierigkeiten der Kooperation von Selbstverwaltungsbetrieben und -projekten deutlich. Vorweg führen mehrere theoretische und geschichtliche Aufsätze anschaulich in die Thematik ein. Der dritte Teil schließlich gibt praktische Hilfen zur Umsetzung der Beispiele.

34 AutorInnen mit ihren eigenen konkreten Erfahrungen machen das Buch zu einem wichtigen Meilenstein. Die grundlegende Aufbereitung des Themas weist über die Vernetzung der alternativen Ökonomie eine langfristige Perspektive.

CONTRASTE-LeserInnen-Preis, gültig nur bis 31.12.95 und nur bei Bestellung direkt beim Verlag: **DM 36,–** (plus Selbstkosten Porto / Verpackung).
Bei Bestellung ausdrücklich CONTRASTE-Preis verlangen!

AG SPAK
AG SPAK Bücher
Adlzreiterstr. 23, 80337 München
Tel. + Fax (089) 178 28 09

CASTOR - das Buch

Bilder vom Widerstand gegen den CASTOR-Transport nach Gorleben 1994/95

Mutmachender Bildband (146 S.), der den lebendigen und erfolgreichen Widerstand (Sommer '94 bis März '95) im Wendland gegen die geplanten CASTOR-Transport dokumentiert.
Ein Exemplar kostet 24,80 DM plus 3 DM Porto (Rabatte für WiederverkäuferInnen) und ist zu bestellen bei:
Umweltwerkstatt, Herrlichkeit 1, 27283 Verden/Aller

GEGEN FASCHISMUS UND KLASSENJUSTIZ

BROSCHÜRE

Gegen die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands

Diese Broschüre erschien im Zusammenhang mit der verbotenen Demonstration und AgitProp-Aktion am 2.10.'95 in Göttingen.

Aus dem Inhalt:
- ★ Klassenjustiz und bürgerliches Recht
- ★ Aggressiv nach außen – repressiv nach innen
- ★ Geschichte und Bewertung der Göttinger „Deeskalationslinie"
- ★ Nur in der Anonymität gelingt ein technokratisch sauberes Abservieren politischer Opposition
- ★ Chronologie, Daten und Informationen zu den laufenden §129-Verfahren gegen die Autonome Antifa (M)

Die Antifaschistische Aktion!

Solidaritätspreis für 52 Seiten Din A5 4,- DM

BESTELLUNG
„Klassenjustiz"
Autonome Antifa (M)
c/o Buchladen · Rote Straße 10
37073 Göttingen

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 10 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 40 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Es gibt ein Leben nach dem Urteil

Verschenken Sie »Contraste« für 40,00 DM halbjährlich 80,00 DM jährlich an Menschen im Gefängnis.

Foto: S. Franke

Spenden Sie bitte an:
Freiabonnements für Gefangene e.V.
Eisenbahnstraße 21, 10997 Berlin
Tel/Fax (030) 611 21 89
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 100 205 00
Kto Nr.: 30 85 400
Kennwort:»Contraste«
Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 (statt Telefon: Postkarte; 37073 Göttingen, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 49008 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; 63512 Hainburg, Redaktion Frankfurt, Peter Streiff, Friedensstr. 30, ☎ (06182) 6 82 75, Fax 6 82 78; 67433 Neustadt/Weinstr., Elisabeth Voß, Friedrichstr. 36, ☎ (06321) 3 27 54, Fax (06321) 3 47 01; 69035 Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; 90429 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; 01277 Dresden, Büro für Freie Kulturarbeit e.V., Reinhard Lichtenhahn, Schandauer Str. 64, ☎ (0351) 396 30 71 (auch Fax); Österreich, A-8983 Bad Mittendorf 36, Roman Schweidlenka

Fachredaktionen :

Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Grafische Betriebe: 10999 Berlin, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Handwerk: 18528 Bergen, Andreas Küstermann, Dammstr. 12, ☎ (03838) 25 50 79, Fax 25 48 82; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen Post Hönisch, Peter von Rüden, Rasmus Grobe, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax (04231) 48 79; Sozialpolitik: 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); Information und Datendokumentation: 63329 Egelsbach, Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎ (06103) 4 27 42

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge; die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

Mailbox:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

Schwarzer Faden
Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit
Nr.55 (4/95) enthält u.a.:
★
US-Neonazis und Abtreibungsgegner
von Tom Burghardt
☆
Gesundheitspolitik, Migration und HIV/AIDS
von Andrea Doria
★
Motorradkoffer und ein Dienstfahrzeug
von BewohnerInnen der "Fritze"
★
Macht und Herrschaft
von Michael Wilk
✧
Weiter: Mumia Abu Jamal: Berufung; **Im Schatten der Militärs (Guatemala)** *von Herby Sachs*; **Solidarität oder Entwicklungshilfe?** *von Rosi Karges*; **Die Dinge bekommen Leben (Kybernetik-Kritik)** *von ClaBauter*; **Slam! Poetry** *von Michael Schönauer*; **Ken Loach-Spanienfilm** *von Annett Busch*; **Nationalismus und Kultur** *von Wolfgang Haug*; Erich Mühsam-Preis an den Totalverweigerer Andreas Speck; Rezensionen *von Klaus Schönberger (Ruhestörung) und Bernd Hüttner (Flucht und Arbeit)*, SF-Bücherservice
ABONNIERT!
(5 Nrn a. 68 S.): 30.-
Einzelpreis: 7.-

Neu:
Rolf Cantzen
Weniger Staat – mehr Gesellschaft
Was kann der Anarchismus in der heutigen Gesellschaft leisten? Wie sieht aktuelle Staats- und Herrschaftskritik aus?
260 S., 24,00 DM

SF ★ Redaktion/Trotzdem
PF 1159, 71117 Grafenau
Fax 07033-45264
Tel. 07033-44273

Es ist an der Zeit, daß wir unsere eigene Stimme erheben

NEWSLETTER ist ein internationales, themenübergreifendes Kommunikationsprojekt, an welchem mehr als 1000 Gruppen und Einzelpersonen in über 100 Staaten dieser Erde partizipieren. Sie lassen nicht mehr für sich sprechen. Sie sprechen selbst.

NEWSLETTER - Zeitschrift für Internationale Kommunikation mit dem einmaligen Abo-System: Gruppen und Einzelpersonen aus der Dritten Welt oder Osteuropa können den *NEWSLETTER* kostenlos beziehen, falls sie sich die Zeitschrift aufgrund der Devisenschwäche nicht leisten können. Möglich wird das durch Eure direkte Solidarität. Personen und Gruppen Europas oder Nordamerikas können ein Soli-Abo übernehmen, damit die Erstellungs- und Verschickungskosten gedeckt sind.

Am besten gleich bestellen:
Abo (für sechs Ausgaben): DM 40,-;
Soli-Abo: ab DM 75,- oder
Probeexemplar für DM 10 (inkl. Porto)

NEWSLETTER
c/o AStA Uni Hannover
Welfengarten 1
30167 Hannover
tel. 0511-7625063, fax: 0511-717441

Zeitschrift für Internationale Kommunikation

SCHRIFTENREIHE DES RIAD 1

RUHRGEBIETS-INTERNATIONALISMUS-ARCHIV DORTMUND (HRSG.

Die Mentalität des Tangos

Tupamaros, Basisbewegung und internationale Solidarität

In mehreren Texten versuchen wir Fragen nach politischer und sozialer Organisierung am Beispiel der uruguayischen Befreiungsbewegung MLN-Tupamaros und den LandbesetzerInnen von Co.Vi.D.E. in Montevideozu diskutieren. Ein weiterer Schwerpunkt ist die internationale Solidarität.
Grundlage der Artikel ist das von uns archivierte Material sowie Recherchen vor Ort und zwei Interviews mit Tupamaros, die wir 1993 in Montevideo geführt haben, zwei Artikel von Co.Vi.D.E. über ihre politische Arbeit und ihr Selbstverständnis und zwei Zeitungsartikel über Co.Vi.D.E. aus der uruguayischen Tageszeitung „La Juventud", die wir aus dem spanischen Übersetzt haben. Der Anhang besteht aus einer umfangreichen kommentierten Literaturliste und einem Glossar.
Das RIAD ist ein Archiv, welches ausschließlich von ehrenamtlichen Kräften geführt wird.
Wir werten Artikel diverser deutschsprachiger Tages- Wochen- und Monatszeitungen zu allen Ländern Afrikas, Asiens, Mittel- und Südamerikas und Europa, Japan, Nordamerika aus.
In der Sparte Ruhrgebiet beschäftigen wir uns vor allem mit der Umstrukturierung der Region sowie soziale Auseinandersetzungen in der gesamten BRD.
Weitere Schwerpunkte sind Patriarchat und Rassismus, Flüchtlinge und Migration, Internationaler Währungsfond und Weltbank, Verschuldung, Naher Osten, Türkei und Kurdistan.
Mit der Schriftenreihe wollen wir Hintergrundinformationen zu den oben aufgeführten Schwerpunkten liefern.
Erschienen: Oktober 1995
76 Seiten, 8.- DM + Porto
(Buch-, Infoläden, Weiterverk. 30% Rabatt)

Zu bestellen bei:
RIAD
Unnaerstr. 44, Hinterhaus links,
44145 Dortmund,
Tel: 0231-81 53 17
Öffnungszeiten: Mittwochs 16.00 - 19.00 Uhr oder nach Absprache
Bankverbindung: Geschichtswerkstatt e.V.
KNr. 3010375601 BLZ 441 600 14
Volksbank Dortmund

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

RAT & PLAN

Buchführung leicht gemacht II
Wollen Sie wissen, wie doppelte Buchführung funktioniert und was der Unterschied von Buchführungs- oder Aufzeichnungspflicht ist? Dann sind Sie in diesem Seminar richtig! Zu den Themen gehören unter anderem die besonderen Konten Verbindlichkeiten und Forderungen, Skonto, Bedeutung der Bilanz und G.u.V. ebenso, wie die Gewerbesteuer. Das Seminar ist so aufgebaut, daß die Themen zunächst erläutert und dann durch praktische Übungen vertieft werden. Außerdem ist die Teilnehmerzahl begrenzt, um den Einzelnen genügend Zeit für das Erlernen des Stoffes zu geben.
Termin: 18.-20.1.96

Die Partnerschaftsgesellschaft
Seit dem 1. Juli 1995 gibt es für FreiberuflerInnen die Rechtsform der Partnerschaftsgesellschaft. Diese Rechtsform trat als für FreiberuflerInnen interessante Rechtsform neben die GbR (BGB-Gesellschaft) und die GmbH. Die Haftung kann auf den Handelnden beschränkt werden. Form und Ausgestaltung dieser Rechtsform sind Inhalte des Seminars.
Termin: 10.1.96

Die Haftung der GmbH-GeschäftsführerInnen
Als GeschäftsführerIn einer GmbH gehen Sie von einem für Sie eingeschränkten Risiko aus, da die Haftung der GmbH beschränkt ist. Oft aber haftet die /der GeschäftsführerIn persönlich. Dieses Abendseminar gibt Ihnen einen Überblick über die Folgen für Fehler in der Geschäftsführung und die Haftung einer GmbH-GeschäftsführerIn im Geschäftsalltag.
Termin: 14.2.96

Vereinsbuchhaltung
Buchhaltung für gemeinnützige Vereine hat ihre eigene Problematik. Bestimmungen der Gemeinnützigkeit und Finanzamtserklärungen sind Grundlage einer guten Buchhaltung.
Termin: 5.-7.2.96
Anmeldung & Information:
Rat & Plan
Am Felde 2
D-22765 Hamburg
☎(0 40) 390 81 10
Fax 390 81 86

NETZ

Praktikable Wege zum EG-Öko-Audit
Biologisch wirtschaftende bzw. umweltbewußte Betriebe stellen ihr Engagement öffentlich dar. »Audit« beinhaltet Umweltcontrolling, Schwachstellenanalyse, organisatorische Systematik und Dokumentation. Im Seminar werden folgende Themen behandelt:
Das wichtigste der EG-Verordnung in Kürze. Was muß ein Betrieb tun? Typische Fehler und Fallen. Ökobilanzen: Wie geht das? Die Umwelterklärung des Betriebes. Wie wird's gefördert?
Mit Fallbeispielen aus Vollkornbäckereien, übertragbar auch auf andere handwerkliche Betriebe.
Termin: 15.1.1996, Bremen

Existenzgründungs-Seminar
Die Gründung eines Unternehmens ist mit der Idee nicht getan. Gewerbeanmeldung, Entscheidung für die Rechtsform, fachliche und persönliche Qualifikationen und Kalkulationen sind genauso notwendig und daher auch Bestandteile dieses Seminars. Durch zahlreiche Beispiele aus der Beratungspraxis haben die TeilnehmerInnen die Möglichkeit, ihren Schritt in die Selbständigkeit zu überprüfen.
Termin: 19./20.1.1996, Frankfurt

Controlling in kleinen Einzelhandelsbetrieben
Controlling-Methoden für kleine Handelsbetriebe werden in Form theoretischer Konzepte, vor allem aber anhand eines Praxisbeispiels vorgestellt. Hierfür sollten unbedingt auch die eigenen Betriebsauswertungen mitgebracht werden. Die Controlling-Themen sind im einzelnen u.a.: Planung und Istdatenerfassung für Warengruppen, wöchentliche Steuerung von Netto-Handelsspannen, Organisation von persönlichen Einkaufsverantwortlichkeiten für Produktgruppen, Steuerung der Liquidität durch Netto-Einkaufslimits.
Termin: 24.25.1.1996, Münster

Über den Umgang mit Zeit – persönliche Arbeitsmethodik
In diesem Seminar geht es um umsetzbare Instrumente eines Ziel- und Zeitmanagements. Sie lernen Handlungsspielräume für selbstverantwortliches Arbeiten zu erkennen und konkret zu bestimmen. Für das Erreichen von Zielen werden effiziente und sachgerechte Planungstechniken kennengelernt und erprobt. Im Mittelpunkt steht dabei die Prioritätensetzung im Rahmen der Tagesgestaltung. Es werden Möglichkeiten aufgezeigt, mit Hilfe eines Dokumentationssystems, Arbeitsergebnisse nachvollziehbar und damit kontollierbar zu machen, Störfälle zu erkennen und schrittweise zu beheben.
Termin: 26./27.1.1996, Frankfurt

Gesprächs- und Verhandlungsführung im Beruf
Wie kann in Gesprächs- und Verhandlungssituationen eine Machtbalance hergestellt und das übliche Positionsgerangel vermieden werden? Als Grundlage für eine kooperative prozessorientierte Verhandlungsführung werden in diesem Seminar Kenntnisse und Fertigkeiten/Fähigkeiten zu folgenden Themen vermittelt:
Rhetorische Grundlagen und sprachliche Steuerungsmittel bei Verhandlungen, verhandlungsrelevante Argumentation ausformen und Verhandlungsstile, Regeln der Verhandlungsführung etc.
Termin: 2./3.2.1996, Frankfurt

»Richtiger« Umgang mit Banken
Ob vor einer größeren Investition oder einer Existenzgründung stehend: viele kennen die unangenehme Situation vor einem Banktermin. In diesem Seminar werden verschiedene Kredit-und Absicherungsarten erläutert, öffentliche Hilfen vorgestellt und das »richtige« Verhalten gegenüber einer Bank in Rollenspielen geübt.
Termin: 3.2.1996, Frankfurt

Qualitätsmanagement in Bildungseinrichtungen
Ob wir wollen oder nicht: Die Zertifizierungswelle und die Diskussion um die ISO 9000 ff hat die Anbieter von Weiterbildung erreicht. Im Blickfeld steht hier die Qualität der gesamten Serviceleistung.
Im Seminar werden sowohl notwendige Infos für den Aufbau eines Qualitätsmanagements vermittelt als auch Fragen und Probleme bei der Umsetzung geklärt. Entscheidend ist dabei nicht nur die Zertifizierung, sondern der Aufbau eines geeigneten Qualitätsmanagementsystems als Beginn eines permanenten Prozesses zur systematischen Qualitätssicherung der Angebote.
Termin: 8./9.2.1996

Von der Unternehmensidee zum Markterfolg
Das Seminar richtet sich an junge UnternehmerInnen und alle, die ihr Konzept überprüfen wollen.
Die vier Seminartage legen einen Grundstein für die eigene Arbeit an individuellen Marketing-und Kommunikationskonzepten der teilnehmenden Unternehmen.
Teil 1: Marketing, Corparate Identity, Marketing-Kommunikation.
Teil 2: Corparate Design, Gestaltung von Werbemitteln.
Gearbeitet wird anhand praktischer Beispiele und theoretischer Inputs. Im Mittelpunkt steht ein Beispiel aus der Gruppe. Teil 1 kann einzeln belegt werden für den 2. Teil ist die Teilnahme an Teil 1 Voraussetzung.
Termine: Teil 1: 10./11.2.1996
Teil 2: 24./25.2.1996, Düsseldorf
Information & Anmeldung:
netz für Selbstverwaltung
& Selbstorganisation
Schäfergasse 46
D-60313 Frankfurt
☎(0 69) 28 87 16
Fax 29 54 32

MEDIEN

Image und Öffentlichkeit
Soziale und kulturelle Einrichtungen wenden sich nach außen, um ihre Inhalte, Programme und Themen an die interessierte Öffentlichkeit zu bringen und für Veranstaltungen und Angebote zu werben. Wer von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden will, muß Ziele und Eigenpersönlichkeit der eigenen Einrichtung als positives Image ins Bewußtsein der Zielgruppe rücken.
In unserem Seminar geht es um die professionelle Einarbeitung und Gestaltung der Kommunikationsmittel, mit denen Institutionen mit dem Umfeld in Verbindung treten.
Termin: 16. bis 17.12.1995, Nürnberg

Journalistische Stilformen
Vom Aufbau eines journalistischen Beitrages hängt es ab, ob er gelesen wird. Jedes Thema, jede Information, jedes Angebot kann man auf verschiedene Weise darstellen. Für MitarbeiterInnen in sozialen und kulturellen Einrichtungen, die sich mit Broschüren, Flugblättern, Handzetteln und Plakaten an die Öffentlichkeit wenden, sind Kenntnisse in diesem Bereich des praktischen Journalismus unverzichtbar.
Termin: 27. bis 28.1.1996, Nürnberg
Information & Anmeldung:
Nürnberger Medienakademie e.V.
Sigrid Zauter
Holzschuherstr. 6
D-90439 Nürnberg
☎(09 11) 26 88 46
Fax 13 14 06

KULTUR

Leitung und Zusammenarbeit im Team
An Leitungskräfte in Einrichtungen der Kultur- und Jugendarbeit, die dem Anspruch auf gleichberechtigte Teamarbeit gerecht werden wollen, richtet sich ein Seminar der Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogische Dienste e.V. (LKD), Unna. Am 14. und 15.12.1995 werden den TeilnehmerInnen der Fortbildung Möglichkeiten und Ansätze geboten, streßfrei und mit 'persönlicher Leichtigkeit' den heute schwierigen Anforderungen nachzukommen.
In vielen Einrichtungen und Betrieben stoßen oft der Anspruch, gleichberechtigt im Team zusammenzuarbeiten und die tatsächliche hierarchische Struktur aufeinander. Wie gelingt es, Leitung wahrzunehmen und Solidarität und Zusammenarbeit innerhalb des Teams zu stärken? Wie gelingt es, andere für ein gemeinsames Ziel zu motivieren, ohne daß konkurrierendes Verhalten die gemeinsame Arbeitsgrundlage zerstört? Welche besonderen Qualitäten erfordert die Arbeit in Einrichtungen, in denen vor allem neben- und freiberuflich Beschäftigte tätig sind? Diese und viele andere Fragen, die den TeilnehmerInnen unter den Nägeln brennen, sollen in der Fortbildungsveranstaltung zur Sprache kommen.
Anmeldung & Information bei der LKD, Luisenstr. 22, D-59425 Unna
☎(0 23 03) 6 93 24

KULTUR & SOZIALES

Interne Organisation
Jede Einrichtung besitzt Organisationsformen, Positionen und Abläufe, die ein Weiterbestehen über einzelne Aktive hinaus sichern. Das Überdenken dieser Strukturen kann nützlich sein, um Verkrustetes und ungenutzte Möglichkeiten zu neuem Leben zu erwecken und Ballast über Bord zu werfen. Unser Seminar informiert über verschiedene Möglichkeiten des internen Informationsflusses, Hilfsmittel zur Standortbestimmung, Anregungen zur konstruktiven Weiterentwicklung und Nutzung vorhandener Ressourcen.
Termin: 24./25.2.1996, Nürnberg
Information & Anmeldung:
Nürnberger Medienakademie e.V.
Sigrid Zauter
Holzschuherstr. 6
D-90439 Nürnberg
☎(09 11) 26 88 46
Fax 13 14 06

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHON BESTELLT ?

BUNTE SEITEN 1995
Mehr als ein reines »Who is whow« in der Alternativen Ökonomie ist das Adreßwerk BUNTE SEITEN – Herbst/Winter 95/96. 10.000 Anschriften von Betrieben, Initiativen und Projekten aus der BRD, Schweiz und Österreich. Zusamengestellt und bearbeitet von CONTRASTE-Regionalkontakten.
Ein wichtiges Nachschlagewerk. Für alle, die sich über Projekte, Initiativen und Betriebe aus dem Bereich Ökologie & Selbstverwaltung informieren wollen.

200 S. im Format 23 x 29,7 cm, ISBN 3-9240085-02-1, 30 DM (Vorkasse). Alle Adressen auch auf Diskette im D-Base-Format (für alle gängigen Datenbankprogramme) für 120 DM (auf Rechnung) lieferbar.
Bestellungen:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

JUGEND & UMWELT

Umwelt schützen lernen!
Der dritte Jugendumweltkongreß findet dieses Jahr in Freiburg statt, 1.000 Jugendliche werden erwartet.
Ökos tragen Rentierpullis und Birkenstocksandalen: Gängige Vorurteile. Ob und wie oft sie der Wahrheit entsprechen, davon kann man sich über Silvester in Freiburg überzeugen. Dann organisieren die Naturschutzjugend und die BUNDjugend gemeinsam mit freien Jugengruppen den dritten Jugendumweltkongreß JUKss. 1.000 Umweltbewegte aus der gesamten Republik kommen zusammen. Sie brauchen nicht mehr als ihren Schlafsack und eine Isomatte, dann geht es ab nach Freiburg.
Geboten wird dort ein buntes inhaltliches Programm, es geht um die Möglichkeiten, sich für die Umwelt zu engagieren oder Gleichgesinnte zu finden. Wer schon tiefer in der Materie steckt, findet Arbeitskreise und Exkursionen rund um das Thema »Nachhaltigkeit«. Persönlicher Lebensstil, die Studie von BUND und Misereor »Zukunftsfähiges Deutschland« oder globale Beziehungen sind nur einige der Themen.
»So ein Kongress lebt natürlich vom Mitmachen«, sagt Dirk Lampe. Er ist 20 Jahre alt und arbeitet im Vorbereitungsbüro in Freiburg. Leute müßten beispielsweise auch schon mal beim Gemüseschnibbeln helfen. Was sich wohl schlimmer anhört als es ist, denn »das war in den letzten Jahren der Hit« erinnert sich Dirk. Wichtig ist ihm auch, dass man nicht nur in seinem Kreis bleibt, neue Leute kennenlernt. »Dafür werden wir unsere Schulen in ein Kongreßzentrum mit Cafés und Partyräumen umwandeln,« so Dirk weiter.
Viel Spaß verspricht – meist am Abend – das Kulturprogramm. Es kommen Strassenmusiker aus Göttingen, Varietékünstler treten auf. Am 1. Januar treten die Young Musicians Europe (YME) auf, sie werden während dieses Konzertes eine Live-CD aufzeichnen. »YME ist gleichzeitig auch ein Teil des internationalen Programms, denn etwa 100 TeilnehmerInnen kommen aus ganz Europa um ihr jährliches Wintertreffen durchzuführen. »In Sachen Umweltschutz ist Deutschland längst nicht mehr allein«, sagt Dirk Lampe.
Anmelden könnt Ihr Euch bis zum Schluß, ab dem 15. Dezember wird allerdings ein Kostenaufschlag von 30 DM erhoben. Sonst kostet das Teilnehmen nach Selbsteinschätzung zwischen 90 und 110 DM. Weitere Informationen gibt es direkt im JUKss-Büro,
Merzhauser Str. 150/7
D-79100 Freiburg
☎(07 61) 40 71 85
Fax 40 71 25

FRAUEN & COMPUTER

Grundlagen EDV & Windows 3.1
Alles Wesentliche ist einfach! – Deshalb: Reduktion der EDV-Technik auf Null und Eins – die Betriebssystemmanagerin kennenlernen und ihre wichtigsten Befehle anwenden können.
Sie lernen die Grundlagen der Datenverarbeitung, die Bestandteile des PC, die verschiedenen Speicher und Laufwerke kennen. Sie werden befähigt, mit Menüs und Maus, Symbolen und Fenstertechnik umzugehen, mit Zwischenspeicher zu arbeiten und Programme und Dateien zu verwalten.
Termin: 5.-7.1. oder 16.-18.2.1996, München
Anmeldung & Information:
Frauen-Computer Schule
Volkartstr. 23
D-80634 München
☎(0 89) 167 55 89

ENERGIE- & UMWELT

Luftdichtheit von Gebäuden
Die neue Wärmeschutzverordnung stellt hohe Anforderungen an die Luftdichtheit von Wohngebäuden: Die Gebäudehülle soll luftundurchlässig gebaut und somit sollen unkontrollierte Energieverluste minimiert werden. Die Blower-Door-Messung zeigt Fehlstellen auf und sensibilisiert PlanerInnen und Ausführende. In diesem Fachseminar wird anhand von Dias aus mehr als 100 Messungen und eines Blower-Door-Tests auf die Praxis Bezug genommen. Es besteht die Möglichkeit, am Abend vorher anzureisen und nach vorheriger Anmeldung im Niedrig-Ennergie-Glashaus des EUZ zu übernachten. Die TeilnehmerInnenzahl wird auf 10 begrenzt.
Termin: 10.1.96
Information & Anmeldung:
Energie- und Umweltzentrum
D-31832 Springe
☎(0 50 44) 9 75 20
Fax 9 75 66

EU-FÖRDERUNG

Bares aus Brüssel
Was Industrie und Konzerne schon seit langem tun, sich um die Potentiale der Europäischen Union zu kümmern, fällt kleinen Unternehmen, Institutionen und Verbänden nach wie vor schwer. Die Unübersichtlichkeit der Fördertöpfe, fehlendes Kow-How, Zeitmangel etc. halten davon ab, Finanzierungsmöglichkeiten der EU zu nutzen. Gerade in den Bereichen Ökologie, Bildung und Beschäftigung, die in der Regel auf Zuschüsse angewiesen sind, gibt es eine Reihe von Programmen.
In diesem Seminar werden die verschiedenen Programme transparent gemacht. Förderrichtlinien, Antragsstellung und Bewilligungsverfahren werden den TeilnehmerInnen praxisnah vorgestellt. Beispiele durchgeführter Maßnahmen sowie ein umfangreicher Informationsblock ergänzen das Programm.
Termin: 26.-28.1.96 im EUZ, Springe
Das Seminar ist kostenlos (incl. Übernachtung u. Vollwertkost)
Anmeldung:
Landeszentrale für politische Bildung, Hohenzollernstr. 46, D-30161 Hannover

KOMMUNALPOLITIK

Zu diesem aktuellen Thema wird im Rahmen einer Innovationsveranstaltung der Stadt Bad Vilbel vom 26.-28.1.1996 ein Seminar der Fortbildungsreihe »Individualität und soziale Verantwortung« stattfinden.
Themen u.a.: Bürgernahe Verwaltung, private public partnership, verwaltungsarme Organisation, Handlungsmöglichkeiten und Arbeitsrichtungen.
Nähere Informationen: Institut für soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart
☎(07 11) 236 89 50
Fax 236 02 18

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.